



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Argentinien – Vom „Silber-“ zum Schwellenland

Verfasserin

Martina Greiner Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, Februar 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, die mir das Studium finanziell ermöglicht und mich auch in stressigen Zeiten stets ermutigt haben. Auch danke ich meinen Geschwistern Magdalena und Mathias für geteiltes Freud und Leid, meinen lieben Freundinnen und Freunden, die meine Studienzeit bereichert haben, meinem versierten Korrekturleser Stefan Mayer und meinem Betreuer Univ.-Prof. Dr. Johann Wimmer für seine geduldige und freundliche Unterstützung während meiner Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| I. TEIL: Einleitung und theoretischer Rahmen | 6 |
| 1. Einleitung | 6 |
| 2. Theoretischer Rahmen | 7 |
| 2.1. Totalitäre und autoritäre Systeme | 7 |
| 2.1.1. Totalitäre Systeme | 8 |
| 2.1.2. Autoritäre Systeme | 9 |
| 2.1.3. Bürokratisch-militärische Regime | 9 |
| 2.2. Demokratisierung | 10 |
| 2.3. Defekte Demokratie | 11 |
| 2.3.1. Subtypen defekter Demokratien | 11 |
| 2.4. Caudillismus | 13 |
| 2.5. Hyperpräsidentialismus | 15 |
| 2.6. Präzidenteller Dekretismus – <i>decretismo</i> | 16 |
| 2.7. Argentinien als defekte Demokratie | 16 |
| 2.8. Anomie | 17 |
| | |
| II. TEIL: Die Geschichte Argentiniens | 19 |
| 3. Kolonialzeit und Staatengründung | 19 |
| 3.1. Wirtschaftlicher Aufschwung und Masseneinwanderung | 20 |
| 3.1.1. Politische Entwicklung 1862-1930 | 20 |
| 3.1.2. Wirtschaftliche Entwicklung 1862- 1921 | 22 |
| 3.2. Die „Infame Dekade“ | 25 |
| 3.3. Der Peronismus | 29 |
| 3.3.1. Evita Perón | 33 |
| 3.4. Politische Krise und wirtschaftlicher Stillstand 1955-1976 | 34 |
| 3.4.1. Wirtschaftliche Entwicklung 1955-1983 | 38 |
| 3.5. Militärputsch und Videla- Diktatur | 39 |
| 3.6. Der Falkland/Malwinen-Konflikt | 41 |
| 3.6.1. Das politische System der Falklandinseln | 42 |
| 3.6.2. Wirtschaftliche Bedeutung der Inseln | 43 |
| 3.6.3. Historische Rahmenbedingungen | 43 |
| 3.6.4. Hintergründe in Argentinien | 44 |
| 3.7. Re-Demokratisierung und die Regierung Alfonsín (1983-1989) | 49 |
| 3.7.1. Außenpolitik der Regierung Alfonsín | 51 |
| 3.7.2. Vergangenheitspolitik | 52 |
| 3.8. Die Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1999) | 55 |
| 3.8.1. Das Kabinett von Carlos Menem | 55 |
| 3.8.2. Außenpolitik | 56 |
| 3.8.3. Wirtschaftspolitik | 57 |
| 3.8.4. Privatisierungen | 61 |

| | |
|---|-----------|
| 3.8.5. Verfassungsreform 1994 und die Wiederwahl Menems 1995 | 64 |
| 3.8.6. Arbeitslosigkeit und Verfall der Mittelschicht | 66 |
| 3.9. Die Präsidentschaft Fernando De la Rúa | 69 |
| 3.9.1. Krise in Argentinien | 70 |
| 3.10. Soziale Bewegungen | 71 |
| 3.10.1. Die <i>Piquetero</i> -Bewegung | 71 |
| 3.10.2. Stadtteilversammlungen (<i>Asambleas Barriales</i>) | 72 |
| 3.10.3. Tauschnetzwerke (<i>Trueque Argentino</i>) | 73 |
| 3.11. Die Präsidentschaft Eduardo Duhalde | 76 |
| 3.12. Die Präsidentschaft Néstor Kirchners | 77 |
| 3.12.1. Kirchner vs. Korruption | 77 |
| 3.12.2. Kirchner vs. Auslandsverschuldung | 78 |
| 3.12.3. Wirtschaftspolitik | 78 |
| 3.12.4. Innenpolitik | 79 |
| 3.12.5. Vergangenheitspolitik | 79 |
| 3.13. Präsidentschaft Cristina Fernández de Kirchner | 80 |
| 3.13.1. Innenpolitik | 80 |
| 3.13.2. Wirtschaftspolitik | 80 |
| 3.13.3. Demokratische Konsolidierung und politischer Führungsstil | 81 |
| 3.13.4. Außenpolitik | 82 |
| III. TEIL: Das politische System Argentiniens | 82 |
| 4.1. Die Exekutive | 82 |
| 4.1.1. Der Präsident / Die Präsidentin | 82 |
| 4.1.2. Der/die VizepräsidentIn | 83 |
| 4.1.3. Der/die KabinettschefIn | 83 |
| 4.1.4. Die MinisterInnen | 84 |
| 4.2. Die Legislative | 85 |
| 4.2.1. Die Abgeordnetenversammlung | 85 |
| 4.2.2. Der Senat | 85 |
| 4.3. Die Gesetzgebung | 86 |
| 4.3.1. Das Problem mit den Gesetzen | 87 |
| 4.4. Die Judikative | 88 |
| 5. Veränderungen des politischen Systems unter Carlos Menem | 89 |
| 6. Das argentinische Parteiensystem | 92 |
| 7. Die Rolle der Gewerkschaften | 94 |
| 8. Die Rolle des Militärs | 96 |
| 9. Korruption in Argentinien | 98 |
| 9.1. Korruption und Demokratie | 99 |
| 9.2. Korruption und Privatisierung | 100 |
| 9.3. Korruptionsnetzwerke in Argentinien | 100 |
| 9.4. Konsequenzen der Korruption | 102 |
| 10. Die Position Argentiniens innerhalb Lateinamerikas | 103 |
| 10.1. Lateinamerikanische Freihandelsabkommen | 104 |
| 10.1.1. ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) | 104 |

| | |
|-----------------------|-----|
| 10.1.2. MERCOSUR | 105 |
| 11. Conclusio | 107 |
| 12. Literaturliste | 109 |
| 12.1. Internetquellen | 118 |
| 12.2. Onlinemedien | 119 |
| 13. Curriculum Vitae | 120 |
| 14. Abstract | 121 |

I.TEIL: Einleitung und theoretischer Rahmen

1. Einleitung

„Heute nun, an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, erleben wir den unbestreitbaren Erfolg der kapitalistischen Marktwirtschaft, gleich unter welchem politischen Regime. Dies hat die Tore für eine ökonomistische, neoliberale Sicht auf Politik geöffnet, die die Bedeutung von Institutionen und politischer Legitimität unterschätzt bzw. ignoriert. Bei der Vorherrschaft des Politischen wurde Macht, deren Maximierung innerhalb der Nation bzw. zwischen ihnen, zu einem Ziel an sich. Militärausgaben statt Konsumation. Die absolute Vorherrschaft der Wirtschaft, des Eigentums und des Marktes kann zu individueller Wohlfahrt führen – jedoch auch zur Negierung bzw. Vernachlässigung gemeinschaftlicher Güter und Werte. Gefordert ist eine Balance zwischen Politischem und Wirtschaftlichen, was unter Demokratien möglich sein kann, jedoch nicht von selbst kommt.“(Linz 2000: XXXVII)

Dieses Zitat von Juan Linz zeigt die Grundhaltung eines vorherrschenden Zeitgeistes, der tief in das gegenwärtige Wirtschafts- und Politikverständnis blicken lässt. Obwohl Argentinien zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern der Welt zählte, gab es in der Geschichte des Landes zahlreiche Höhen und Tiefen, die dem Land langfristig Schaden zufügten. Seit 1983 hat der stetige Wechsel zwischen Militärregimen und Zivilregierungen ein Ende; Argentinien ist seit fast 30 Jahren eine Demokratie. Diese Arbeit geht der Frage nach, wie diese demokratische Konsolidierung verlaufen ist, wie die gewaltentrennenden Institutionen heute funktionieren und ob die Bezeichnung „defekte Demokratie“ für Argentinien nach wie vor ihre Berechtigung hat.

Der erste theoretische Teil behandelt die Theorie „autoritäre und totalitäre Systeme“, basierend auf der Arbeit von Juan Linz, sowie das Konzept der „Defekten Demokratie“ von Wolfgang Merkel. Weiters wird kurz auf den Begriff „Anomie“ eingegangen. Der zweite Teil der Arbeit behandelt die Geschichte des Landes und zeichnet nach, in welchen geschichtlichen Epochen welche politischen Systeme vorgeherrscht haben, bzw. in welcher politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sich das Land zum jeweiligen Zeitpunkt befand. Auch wird auf die jüngere Geschichte des Landes eingegangen. Die schwere Krise im Jahr 2001 jährt sich nun zum zehnten Mal. Sie war die Konsequenz langjähriger neoliberaler Reformpläne bei gleichzeitigem Fehlen bzw.

systematischem Umgehen demokratischer (Kontroll-)Instanzen. Ein guter Ansatzpunkt also um zu analysieren, wie sich das Land nach diesem tief greifenden Zusammenbruch entwickelt hat.

Im dritten Teil der Arbeit wird auf das politische System Argentiniens und dessen Veränderungen, insbesondere unter der Amtszeit von Carlos Menem, eingegangen. Des Weiteren wird das Thema Korruption behandelt, da dieses Phänomen die argentinische Geschichte stets durchzogen hatte. Auch wird die Stellung Argentiniens innerhalb Lateinamerikas untersucht.

2. Theoretischer Rahmen

2.1. Totalitäre und autoritäre Systeme

Juan J. Linz stellt fest, dass politische Systeme seit jeher durch soziale Kräfte und politische FührerInnen gestaltet werden, die unterschiedlichen Konzepten folgen und einer ständigen Veränderung im Hinblick auf ihre Bewegungsrichtung unterworfen sind. Politische Regime sind demnach stets Mischformen, weil sie das Ergebnis widersprüchlicher, manifester sowie latenter Tendenzen sind, die in unterschiedliche Richtungen weisen.(Linz 2000: 7) Darum ist und bleibt es schwierig, diese Mischformen zu präzisieren und ein Land einer festen Typologie zuzuordnen. Vor allem muss der permanente Wandel beachtet werden, in dem sich politische Systeme angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Geschehnisse befinden. Grundlegend wird allerdings zwischen totalitären, autoritären und demokratischen Systemen unterschieden.

2.1.1. Totalitäre Systeme

„Der Begriff des Totalitarismus entstand in den frühen Zeiten des Kalten Krieges als politischer Kampfbegriff. Dieser Umstand wirkt bis heute nach und belastet die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gesellschaften des so bezeichneten Typs.“(Styckow 2007: 61) Zur Definition totalitärer Systeme stützt sich Juan Linz auf die Arbeit von Carl Friedrich und Zbigniew Brzezinski, die sechs Merkmale totalitärer Regime zusammengefasst haben. Kennzeichnend für ein totalitäres System sind:

1. eine totalitäre Ideologie
2. eine alleinige Partei, die der Ideologie verpflichtet ist und meist durch einen Mann diktatorisch geführt wird
3. eine weit entwickelte Geheimpolizei, die dreierlei Kontrollfunktionen, nämlich
 - a) die der Massenkommunikation
 - b) die der einsatzfähigen Waffen und
 - c) aller Organisationen, auch der wirtschaftlichen, wahrnimmt.

Allerdings meint Friedrich, könnten diese sechs Merkmale auf drei wesentliche reduziert werden, nämlich auf 1. eine totalitäre Ideologie; 2. eine Partei, die von einer Geheimpolizei unterstützt wird, und 3. das Monopol über die drei zentralsten Formen zwischenmenschlicher Organisation in Massengesellschaften. Jedoch muss ein solches Monopol nicht notwendigerweise durch eine Partei ausgeübt werden. Kennzeichnend ist, dass die monopolistische Kontrolle in den Händen einer bestimmten Elite liegen muss, die über eine Gesellschaft herrscht und somit ihr Regime bildet. (Friedrich 1969:126 In: Linz 2000: 20) Brzezinski sieht im Totalitarismus „eine neue Form der Herrschaft, die in die allgemeine Klassifikation Diktatur fällt. In diesem System werden von einer zentralistischen Führung einer elitären Bewegung moderne Technologien als Instrumente politischer Macht uneingeschränkt eingesetzt, um eine umfassende soziale Revolution in Gang zu bringen. Dabei wird die gesamte Bevölkerung in einer erzwungenen Übereinstimmung auf der Basis bestimmter ideologischer Voraussetzungen geformt.“ (Brzezinski 1962. In: Linz 2000: 21) Linz fasst zusammen, dass ein System dann als totalitär bezeichnet werden kann, wenn sie 1.eine Ideologie, 2. eine Einheitspartei mit Massencharakter sowie anderen mobilisierende Organisationen und 3. die konzentrierte Macht einer Person oder einer kleinen Gruppe aufweist. Zwar können einzelne dieser Merkmale auch in anderen nicht-demokratischen Systemen vorkommen, doch nur das gleichzeitige Vorhandensein all dieser Merkmale macht ein System totalitär. Der Unterschied zwischen totalitären und autoritären Systemen besteht darin, dass in totalitären Systemen die Grenze zwischen Staat und Gesellschaft für eine „totale“ gesellschaftliche Politisierung durch politische Organisationen aufgehoben wird. Linz kritisiert hier allerdings, dass eine vollkommene Auflösung der Grenze kaum möglich ist. Das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und dem politischen System verringert sich zwar, ist aber dennoch vorhanden. (Linz 2000: 21) In einem totalitären System erfolgt die Mobilisierung der Massen „von oben“, es herrscht politischer Monismus und eine exklusive Ideologie.

„Autoritäre Systeme hingegen sind durch eine entpolitisierte Gesellschaft, begrenzten Pluralismus und traditionelle Mentalitäten gekennzeichnet.“(Styckow 2007: 62)

2.1.2. Autoritäre Systeme

Ein autoritäres System folgt mehr einer ausgeprägten Mentalität als einer leitenden Ideologie. Die politische Mobilisierung ist „abgesehen von einigen Momenten in ihrer Entwicklung“ wenig intensiv. (Linz 2000: 128) Der Autor geht der Frage nach der Ausübung von Organisation und Macht nach. Dabei steht das pluralistische Element im Zentrum der Untersuchung. Während in Demokratien ein beinahe unbegrenzter und institutionalisierter Pluralismus gegeben ist, ist dieser in einem autoritären Regime begrenzt, aber dennoch vorhanden. Der Autor geht davon aus, dass eine begrenzte politische Teilnahme von unabhängigen Gruppen auch in einem autoritären System gegeben ist. Allerdings obliegt es der politischen Machtelite zu definieren, welche Gruppierung geduldet wird. „In autoritären Regimen erhalten jene, die an die Macht kommen, ihre Position nicht durch die Unterstützung einzelner Gruppen, wobei sie zweifellos die Sichtweisen und Interessen verschiedener Gruppen und Institutionen reflektieren. Sie erhalten sie vor allem aufgrund des Vertrauens, das ein Führer oder eine führende Gruppe in sie gesetzt hat.“(Linz 2003: 131)

Innerhalb der autoritären Systeme gibt es verschiedene Ausformungen.

2.1.3. Bürokratisch-militärische Regime

Dieser Regimetyyp ist in autoritären Systemen besonders häufig zu finden. Es dominieren Koalitionen, die von Militär und Bürokratie kontrolliert, aber nicht ausschließlich beherrscht werden. Sie übernehmen die Regierung und entscheiden selbst, ob und wenn ja welche Gruppen ein- bzw. ausgeschlossen werden. Allerdings geht es dabei nicht um ein Bekenntnis zu einer bestimmten Ideologie, es sind vielmehr pragmatische Hintergedanken, die ihr Handeln bestimmen. Eine dominante Einheitspartei wird in diesem Regimetyyp weder geschaffen noch erlaubt. Obwohl das Regime ohne eine dominierende Massenpartei funktioniert, findet sich oft eine von der Regierung unterstützte Partei. Allerdings versucht diese nicht, die Gesellschaft, wenn auch auf kontrollierte Weise, zu mobilisieren. Im Gegenteil, die Partizipation der Bevölkerung am politischen Leben soll zur Gänze vermieden werden. (Linz 2003: 157)

Obwohl viele willkürliche Elemente in der Herrschaftspraxis bürokratisch-militärischer Regime zu finden sind, achtet die Machtelite darauf, innerhalb eines legalen Rahmens zu agieren. Dabei stützt sie sich auf Verfassungen, die nach liberalen Vorbildern verfasst worden waren. Zu finden sind solche Regime in Gesellschaften, „in denen liberal-demokratische Institutionen, besonders parlamentarische, schon eingeführt wurden, aber keine wirklichen Parteiensystem entstanden waren, die die Loyalität der Bevölkerung gebunden hätten und/oder in denen die Parteien unfähig waren, stabile Regierungen zu bilden.“ (Linz 2003: 160)

2.2. Demokratisierung

Unter Demokratisierung wird die Einführung und Etablierung bestimmter institutioneller Arrangements verstanden. Ausgangsbasis sind meist autokratische Verhältnisse, die in einem oder mehreren Prozessen überwunden werden. Daher werden in der Literatur des Öfteren Begriffe wie „Systemwechsel“, „Transformation“ oder „Transition“ verwendet. Die politische Macht, die bis zu diesem Zeitpunkt einer Gruppe oder einer Einzelperson mehr oder weniger uneingeschränkt zugekommen war, wird nun institutionell eingeschränkt. Ein zentraler Punkt ist, dass die Regierenden gegenüber den Regierten verantwortlich werden und von diesen auch (ab)gewählt werden können. Demokratisierungen sind Prozesse, die in mehrere Phasen unterteilt werden können. Am Ende des alten Regimes steht meist eine Legitimitäts- und Leistungskrise. Die Regimeeliten reagieren mit einer von ihnen kontrollierten politischen Öffnung (Liberalisierung). Das alte System wird schrittweise abgelöst, wobei oft Verhandlungen zwischen der alten und der neuen Elite stattfinden. In anderen Fällen wiederum bricht das alte System infolge sozialer Mobilisierungsprozesse (Revolutionen) oder aufgrund externer Einflussnahme, beispielsweise durch militärische Niederlage und Besetzung, zusammen. Es folgt die Phase der demokratischen Institutionalisierung, in der Entscheidungen über das institutionelle Design des neuen politischen Systems getroffen werden. Am Ende wird eine neue Verfassung verabschiedet bzw. eine bereits vorhandene, vormals außer Kraft gesetzte Verfassung „wiederbelebt“ und freie Wahlen durchgeführt. Eine neue, demokratisch legitimierte Regierung tritt in ihr Amt. Die Konsolidierung eines demokratischen Systems erfasst Institutionen und Akteure des politischen Systems, aber auch die Gesellschaft an sich. (Styckow 2007: 66f)

2.3. Defekte Demokratie

Unter die Grundprinzipien einer Demokratie fallen die im klassischen Menschenrechtskanon aufgeführten Schutz- und Freiheitsrechte sowie die Möglichkeit der einzelnen Person, am politischen Prozess teilzunehmen. Auch müssen die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit, die Garantie der freien Meinungsäußerung, ein vielseitiger, offener und fairer Wettbewerb der Ideen und Interessen gegeben sein. (Barrios 1999: 39) Von einer Demokratie kann dann gesprochen werden, wenn ein politisches System neben den Grundrechten auf Vereinigungs-, Informations- und Kommunikationsfreiheit auch die freie Formulierung politischer Präferenzen erlaubt. „Diese werden in den freien Wettbewerb eingebracht, den die politischen Eliten darum führen, dass ihr Anspruch zu regieren in regelmäßigen Abständen und ohne Anwendung von Gewalt bestätigt wird.“ (Linz 2003: 12) Zwar, so Merkel, gibt es heute auf der politischen Weltkarte mehr demokratische Staaten als je zuvor, jedoch geht damit eine große Zahl an Graustufen einher; die Grenzen zwischen „eindeutig“ demokratischen und „eindeutig“ autokratischen Ländern sind verzerrt. (Merkel 2003:13) In diese Grauzone fallen jene Länder, in denen zwar demokratische Prozesse (z.B. Wahlen) stattfinden, diese aber mit autoritären Praktiken kombiniert werden. So finden zwar Wahlen statt, sie sind aber nicht frei, nicht fair, werden unterlaufen oder nicht regelmäßig abgehalten und bleiben im Grunde für Politik und Gesellschaft bedeutungslos. Zunächst galt die Annahme, dass sich „Grauzonenländer“ in einer Art Übergangszustand befinden würden und früher oder später eindeutig einordnet werden könnten. Allerdings stellte sich in den letzten Jahren heraus, „dass nicht alle politischen Systeme in der Grauzone instabil sind. Daher müssen sie auch nicht zwangsläufig in Richtung Demokratie oder Autokratie kippen.“(Styckow 2007: 58) Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich diese Herrschaftsform aufgrund des Vorhandenseins demokratischer Elemente deutlich von „Scheindemokratien“ und autoritären Systemen abgrenzt. Allerdings können sie nicht als rechtsstaatliche Demokratie bezeichnet werden, weil unabdingbare konstituierende bzw. garantierende Elemente der Volkssouveränität nicht ausreichend etabliert sind. (Merkel 2003: 39)

2.3.1. Subtypen defekter Demokratien

Um die Bandbreite defekter Demokratien bestmöglich fassen zu können, hat Merkel vier Subtypen defekter Demokratien entwickelt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass es mittlerweile mehr als 150 Unterkategorien gibt.

Styckow bemerkt demnach zu Recht, dass damit reale politische Systeme differenzierten Kategorien zugeordnet werden können, es aber bisher keine Begriffshierarchie von Demokratie-Subtypen gibt und dadurch die innerwissenschaftliche Kommunikation erschwert und die Reichweite von Forschungsergebnissen beeinträchtigt wird. (Styckow 2007: 59)

1. Exklusive Demokratie: Darunter wird eine Form von Demokratie verstanden, bei der Teile der Bevölkerung vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen sind oder das Prinzip freier und fairer Wahlen verletzt wird.

2. Illiberale Demokratie: Bei dieser Ausprägung ist das Verhältnis zwischen Staat und Bürger beschädigt; dem Bürger werden bestimmte Freiheits- und Schutzrechte verwehrt. Es handelt sich dann um eine illiberale Demokratie, wenn Regierungen zwar frei, allgemein und fair gewählt werden, diese aber die Grundrechte der Menschen, ihre Freiheits- und BürgerInnenrechte verletzen. Auf diese Art wird der Rechtsstaat nicht respektieren bzw. nicht durchgesetzt. (Merkel 2003: 70)

3. Delegative Demokratie: Hier werden die horizontalen, rechtstaatlichen Kontrollen der *checks and balances* nicht eingehalten, die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative funktioniert nicht ausreichend. „Wenn Regierungen das Parlament umgehen, extrakonstitutionell auf die Justiz einwirken, das Prinzip der Legalität beschädigen oder die Gewaltenteilung aushöhlen, verschiebt sich die austarierte Machtbalance zu ihren Gunsten und stattet sie mit einer nicht autorisierten Machfülle aus.“(Merkel 2003: 71)

4. Enklavendemokratie: Hier dominieren „Vetomächte“ wie beispielsweise Militär, Guerilla, Großgrundbesitzer, Unternehmer oder multinationale Unternehmen bestimmte Politikbereiche. Es kommt zu verzerrter Bildung, Ausübung und Kontrolle der Macht.

Auch kann es sein, dass solche Herrschaftsenklaven auf außerkonstitutionellem Weg erfolgen, etwa durch Gewaltandrohung, Okkupation oder durch bewaffnete Aufstände.

In der Realität sind hauptsächlich Mischformen dieser Subtypen zu beobachten. Lediglich in Ausnahmefällen kann ein Typ eindeutig einer exklusiven, illiberalen, delegativen oder Enklavendemokratie zugeordnet werden. „Dennoch ist es meistens möglich, reale defekte Demokratien unter einen der vier Subtypen zu subsumieren. Zentrales Kriterium hierfür ist, welches Teilregime am stärksten eingeschränkt ist, also welche Funktionslogik die Interaktion innerhalb der defekten Demokratie am nachhaltigsten prägt.“ (Merkel 2003: 69f.)

Das Abhalten von regelmäßigen freien, allgemeinen und fairen Wahlen gilt als Hauptkriterium. Liegen Abweichungen, sei es durch Ausschluss aufgrund von Rasse, Geschlecht, etc. vor, gibt es einen Defekt. Wird eine Wahl manipuliert, herrschen automatisch autokratische Verhältnisse vor. Ein weiteres Kriterium ist die politische Partizipationsmöglichkeit der Bevölkerung. Darunter fällt auch die Presse-, Meinungs-, und Informationsfreiheit sowie das Recht, Parteien und Vereinigungen zu gründen. Im Hinblick auf die Pressefreiheit gilt es, rechtliche und regulative Eingriffe (der Gehalt der politischen Kontrolle, ökonomische Einflüsse bis hin zu repressive Handlungen gegenüber JournalistInnen) zu beobachten. (Merkel 2003: 83) Ein weiteres Kriterium ist die Frage nach den bürgerlichen Freiheitsrechten. Unter diese Kategorie fallen: Individuelle Schutzrechte von Leben, Eigentum und Freiheit sowie Schutz vor willkürlicher Verhaftung, Folter und ähnlichen Übergriffen seitens staatlicher oder privater Akteure. Ein weiterer Punkt ist, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleiche Behandlung erfahren und gleichen Zugang zum Recht haben, um von diesem Recht auch wirklich Gebrauch machen zu können. Defekte gibt es in diesem Bereich dann, wenn die individuellen Schutzrechte gegenüber staatlichen oder privaten Akteuren nicht ausreichend gesichert sind und ein Zugang zu Recht und Gesetz verhindert wird. Beim Teilregime der Gewaltenkontrolle reichen die Defekte von unzureichender Organisation des Justiz- und Rechtswesens bis hin zu Nichtdurchsetzbarkeit auf der gesamten territorialen Fläche oder Verfehlungen bzw. Umgehung seitens der politischen Elite. Ohne ein funktionierendes System von *check and balances* verliert ein demokratisches System seine Balance, die Exekutive verselbständigt sich, die Demokratie verliert ihre Konturen und wird korruptionsanfällig. „Insbesondere der Mangel an Kontrollmechanismen gegenüber der Macht der Exekutive führt dazu, dass sich demagogisch-plebiszitäre oder gar autokratische Führungsstile herausbilden und verfestigen. Beispiele hierfür sind Argentinien, Peru und Russland in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts.“(Merkel 2003: 88)

2.4. Caudillismus

Unter einem Caudillo wird die „personifizierte Einheit aus politischer und militärischer Macht“ (Nerb 2010: 214) verstanden. In Argentinien, wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, hat der Caudillismus eine lange Tradition.

Hänsch und Riekenberg stellen fest: „Die Väter der Verfassung von 1853 waren der Ansicht, eine starke Exekutive in Person des Präsidenten sei vor allem als Gegengewicht gegen das Machtstreben von Ministern, Provinzgouverneuren und regionalen Machthabern vonnöten. Daneben wünschten sie sich eine effektive ausführende Gewalt, die unbehindert von den aus ihrer Sicht zwangsläufigen Streitigkeiten eines Kollegialorgans die Politik bestimmen und die Nation führen sollte.“ (Hänsch/Riekenberg 2008: 64) Bereits unter der spanischen Kolonialherrschaft gab es regelmäßig Konflikte zwischen der bevölkerungsarmen, eher strukturlosen Peripherie und den Städten. Um diese Spannungen in den Griff zu bekommen war, so der Grundkanon, ein politisch starker Führer unabdingbar. So entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Herrschaftsform des „Caudillismus“, der meist autoritäre Züge aufweist. Diese Entwicklung führte zu einer starken Personalisierung und Zentralisierung auf eine Person. Dabei wird zumindest teilweise auf populistische Herrschaftstechniken zurückgegriffen. Politisches Handeln obliegt dem *Líder* (Führer), „dessen Worte und Taten mehr wiegen als parteipolitische Programmatik oder Ideologie.“ (Nerb 2010: 213)

Werz zeigt drei charakteristische Merkmale eines caudillistischen Führungsstils auf:

1. Gewalt ist das leitende Herrschaftsprinzip, das dem Machterhalt und dem Machttransfer dient. Lediglich die Familie und engste Vertraute (*hombres de confianza*) zieht der Caudillo zur Beratung heran.
2. Es wird ein System von Klientelismus und Patronage verfestigt. Die Klientel des Caudillos erhält Geld, Waffen und Nahrung und wird so an den *Líder* gebunden.
3. Auch die freiwillige Anerkennung des Caudillos seitens seiner Anhängerschaft spielt eine bedeutende Rolle. „Diese wird begünstigt durch charismatische Züge der politischen Führer, einer frühen Form des lateinamerikanischen Populismus.“ (Werz 2008: 119)

Linz verweist im Bezug auf den Caudillismus auf die im Grunde uneingeschränkte Macht, die der starken Herrschaftspersönlichkeit trotz einer bestehenden formellen Verfassung zukommt. „Diese Herrschaftsform ist, wie die lateinamerikanische Geschichte gezeigt hat, oft nicht von langer Dauer und wechselte sich häufig mit autoritären Regimen ab.“ (Linz 2003: 112)

Im Zuge der peronistischen Herrschaft setzte in Argentinien ein Wandel ein. Aus dem militärisch-oligarchischen Herrschaftssystem wurde ein populistischer Autoritarismus in dem Linz auch faschistische Elemente erkennt.

Damit nahm Argentinien eine Art Vorbildwirkung für andere lateinamerikanische Länder ein, die mit ihren oligarchischen Demokratien unzufrieden waren. Ein höheres Niveau wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ging mit dem Entstehen des bürokratischen Autoritarismus einher: „Dieser Autoritarismus zielt dann primär auf die Ausgrenzung der aktivierten Volksmassen, besonders der städtischen Arbeiterklassen, und basiert auf einer Koalition zwischen einem neuen Typ von Militärelite und denjenigen, die technokratische Ämter in öffentlichen und privaten, relativ effizienten und dynamischen Sektoren innehaben. Diese neue Machtelite wird von jenen sozialen Schichten unterstützt, die sich durch die Mobilisierung gefährdet sehen.“ (Linz 2003: 167)

2.5. Hyperpräsidentialismus

Aus dem Caudillismus lässt sich die in Argentinien bis heute gängige Tradition des „Hyperpräsidentialismus“ ableiten. Wie der Name schon erahnen lässt, handelt es sich hier um eine stark ausgeprägte Machtposition des/der PräsidentIn. Inwieweit in einem hyperpräsidentiellen System Konsolidierungsprobleme von Demokratien einhergehen, beschäftigt derzeit die Politikwissenschaft. Allerdings liegt es meiner Meinung nach auf der Hand, dass in einem hyperpräsidentiellen System viele Gewaltentrennende Elemente und Institutionen an Macht einbüßen und so der Ordnungsrahmen, in dem demokratische Konsolidierung stattfinden soll, stark beschädigt wird oder sogar verloren gehen kann. Die starke Position des/der PräsidentenIn hat sowohl historische als auch geopolitische Wurzeln. Kritik an der traditionell starken Position des Staatsoberhauptes gab es bereits im 20. Jahrhundert. Zu Recht hieß es, das Amt sei beinahe unkontrollierbar und ermögliche viel Willkür, da die exekutive Gewalt einzig bei dem/der PräsidentIn liegt. Eine effektive Stärkung des Kongresses und des obersten Gerichtshofes als Instanzen der Machtkontrolle konnte nicht durchgesetzt werden. Im Gegenteil, im Zuge wachsender wirtschafts- und sozialpolitischer Staatsaufgaben spitzte sich der politische Entscheidungsprozess weiterhin auf das Präsidentenamt zu. (Thiebaut In: Sevilla/Zimmerling 1997: 138) Mit dem Staatsstreich von 1930 geriet Argentinien in eine Legitimitätskrise, die das politische System bis in die 1980er Jahre prägte. „Mehrere Staatspräsidenten nutzten ihre Macht oftmals über alle Gebühr hinaus. Schon 1955, nach dem Ende der ersten Ära Perón, mit Nachdruck aber 1994 entstand deshalb der Plan, die Kompetenzen des Staatsoberhauptes zu reformieren.“ (Hänsch/Riekenberg 2008: 65)

2.6. Präsidentieller Dekretismus – *decretismo*

Unter dem Begriff „*decretismo*“ wird das autonome gesetzgeberische Handeln von PräsidentInnen verstanden. Damit bewegen sie sich allerdings im legalen Rahmen, weil die Anwendung von Dekreten und Notverordnungen in der argentinischen Verfassung verankert ist. „Dennoch handelt es sich bei solchen Verfahrensweisen in der Regel um Brüche in der Funktionslogik der Gewaltenteilung und –kontrolle. Sie sind Ausdruck mangelnder Rollenadaption von wichtigen politischen Akteuren und deuten auf eine unzureichende Institutionalisierung zentraler Normen der repräsentativen und gewaltenteiligen Demokratie hin.“ (Merkel 2003: 88ff) Auch die Gewaltenteilung unterliegt Beschränkungen, was dazu führt, dass eine Regierungsinstitution entgegen der verfassungsrechtlichen Trennung in den Kompetenzbereich einer anderen Institution eingreift. Die Exekutive wird demnach weder durch das Parlament noch durch andere öffentliche Amtsträger kontrolliert. Die Eigenständigkeit der Gerichte, insbesondere gegenüber der Exekutive, darf zu Recht in Frage gestellt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Wenn ein Staatsoberhaupt in großem Maß auf Dekrete zur Setzung unmittelbar geltender Rechte zurückgreift, wird er/sie zum obersten Gesetzgeber, während die Legislative zu einem gesetzgeberischen „Ersatzinitiator“ wird und nur noch dort aktiv werden kann, wo die Exekutive nicht will.

2.7. Argentinien als defekte Demokratie

Argentinien gilt nach wie vor als defekte Demokratie und kommt dem Subtypus einer delegativen Demokratie am nächsten. Die Re-Demokratisierung im Jahr 1983 schien zunächst gute Chancen für einen raschen Konsolidierungsprozess zu haben. Allerdings wurde das Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme zunächst unterschätzt und auch die demokratischen Institutionen erwiesen sich als mangelhaft. So wurde schnell deutlich, dass wirtschaftliche Probleme sowie gängige politische Traditionen (wie Hyperpräsidentialismus, präsidentieller Dekretismus, Korruption etc.) die demokratische Konsolidierung erheblich verlangsamten und erschwerten. Besonders unter der Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1999) konnte sich die delegative Regierungspraxis nach und nach festigen. Merkel meint sogar, dass diese mit der Verfassungsreform von 1994 sogar teilweise formalisiert worden war. (Merkel 2003: 137) Thiery stellt einen nahezu reinen Sub-Typus einer defekten Demokratie in Argentinien fest, der sich bislang als relativ stabil erwiesen hat.

„In den meisten Analysen besteht weitgehend Konsens darüber, dass die Konzentration der politischen Macht in der Exekutive einen wesentlichen Grundzug des politischen Systems im Argentinien der 1990er Jahre darstellt.“(Thiery 2006: 67) Bis heute ist die Schwäche der rechtsstaatlichen Struktur, die Konzentration politischer und gesellschaftlicher Macht auf einen kleinen Personenkreis, die mangelnde Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, sowie ein hybrides Rechts- und Justizsystem für Argentinien kennzeichnend. Dadurch wurden intransparente Machtgeflechte geschaffen, die neben den demokratischen Institutionen agieren und sie nicht selten auch unterlaufen. (Thiery 2006: 68f) Einen wichtigen Gegenpol stellen demokratische Kräfte, vor allem eine freie Presse- und Medienlandschaft sowie eine aktive Zivilgesellschaft dar. Die argentinische Presse erlebte seit 1983 zwei Entwicklungsphasen. Unter der ersten demokratisch gewählten Regierung Alfonsín, der sich dezidiert für die Festigung demokratischer Strukturen einsetzte, entwickelte sich rasch eine vielfältige und professionelle Medienlandschaft. „Sie operierte unabhängig und ohne Einschränkungen und bildete so die Grundlage einer lebhaften Öffentlichkeit, die für Transparenz und hohe Meinungsvielfalt sorgte.“(Thiery 2006: 79) Präsident Menem konterte der medialen Kritik und führte per Dekret Gesetze ein, die öffentliche Kritik als Beleidigung deklarierten und unter Strafe stellten. Allerdings wuchs durch diese Einschränkungen die freie Presse erst Recht in die Rolle einer vierten Gewalt. Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass es in Argentinien kein Pressegesetz gibt und die JournalistInnen zivilrechtlich für ihre kritische Arbeit verfolgt worden waren. (Thiery 2006: 70)

2.8. Anomie

Unter Anomie wird ein Zustand sozialer Desorganisation sowie das Fehlen von klaren und verbindlichen Normen verstanden. Waldmann versteht unter Anomie konkret strukturelle Schwächen eines Staates, die korrupte Handlungen begünstigen und mehrere Bereiche, die eigentlich vom Staat geregelt werden sollten, betreffen.

1. Schwäche bei der Durchsetzung des Gewaltmonopols.
2. Ordnungs- und Organisationsschwäche: der Staat ist unfähig, eine allgemein verbindliche Friedensordnung zu gewährleisten.
3. Schwächen im rechtlichen Bereich: Gesetze haben technische Mängel, die Bevölkerung ist Gesetzen gegenüber misstrauisch, Gesetze werden von Verwaltungsbehörden selektiv und willkürlich angewendet. Richter und Gerichte haben den Ruf, korrupt zu sein.

Die staatliche Schwäche äußert sich gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Individuen, die der Staat nicht dazu bewegen kann, sich an Normen und Regeln zu halten. Auch bei den eigenen staatlichen Organen und deren Mitglieder gibt es Defizite, da auch sie sich oftmals nicht an Gesetze halten bzw. diese zu ihren Vorteil auslegen. (Waldmann 2002: 13) In Argentinien zieht sich die Anomie wie ein roter Faden durch die Geschichte. Machtmissbrauch seitens der Eliten war stets gegeben. Die Bevölkerung empfindet es als normal und natürlich, auf die Einhaltung bestimmter Normen zu verzichten. (Kolmhofer 2003: 7) Den Kern der Anomie sieht Waldmann darin, dass der Staat zwar institutionell und formell abgesichert ist, also über Institutionen und Gesetze verfügt, diese inhaltlich aber nicht eingelöst werden. Daneben herrscht ein strittiger Umgang zwischen BürgerInnen und StaatsvertreterInnen.

Aus diesen theoretischen Überlegungen heraus stellt Waldmann seine Anomietheorie auf:

1. Der Staat bietet keinen konstitutiven Ordnungsrahmen und ist häufig sogar selbst die Quelle der Unordnung. Er schafft es nicht, seinen BürgerInnen Orientierung zu bieten, sondern verunsichert stattdessen die Menschen.
2. Der Staat erhebt Regulierungsansprüche gegenüber der Gesellschaft, die er aber nicht kontrollieren kann. So können konkurrierende gesellschaftliche Machtgruppen Regeln aufstellen, und die BürgerInnen wissen nicht mehr, welche Regeln nun wirklich gelten.
3. Staatspersonal ist oft die Ursache von Irritation, Unsicherheit und Angst. Es hält sich oft selbst nicht an Gesetze, Privilegien und Sonderausstattungen werden für private Zwecke genutzt.
4. Indem es dem Staat nicht gelingt, öffentliche Ordnung und Sicherheit für seine BürgerInnen herzustellen, bringt er sich selbst um seine Basislegitimation und seine eigentliche staatliche Grundfunktion. Waldmann merkt allerdings an: „Bereichen bzw. Phasen, in denen ein normatives Vakuum herrscht oder eine unüberschaubare Normenkonfusion, stehen stets anderen gegenüber, in denen es relativ geordnet und berechenbar zugeht.“ (Waldmann 2002: 184)

II. TEIL: Die Geschichte Argentiniens

Das Wort „Silber“ taucht in der argentinischen Namensgebung immer wieder auf. Selbst der Name „Argentinien“ lässt sich vom lateinischen „argentum“ (Silber) ableiten. Der größte Fluss Argentiniens, der Rio de la Plata, heißt übersetzt „Silberfluss“. Sagenumwobene Erzählungen berichteten bereits vor langer Zeit von einem Königreich, in dem große Silberschätze zu finden sein sollten. Die frühen Entdecker wurden in ihrem Vorhaben, dieses Silber zu finden und sich daran zu bereichern, zwar enttäuscht, doch die Legenden und der Name blieben. Obwohl 1602 der Name „Argentinien“ zum ersten Mal in einem Versepos von Martín del Barco Centenara erwähnt wurde, dauerte es bis zur Verfassung 1853, bis „Argentinien“ zur offiziellen Bezeichnung des Landes wurde. (Riekenberg 2009: 7)

Die Geschichte Argentiniens ist sehr wechselhaft und von zahlreichen Höhen und Tiefen geprägt. Zwar etablierte sich bald nach der Staatengründung eine demokratische Herrschaftsform, doch diese erwies sich im weiteren historischen Verlauf schnell als instabil und kurzweilig. Ähnliche Höhen und Tiefen erlebte auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Bevor nun im folgenden Kapitel die Zeit der Kolonialherrschaft und Staatsgründung genauer betrachtet wird, soll zuvor festgehalten werden, dass Argentinien, so wie es heute auf den Landkarten zu finden ist, aus einer so genannten *frontier* hervorgegangen ist. Unter *frontier*, so Riekenberg, wird nicht die politische sondern die räumliche Demarkationslinie verstanden, wo meist indigene Volksgruppen siedelten. Benachbarte Staaten verstanden eine *frontier* für gewöhnlich als ein künftiges Kolonisationsgebiet. Die Menschen, die in den *frontiers* lebten, wurden oft von der urbanen Bevölkerung unterdrückt. „Gleich, ob es sich um spanische Beamte in der Kolonialzeit, um die Kinder der Aufklärung im späten 18. Jahrhundert oder um die liberale politische Klasse des Landes in der republikanischen Epoche handelte: Nahezu allen diesen Menschen erschien die *frontier* als ein leeres Blatt, das es zu beschreiben galt, rücksichtslos, nachhaltig, gegebenenfalls mit Gewalt.“(Riekenberg 2009: 9)

3. Kolonialzeit und Staatengründung

1536 gründete der spanische Militärgouverneur Pedro de Mendoza die heutige Hauptstadt Buenos Aires. Bereits wenige Jahre später entwickelte sich eine florierende Viehwirtschaft, was auf die guten Weideflächen der argentinischen Pampa zurückzuführen ist. (Gericke 2006: 121)

Das Vizekönigreich Río de la Plata wurde 1776 gegründet und umfasste die heutigen Länder Argentinien, Bolivien, Paraguay und Chile. Dieses Königreich setzte sich stets für seine Unabhängigkeit ein und verweigerte 1808 dem spanischen König Joseph Bonaparte (dem Bruder Napoleons) die Anerkennung. Es kam zu heftigen Kämpfen gegen die Kolonialherrschaft, bis schließlich am 9. Juli 1816 die Unabhängigkeit erklärt wurde. Bei der Frage nach der Verwaltung des Landes standen die Föderalisten den Unitaristen gegenüber. Dieser Konflikt zog einen mehr als 30-jährigen Bürgerkrieg nach sich, den die Befürworter föderalistischer Staatsverwaltung für sich entscheiden konnten. Juan Manuel de Rosas festigte die föderalen Strukturen und errichtete im Jahr 1829 ein diktatorisches Regime, das 1852 von Justo Urquiza gestürzt wurde. Urquiza übernahm daraufhin die Präsidentschaft und führte eine föderale Verfassung ein. (Huppertz 2004: 18ff)

3.1. Wirtschaftlicher Aufschwung und Masseneinwanderung

3.1.1. Politische Entwicklung 1862-1930

Urquiza trat 1862 als Präsident zurück und wurde 1870 ermordet. Ob dieser Mord politisch motiviert war, ist nicht geklärt. Sein Nachfolger Bartolomé Mitre suchte verstärkt einen Ausgleich mit dem Landesinneren und setzte auf eine Vereinheitlichung der Nation. Unter seiner Amtsführung wurde die Verwaltung ausgebaut, ein einheitliches Rechtssystem sowie eine nationale Finanz- und Steuerbehörde geschaffen. 1868 wurde Domingo F. Sarmiento zum Präsidenten gewählt. Er stammte aus einer ländlichen Provinz und symbolisierte so die Vereinigung von Buenos Aires mit dem Landesinneren. Sarmientos Hauptaugenmerk lag im Ausbau des Bildungssektors nach amerikanischem Vorbild. Es wurden Schulen gebaut und LehrerInnen aus den USA angeworben. Ebenfalls bedeutend war die Masseneinwanderung während seiner Amtszeit. Frei nach dem Motto „Regieren heißt bevölkern“ kamen Millionen EuropäerInnen, hauptsächlich aus Italien und Spanien, in das Land. Nicht ganz unbedenklich ist aus heutiger Perspektive der Hintergedanke der Masseneinwanderung, durch die die „rassische“ Qualität der argentinischen Bevölkerung „verbessert“ und so das Land reif für den Fortschritt und die Modernisierung gemacht werden sollte. (Riekenberg 2009: 98f) Während 1850 die Einwohnerzahl bei rund einer Million lag, stieg sie bis 1880 auf 3,3 Millionen Menschen an. Die Regierung strebte eine Zuwanderung nach nordamerikanischem Vorbild, also zur Erschließung des Landesinneren und der *frontiers*, an.

So wollte sie einen modernen Agrarkapitalismus auf der Grundlage von Familienbetrieben aufbauen. Dieser Plan schlug allerdings fehl und die europäische Zuwanderung konzentrierte sich in erster Linie auf die Städte. Auch wenn die rasche Urbanisierung soziale Probleme hervorrief, begann für Argentinien nun eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Spruch „Gott ist ein Argentinier“ beschreibt wohl am besten den damals vorherrschenden Zeitgeist und das Lebensgefühl. Politisch gesehen entwickelte sich ab 1880 eine, wie Carreras schreibt, „Konservative Ordnung“. Die Autorin definiert diesen Begriff als ein System, dass sich zwar formal an die Verfassung von 1853 hält, in Wirklichkeit aber eine oligarchische, von einer kleinen Elite gesteuerte Republik ist. Diese Elite kontrollierte das politische Geschehen in mehreren Bereichen; sei es bei der Frage des nächsten Präsidentschaftskandidaten (wobei unter Umständen auch Wahlmanipulation nicht gescheut wurde) oder Themen, die den Senat und die Provinzregierungen betrafen. (Carreras In: Birle/Carreras 2002: 21) Innerhalb dieser oligarchischen Elite gab es aufgrund der gleichen Grundinteressen wenig Konflikt und Konkurrenz. (Wimmer 2000: 173) Als Oppositionspartei wurde 1891 die UCR (*Unión Cívica Radical*; Radikale Bürgerunion) gegründet. Motiviert war die Parteigründung von der wirtschaftlichen Depression im Jahr 1889, die aufgrund überhitzter Konjunktur und Spekulationsgeschäften eine Finanzkrise nach sich gezogen hatte. Die UCR forderte freie Wahlen, mehr Repräsentativität der Regierung und nicht zuletzt eine verstärkte Demokratisierung des politischen Systems. Dabei wurde sie von der breiten Mittelschicht unterstützt. „Die UCR hing dem so genannten Radikalismus an, der um die Jahrhundertwende entstand und einen populistischen Politikstil entwickelte. Die UCR war mittelständisch geprägt, ihr schlossen sich auch junge Offiziere und Studenten an. Allerdings wäre es falsch, die UCR deshalb als eine Partei des Mittelstands bezeichnen zu wollen. Vor allem ihre Führungszirkel stammten aus den sozial konservativen Eliten, die sich im oligarchischem Regime von der politischen Führung des Landes ausgegrenzt sah.“ (Riekenberg 2009: 117) 1912 wurde das argentinische Wahlsystem reformiert. Mit dem Gesetz Sáez Pena verankerte man das allgemeine Wahlrecht im Gesetz. Jeder argentinische Staatsbürger über 18 Jahren konnte nun seine Stimme geheim abgeben, die ZuwanderInnen blieben nach wie vor von den Wahlen ausgeschlossen. In der Realität bedeutete die neue Wahlgesetzgebung für lediglich 40% bis 45% der erwachsenen männlichen Bevölkerung die Möglichkeit zum Urnengang (Carreras In: Birle/Carreras 2002: 22) Die oligarchische Elite wollte die UCR aufgrund ihres breiten Zuspruches seitens der Bevölkerung quasi als Juniorpartner in das politische Geschehen integrieren.

Womit sie jedoch nicht gerechnet hatte, war, dass bei den Wahlen 1916 der Führer der Radikalen Bürgerunion, Hipólito Yrigoyen, zum Präsidenten gewählt werden würde. Sein Ziel war eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik und ein Ausbau im Bildungssektor. Für seinen Wahlkampf setzte Yrigoyen trotz geplanter „moralischer Erneuerung“ im politischen Führungsstil auf Altbewährtes, nämlich auf ein stark ausgeprägtes Klientelwesen. Hier kamen ihm lokale Bosse der Radikalen Partei, die so genannten Stadtteilcaudillos (*caudillos de barrio*) zu Gute. Ihrer Klientel, hauptsächlich aus der Mittel- und Unterschicht, boten die Caudillos Unterstützung und Hilfe beispielsweise bei der Arbeitsvermittlung oder bei medizinischer Betreuung. Diese Stadtteil- oder Wahlcaudillos wurden zum organisatorischen Gerüst des Radikalismus. (Riekenberg 2009: 122) Auch in den Folgewahljahren 1922 und 1928 konnte die UCR den Präsidenten stellen. Allerdings spaltete sich die Partei 1922 nach dem Wahlsieg des sozial-konservativen Marcelo T. de Alvear in zwei Gruppen: auf der einen Seite standen die Anhänger Yrigoyens (*yrigoyenistas*) den *antipersonalistas* auf der anderen Seite gegenüber. Diese lehnten die klientelistische und personenbezogene Politik des ehemaligen Präsidenten ab. Die traditionelle politische Elite Argentiniens war trotz der ideologischen Spannungen innerhalb der UCR nicht in der Lage, die Präsidentschaft allein durch freie Wahlen für sich zu gewinnen. Jedoch hatte sie bedeutende Positionen in den Provinzregierungen und im Senat inne, was häufig zu Konflikten zwischen der nationalen Regierung und den Institutionen der Provinzen führte.

3.1.2. Wirtschaftliche Entwicklung 1862- 1921

Argentinien erlebte ab 1880 einen steigenden wirtschaftlichen Aufschwung. Das Land konnte sich gut in den internationalen Markt integrieren und zählte in puncto Agrarexport (Rindfleisch, Getreide und Wolle) zu den Weltmarktführern. Auch die Erfindung neuer Technologien und der Ausbau von Transportwegen trugen zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Das erste Kühlschiff brach 1876 von Buenos Aires Richtung Europa auf und nur wenige Jahre später baute man in Buenos Aires erste Kühlhäuser für den Fleischexport. So kam es zu einem neuen Boom in der Viehexportwirtschaft, der erst durch die Weltwirtschaftskrise 1929 zum Stillstand kam. (Riekenberg 2009: 101) In den Jahren von 1880 bis 1910 versiebenfachte sich der argentinische Außenhandel, während die Bevölkerung auf ein dreifaches anstieg. Auch das Eisenbahnnetz wurde von 2.500km auf rund 28.000km ausgebaut. (Barrios 1999: 45)

Die guten Wirtschaftsbeziehungen zu Großbritannien erwiesen sich für das Land als äußerst lukrativ, immerhin bezog Argentinien von dort einen Großteil der Industriegüter, sowie Direktinvestitionen und Kredite, die das Wachstum mitfinanzierten. (Carreras In: Birle/Carreras 2002: 20f) Der Fokus der argentinischen Außenpolitik lag eindeutig auf Europa, dem gleichzeitig wichtigsten Handelspartner. Unter den politischen und wirtschaftlichen Machthabern Argentiniens war diese außenpolitische Orientierung keineswegs unumstritten. Es wurden Gegenstimmen laut, die sich einen verstärkt amerikanischen Charakter der Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit anderen lateinamerikanischen Ländern, wünschten. Außenpolitisch zeigten insbesondere die Regierungen der Radikalen ein höheres Engagement nachbarstaatliche Beziehungen einzugehen. Obwohl immer wieder eine lateinamerikanische Union oder ein „Zollverein“ (nach deutschem Vorbild) des Cono Sur ins Auge gefasst wurde, und auch zaghafte Schritte in diese Richtung unternommen wurden (beispielsweise die Zusammenarbeit nach dem ABC-Konzept; Argentinien, Brasilien, Chile) blieben entscheidende Intensivierung des intraregionalen Handelsaustauschs weitgehend aus. Kurzzeitig wurden während des Ersten Weltkriegs die Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten intensiviert. Allerdings verloren sie in der Zwischenkriegszeit schnell wieder an Bedeutung, nachdem die früheren transatlantischen Verbindungen wiederhergestellt worden waren. (Barrios 1999: 49) Während des Ersten Weltkriegs und der Zwischenkriegszeit war wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens von zwei Konjunkturzyklen bestimmt. Der erste umfasste die Jahre 1914-1921, der zweite dauerte von 1922 bis 1929. Beide wurden durch eine Rezession eingeleitet. „Die Rezessionen folgten im Prinzip stets dem gleichen Ablaufmuster. Einbrüche im Exportsektor, etwa eine Absatzkrise agrarwirtschaftlicher Produkte auf den Weltmärkten, waren die Auslöser unmittelbarer Zahlungsbilanzprobleme. Die Einfuhren wurden beschränkt, die aus Importsteuern stammenden Regierungseinnahmen gingen zurück und es kam zu Kreditengpässen. Firmen brachen nach der Reihe zusammen, die Arbeitslosigkeit stieg.“ (Waldmann 1996: 899) Es folgte eine allmähliche wirtschaftliche Erholung, die sich erneut zu einem Boom steigerte. Die Beziehung zu den USA blieb lange Zeit distanziert, da die USA als Konkurrent aufgrund der ähnlichen Agrarprodukte auf dem Weltmarkt galt. Ein komplementärer Handel, wie es zwischen Argentinien und Großbritannien der Fall war, war daher zwischen den USA und Argentinien ausgeschlossen. Großbritannien blieb der wichtigste Handelspartner. Im Gegenzug für den argentinischen Agrarexport erhielten britische Produkte besondere Vergünstigungen.

Das Verhältnis zum Nachbarstaat Brasilien war angespannt, da sich die beiden Nachbarländer gegenseitig als Bedrohung empfanden. Argentinien unterstellte der brasilianischen Außenpolitik „territorial expansionistische Ambitionen“; während Brasilien im Gegenzug im raschen wirtschaftlichen Aufstieg Argentiniens die Gefahr sah, Argentinien könne andere Länder der Region bevormunden. Präsident Roque Sáez Peña verstärkte daher das Engagement, die nachbarstaatlichen Beziehungen, vor allem zu Brasilien, zu verbessern. „Die argentinischen und brasilianischen Exportinteressen erwiesen sich als durchaus kompatibel, da die unterschiedliche Güterpalette beider Länder zu keiner Konkurrenzsituation auf externen Märkten führte und zudem ein Ausbau des bilateralen Handels möglich war.“ (Paradiso 1993: 42f) Die argentinischen Außenhandelsbeziehungen änderten sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, da der gesamte internationale Kontext einem Wandel unterlag. Die USA und sowie andere lateinamerikanischen Staaten wurden zu wichtigeren Handelspartnern, der Anteil der Außenhandelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Argentinien blieb in etwa gleich. Alle übrigen Handelspartner büßten an Bedeutung ein. „International zeichnete sich der relative Abstieg Großbritanniens als Finanzzentrum und der Aufstieg der USA zur dominierenden industriellen Macht sowie zur wichtigsten Quelle für Direktinvestitionen und Kredite ab. Argentinien hielt jedoch am hergebrachten Modell seiner weltwirtschaftlichen Einbindung weitgehend fest. Infolge der durch den Weltkrieg verursachten Behinderung der überseeischen Handelsverbindungen setzte zwar eine leichte importsubstituierende Industrialisierung ein, man ergriff jedoch keine protektionistischen Maßnahmen zu ihrer Förderung.“ (Barrios 1999: 48) Der Erste Weltkrieg schien zu einer künstlichen Unterbrechung eines beinahe abgeschlossenen Wachstumszyklus geführt zu haben. Man gab sich der Illusion hin, nach wenigen Jahren wieder zum „goldenen Zeitalter“ von vor dem Krieg gelangen zu können und verzichtete weitgehend auf eine wirtschaftspolitische Neuorientierung. Und tatsächlich war ab Mitte der 1920er Jahre die Beziehung zu Großbritannien, das nach wie vor mit 76% der Hauptabnehmer argentinischen Rindfleisches war, wiederhergestellt. Allerdings wurde die Notwendigkeit, sich mit Wirtschaftsreformen zu befassen, bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 hinausgezögert. Letzten Endes war es jedoch unvermeidlich. Ackerbau und Viehzucht gingen zurück, der industrielle Sektor erfuhr eine expansive Entwicklung. „Der industrielle Wachstumsprozess ging größtenteils auf die Gründung lokaler Filialen von ausländischen, insbesondere US-Konzernen, vor allem in der Chemie- und Elektrobranche zurück.“ (Waldmann 1996: 900)

Der Einfluss der USA auf die argentinische Wirtschaft nahm nun erheblich zu. Sie investierten in den 1920er Jahren rund drei Mal so viel wie Großbritannien, obwohl deren Anteil nach wie vor groß war. Die Außenhandelsbeziehungen wurden von der prekären Dreiecksbeziehung USA, Argentinien und Großbritannien dominiert, bis Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg seine außenwirtschaftliche Vormachtstellung definitiv an die USA abtreten musste. Zunächst markierte die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 einen radikalen Umbruch. Um wieder Stabilität zu erlangen, versuchte man durch entsprechende Verträge die Deviseneinfuhr aus Großbritannien zu sichern. Auch zu den USA sollte der wirtschaftliche Kontakt gestärkt werden, was sich aufgrund des bestehenden Konkurrenzverhältnisses auf dem Weltmarkt im Bereich Agrarprodukte als schwierig erwies. Innerhalb Argentiniens wurde auf importsostituierende Industrialisierung gesetzt. (Carreras 2002a: 23) Allerdings scheiterten viele Reformvorhaben an der innenpolitischen Machtkonstellation. „Erschwerend kam hinzu, dass das radikale Regime in steigendem Maße korrupt geworden war. Die wirtschaftliche Depression und die Korruption der Radikalen Partei sowie die Tatsache, dass Präsident Yrigoyen damals schon ein sehr alter Mann war, bildeten den Hintergrund, vor dem sich die Revolution des Heeres im September 1930 abspielte.“(Alexander 1952: 26)

Steigende Arbeitslosigkeit und Armut forderten ihren Tribut und brachten am 6. September 1930, nach einem Staatsstreich, das Militär an die Macht. „Eine Entwicklung, die für Argentinien keine Einmaligkeit behalten sollte; so putschte sich ab diesem Zeitpunkt das Militär in einem Zeitraum von 46 Jahren mehr als ein Duzend mal an die Macht und setzte gleichzeitig die demokratisch gewählte Regierung ab.“ (Gericke 2006: 121) Unterstützt wurde der Staatsstreich im Jahr 1930 von der sozialen und wirtschaftlichen Elite sowie nationalistischen Kreisen. Das demokratische System erfuhr eine Abwertung, nationalistische Strömungen traten hervor. Der Zeitraum zwischen dem Militärputsch 1930 und dem Jahr 1943 wird in der Literatur als die „Infame Dekade“ bezeichnet.

3.2. Die „Infame Dekade“

Nach dem Putsch sah sich das Militär als autonomer Bestandteil und Machthaber im politischen System. Es war nicht mehr nur Teil des Geschehens, sondern nahm die Rolle des Kontrolleurs ein. Die Grundlage für die Änderung dieses Selbstverständnisses sieht Riekenberg in der Professionalisierung der Armee. Ideologisch zerfiel die Militärführung nach 1930 in zwei Blöcke.

Auf der einen Seite gab es die extrem konservativen Nationalisten unter General José Uriburu (1868-1932), die antikommunistisch und antiliberal eingestellt waren. Obwohl diese Gruppe zahlenmäßig in der Minderheit war, schaffte es Uriburu von 1930 bis 1932 an die Macht. Während die konservativen Nationalisten einen autoritären Staat á la Mussolini ins Auge fassten, stand dem gegenüber eine konservativ-liberale Linie, allen voran General Agustín Justo (1876-1943). Dieser Gruppierung ging es nicht um die Aufhebung der Verfassung von 1853, sondern vielmehr um deren Reorganisation. Ziel dabei war eine klar hierarchisch gestaffelte, für das Volk eingeschränkte Demokratie. (Riekenberg 2009: 133f) 1932 übernahm General Justo die Führung, die diktatorischen Stränge wurden etwas gelockert und der Schein einer demokratischen Regierung erzeugt. Allerdings kehrte Argentinien zwischen 1930 und 1943 nie zu einer wirklichen Demokratie zurück und das Gros der argentinischen Bevölkerung blieb seiner bürgerlichen Rechte beraubt. Lediglich in Buenos Aires wurden noch freie Wahlen abgehalten, während in den Provinzen Wahlbetrug zur gängigen Praxis geworden war. Die Wahlen waren kontrolliert und in eine vorbestimmte Richtung gelenkt. „Wenn aber in einer Provinz irrtümlicherweise oder durch Nachlässigkeit der Behörden, eine oppositionelle Partei bei den Wahlen ans Ruder kam, griff unfehlbar die Bundesregierung ein und entfernte die gewählte Provinzialverwaltung aus ihrem Amt; sie wurde durch einen „Sonderbeauftragten“ ersetzt, der die Aufgabe hatte, neue Wahlen abzuhalten und dafür zu sorgen, dass beim zweiten Mal ein „richtiges“ Ergebnis zustande kam.“ (Alexander 1952: 27) Einzig unter Präsident Ortiz (1938-1942) führte eine kurze Unterbrechung in Richtung Demokratie. Der Präsident griff mitunter persönlich in die korrupte Verwaltung der Provinzen ein. Während seiner Amtszeit wurden tatsächlich freie Wahlen abgehalten, bei denen auch die Opposition siegreich sein konnte. Auch in der Wirtschaft änderte sich in dieser Epoche die Vorgehensweise, nachdem die Weltwirtschaftskrise die Verwundbarkeit des traditionellen argentinischen Außenhandelsmodells aufgezeigt hatte. Nach 1932 setzte die konservative Regierung auf einen moderaten defensiven Staatsinterventionismus. Allerdings gingen die europäischen Märkte weitgehend verloren und die Einbindung Argentiniens in den Weltmarkt war ernsthaft bedroht. Zudem waren die argentinischen Exportpreise um 64% gefallen und hatten damit ihren Tiefpunkt erreicht. „Die steil abfallende Importkapazität führte nicht nur zu schweren Zahlungsbilanzproblemen, sie dezimierten zudem die Staatseinnahmen, die sich bis dahin noch zu einem großen Teil aus Importzöllen zusammensetzten.“(Waldmann 1996: 914)

Um einen kompletten Einbruch zu verhindern, wurde 1933 der Roca-Runciman-Vertrag unterzeichnet, der Großbritannien wirtschaftliche Zugeständnisse (u.a. Zollsenkungen, erleichterte Bedingungen für britische Direktinvestitionen, etc.) einräumte. Dieser Vertragsabschluss wurde zur umstrittensten Entscheidung der Außenpolitik zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg; ein wirtschaftsnationalistischer Diskurs entfachte. Es kam zu vermehrt bilateralen Abkommen mit Brasilien und Chile, was auf eine Besserung für die Beziehungen innerhalb der Region hinweisen sollte. Und tatsächlich wurde die Beziehung zu den Nachbarstaaten Brasilien und Chile in den Folgejahren zu einem wichtigen Punkt in der argentinischen Außenpolitik. (Barrios 1999: 50) Letzten Endes schaffte es Argentinien bis 1938 durch verschiedene Maßnahmen wirtschaftlich wieder auf die Beine. Um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken begann der Ausbau des Straßennetzes. Zudem wurden für die wichtigsten argentinischen Agrarprodukte Kontrollen für Anbau und Vermarktung sowie staatlich festgelegte Mindestpreise bestimmt. Zudem trugen mehrere klimatisch bedingte Missernten in den USA und Kanada zu einer verstärkten Nachfrage argentinischer Agrarprodukte auf dem internationalen Markt bei. Schließlich waren die wirtschaftlichen Bilanzen im Jahr 1938 wieder mit jenen von 1928 vergleichbar. (Waldmann 1996: 915f) Die Beziehung zu den USA blieb weiterhin distanziert. Zum offenen Konflikt kam es, als Argentinien während des Zweiten Weltkrieges seine Neutralität beibehielt, während die USA bereits zum Kriegsteilnehmer geworden waren. Die Spaltung innerhalb Argentinien in GegnerInnen und BefürworterInnen der Neutralität zeichnete sich in Kreisen der Unternehmer, der Streitkräfte und der politischen Parteien ab. Obwohl die USA offenen Druck auf Argentinien ausübten, gelang es nicht, die argentinische Regierung zu einer eindeutigen Positionierung zu bewegen. Allerdings unterschätzte Argentinien die Bedrohung einer internationalen Isolation. Man ging davon aus, dass sich Europa nach dem Krieg in einer schlechten Ernährungslage befinden und argentinische Agrarprodukte mehr den je gefragt sein würden. Auch zwischen Brasilien und Argentinien hatte die Neutralitätsfrage Konfliktpotential in sich. Argentinien befürchtete, dass sich Brasilien zu den USA bekennen und sich so das regionale Kräfteverhältnis zu brasilianischen Gunsten verschieben könnte. „Tatsächlich hatten die Rüstungslieferungen der USA an Brasilien und ihr gleichzeitiger Rüstungsboykott gegenüber Argentinien ein gewisses militärisches Ungleichgewicht zur Folge.“ (Barrios 1999: 51) Ob im Zeitraum 1933-43 ein höheres wirtschaftliches Wachstum möglich gewesen wäre, bleibt fraglich. Kritische Stimmen merken an, dass die konservative Regierung den Interessen der traditionellen Eliten und dem alten Wachstumsmodell verhaftet und so ein wirtschaftliches

Wachstum gebremst hatte. „Zum Vermächtnis dieser Jahre gehört nicht nur das politische Ende der Konservativen, die nach 1943 nur noch einen marginalen Platz im argentinischen Parteienspektrum einnehmen sollten. Der zynische politische Stil der konservativen Restauration trug erheblich dazu bei, auch die chancenlose Opposition und das parlamentarische System als solches zu diskreditieren.“ (Waldmann 1996: 919) Die Infame Dekade erlebte 1943 einen Bruch mit dem Aufkommen einer neuen politischen Kraft, dem Peronismus. Alexander sieht in der Diskreditierung der Demokratie nicht die alleinige Ursache für das Aufkommen des Peronismus. Auch der Veränderung in der Zusammensetzung der urbanen ArbeiterInnenenschaft kommt seines Erachtens eine erhebliche Bedeutung zu. Zu dieser Veränderung trugen zwei Faktoren maßgeblich bei: die Abwanderung von den ländlichen Gebieten nach Buenos Aires und die Argentinisierung der städtischen Bevölkerung, die mit der Zeit zu einem gesellschaftlichen Wandel führte. Die städtische Bevölkerung setzte sich nun nicht mehr aus europäischen MigrantInnen, sondern aus deren Kindern zusammen. Diese Folgegeneration zeigte großes Bemühen, den Argentinern zu beweisen, dass auch sie echte „*Argentinos*“ waren. Eine Tatsache, die sie zu einer leichten Beute für nationale Bewegungen machte. Auch die traditionelle Gewerkschaftsbewegung verlor ihren Einfluss als militante Kraft, die sie vor und nach dem Ersten Weltkrieg war. 1922 wurde die „Unión Ferroviaria“, die Gewerkschaft der EisenbahnerInnen, gegründet. Gemeinsam mit der Gewerkschaft „Fraternidad“ der LokomotivarbeiterInnen stellten sie die Grundpfeiler der argentinischen ArbeiterInnenbewegung mit mehr als 100.000 Mitgliedern dar. Allerdings wurden die Gewerkschaftsführer mit der Zeit zu selbstsicher und verloren den Kampfgeist. „Die sozialistische Partei, zu der die meisten der großen Gewerkschaftsführer gehörten, lehnte es ab, sich in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen und versäumte, eine Politik auf weite Sicht zu verfolgen und auf die Gewerkschaften anfeuernd zu einzuwirken.“ (Alexander 1952: 29) 1942 spaltete sich die wichtigste ArbeiterInnenorganisation, die der Allgemeinen ArbeiterInnenvereinigung (C.G.T. – *Confederación General de Trabajadores*), die nun in zwei Gruppierungen zerfiel. Die AnhängerInnen der alten Richtung standen einer neuen Gruppe, die sich aus KommunistInnen und „abtrünnigen“ SozialistInnen zusammensetzte, gegenüber. Dieser Bruch in der ArbeiterInnenbewegung trug sicherlich zum Militärputsch von 1946 bei. Möglicherweise hätte sich die Armee zu diesem Putsch nicht bemächtigt gefühlt, wäre sie einer vereinten Gewerkschaftsopposition von mehr als einer Million Menschen gegenüber gestanden. (Alexander 1952: 33)

Durch das Zusammenkommen all dieser Umstände – die Diskreditierung der Demokratie, die Wandlung in der Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse, die Spaltung der C.G.T., das mangelnde Interesse der verschiedenen Regierungen am Wohl der ArbeiterInnenschaft – wurde der Weg frei für den „*golpe de estado*“ (Staatsstreich) der argentinischen Armee am 4. Juni 1943. Der Umsturzplan wurde von einer Organisation innerhalb der Streitkräfte, der GOU („*Grupo de Oficiales Unidos*“ – Gruppe vereinter Offiziere) vorbereitet. „Der Sturz der Konservativen wurde in weiten Kreisen der Öffentlichkeit mit Erleichterung aufgenommen. Maßnahmen gegen die Korruption und die im Zuge der kriegsbedingten Inflation aufgekommene Spekulation, eine schärfere Preiskontrolle für Konsumgüter, die angeordnete Senkung der Wohnungsmieten und der landwirtschaftlichen Pachtgebühren fanden ein durchaus positives Echo. Doch blieb das Programm der Streitkräfte unklar. Hinter der Fassade strenger militärischer Disziplin verbarg sich ein harter Machtkampf.“ (Waldmann 1996: 921) Genau hinter dieser Fassade konnte sich Juan Domingo Perón eine solide Machtbasis innerhalb des Militärs schaffen. Seine Karriere begann allerdings schon Jahre davor und soll im folgenden Kapitel näher beleuchtet werden.

3.3. Der Peronismus

Am 8. Oktober 1895 in der Kleinstadt Lobos geboren, zog es Juan Domingo Perón bereits im Alter von 15 Jahren zum Militär. Er absolvierte eine Militärakademie, das *Colegio Militar* in Buenos Aires, wurde kurz darauf Leutnant und drei Jahre später, im Jahr 1919, Oberleutnant. Seine Karriere verlief „mäßig, aber konstant steigend.“ (Rych 2005: 40) Vor seiner Weiterbildung an der *Escuela Superior de Guerra*, einer Akademie für mittelrangige Offiziere, unterrichtete Perón an einer Akademie für Unteroffiziere und galt als ausgezeichneter Redner und Lehrer. Das Jahr 1929 verlief ereignisreich für Offizier Perón. Neben dem Abschluss an der Akademie und seiner Hochzeit mit der Gitarrenlehrerin Aurelia stand auch die politische Situation in Argentinien vor einem Umbruch. Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die politische und soziale Lage des Landes zunehmend und Perón nutzte die Gunst der Stunde um sich an den Putschvorbereitungen im Jahr 1930 zu beteiligen. Allerdings blieb seine Bedeutung an diesem Staatsstreich letzten Endes aufgrund seines niedrigen militärischen Ranges marginal. Nach dem Putsch arbeitete Perón kurzzeitig als Privatsekretär des Kriegsministers. Als sich das Militär in zwei Fraktionen, nämlich der ultrakonservativen unter General Uriburu und der eher gemäßigten unter General Justo aufsplitterte, entschied sich Perón für die gemäßigte Variante.

Perón trat erneut eine Lehrtätigkeit an der *Escuela Superior de Guerra* an, wurde 1931 zum Major und 1936 zum Oberstleutnant befördert. Sein erstes politisches Amt war die Stelle eines Militärattaché der argentinischen Botschaft, die ihn für zwei Jahre nach Chile brachte. 1938 verstarb seine Frau Aurelia, für Perón war dies ein harter Schlag. Er zog sich kurzfristig aus der Politik zurück und kehrte nach einer längeren Europareise im Frühjahr 1939 nach Buenos Aires zurück. In Europa kam er mit den verschiedenen faschistischen Regimen in Italien, Spanien und Deutschland in Kontakt. Sowohl die Effizienz als auch die Fähigkeiten Mussolinis, Massen zu mobilisieren, scheinen Perón fasziniert zu haben. (Rych 2005: 43) Bis zum Jahr 1942 ging Perón erneut einer Lehrtätigkeit in Mendoza nach, bis er auf Befehl von General Farrell nach Buenos Aires zurückbeordert wurde. Dort sollte er eine Schlüsselrolle bei den Vorbereitungen eines Militärputsches übernehmen, bei der Revolution von 1943. „In den Revolutionen, die ihm den Weg zur Macht ebneten, spielte er nur zweitklassige Rollen; doch war er der Macht und dem staatlichen Kontrollapparat so nahe, dass er genügend lernen konnte, ohne andererseits befürchten zu müssen, dass er getroffen werde, falls der Apparat durch Missbrauch oder schlechte Bedienung einmal in die Luft flöge.“(Alexander 1952: 11) Am 4. Juni 1943 besetzte der rechte Flügel des Militärs die *Casa Rosada*, den Sitz der argentinischen Regierung. Ziel der neuen Herrschaft waren „Säuberungen“ gegen Korruption, den Sittenverfall und gegen alles, was den Verdacht kommunistischer Ideologien aufkommen ließ. Kurz darauf wurden alle politischen Parteien aufgelöst, Presse und Universitäten militärischer Kontrolle unterstellt. Bildungs- und Erziehungsfragen wurden dem katholischen Klerus zugeteilt. Perón nahm in der ersten Zeit die Rolle des Arbeits- und Sozialministers ein, wurde 1944 Vizepräsident unter Präsident Edelmiro Farrell und nahm eine bedeutende Position hinter den Kulissen ein. 1945 drohte die Militärregierung am massiven innen- und außenpolitischen Druck zu zerbrechen. „Außenpolitisch hatte sie den Unwillen der Vereinigten Staaten in Kauf genommen, als sie versuchte, die diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten aufrecht zu erhalten. Washington belegte Argentinien im Gegenzug mit empfindlichen Sanktionen und schickte zudem, im Mai 1945, mit Spruille Braden einen Botschafter nach Buenos Aires, der fest davon überzeugt war, dass sich hinter dem Regime Farrell-Perón der Einfluss Hitlerdeutschlands verbarg, und der recht offen über die Notwendigkeit sprach, diesen 'Hort des Faschismus' auszusradieren.“ (Cramer 2000: 244) Auch Großbritannien verweigerte auf Druck der USA der neuen Regierung die Anerkennung. Innenpolitisch geriet das Militär zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik.

Zwar wurde das Regime im Vorhaben, die korrupte Regierung zu stürzen, unterstützt; der Versuch, das Land zu seinem vermeintlichen Ursprung, einem Autoritarismus mit hispanisch-katholischer Prägung, zurückzuführen, rief jedoch wenig Sympathie seitens der Opposition hervor. Bis 1945 bildete sich ein breites Oppositionsbündnis, das sich für eine Re-Demokratisierung einsetzte. Gestärkt wurde dieses Vorhaben sowohl von den USA als auch von der argentinischen Wirtschaft. (Cramer 2000: 245) Die Wirtschaft, bestehend aus großen Unternehmerverbänden aus Handel, Industrie und Landwirtschaft, war nämlich mit der Lohn- und Sozialpolitik des Militärregimes nicht einverstanden. Seitens der wirtschaftlichen Elite war die Kritik nicht unbegründet, da Perón es sich zum Ziel gemacht hatte, eine breite Gefolgschaft in den Unterschichten aufzubauen und diese mit kostenintensiven Lohnerhöhungen etc. zu locken. Durch geschickte Verhandlungsstrategien schaffte es Minister Perón, die Führung der Gewerkschaften unter seine Fittiche zu nehmen und diese zu kontrollieren. Peróns Engagement für die Masse der ArbeiterInnenschaft sah auch die Errichtung von Sozialversicherungsinstituten vor, die ein Gros der Bevölkerung umfasste und Argentinien in puncto Sozialversicherung zu einem Vorreiter seiner Zeit machen sollte. Hinzu kam der Bau von Billigwohnungen. Trotz der Unterstützung der ArbeiterInnenschaft schienen Mitte 1945 die Tage des Militärregimes endgültig gezählt. Zwei Jahre lang hatte es das Militär nicht geschafft, aus dem De-Facto-Regime eine konsolidierte Regierung aufzubauen. Im Offizierskorps selbst wurden Stimmen für den Rückzug laut. Das Verbot gegen das Bestehen politischer Parteien wurde aufgehoben und auch die Pressezensur gelockert. Perón zählte nicht zu den Befürwortern dieser Lockerungsmaßnahmen. Stattdessen setzte er in der Stunde des Rückzugs zum Gegenangriff an. Er übte großen Druck auf die Opposition aus, die für die Wiederherstellung der Demokratie plädierte. Als bekannt wurde, dass sich Kreise aus der Zivilbevölkerung mit abtrünnigen Offizieren verbündet hatten, war dies für Perón eine willkommene Gelegenheit zum Gegenschlag. Zahlreiche politische Kontrahenten wurden inhaftiert. Die Taktik, seine Gegner einfach wegzusperren, sorgte für großen Unmut und Perón verlor die Unterstützung der Streitkräfte. „Eine wachsende Zahl von Offizieren sah im Machtstreben Peróns das eigentliche Hemmnis für einen Prozess der politischen Versöhnung, der den Streitkräften erlauben würde, sich unter Wahrung des Gesichts von der Macht zurückzuziehen.“ (Waldmann 1996: 924)

Am 9. Oktober wurde Perón zum Rücktritt gezwungen und kurze Zeit später verhaftet. Der Sturz Peróns löste unter den Gewerkschaftsführern große Verunsicherung aus, da sie in Perón einen starken Verbündeten zu haben glaubten.

Für den 18. Oktober wurde ein Generalstreik angekündigt und schon einen Tag davor legten die ArbeiterInnen in mehreren Bezirken ihre Arbeit nieder. Noch am Abend des 17. Oktobers gab die Opposition den Forderungen der ArbeiterInnenschaft nach und kündigte die sofortige Freilassung Peróns an. Die peronistische Bewegung feierte ihre Geburtsstunde und Perón konnte auf die Unterstützung einer breiten Masse setzen. Gleich nach seiner Freilassung begannen Perón und seine Bewegung die Vorbereitung für die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Von großer Bedeutung waren hier die Gewerkschaften, die mit ihrer ArbeiterInnenpartei, dem *Partido Laborista*, antraten. Neben kleineren politischen, teils nationalistischen Gruppierungen erfreute sich Perón der Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Farrells sowie der katholischen Kirche. Trotz allem zeichnete sich die Gruppierung rund um Perón durch große Heterogenität und Unerfahrenheit aus, dem die organisatorische Verankerung fehlte und der auch in der Presse auf einstimmige Ablehnung stieß. Als schließlich am Tag des Urnengangs Peróns Partei etwas mehr als 50% der Stimmen für sich beanspruchen konnte, musste auch die Opposition den neuen politischen Gegner ernst nehmen. Perón gewann nicht nur die Präsidentschaft, seine Partei übernahm auch die Zweidrittelmehrheit in der Kammer und erhielt, mit Ausnahme von zwei, alle Sitze im Senat. (Alexander 1952: 79) Bei der Verteilung der Machtpositionen kam es parteiintern zu Spannungen. Man blockierte sich in manchen Provinzen bis zur Regierungsunfähigkeit. Darum bemühte sich Perón, seine Koalition in eine straff organisierte Einheitspartei umzuformen. Durch einen autoritären Führungsstil machte er mit basisdemokratischen Ansätzen kurzen Prozess. „Die neue Partei war ganz auf ihn ausgerichtet. Daher war es nur konsequent, dass sie bald auch offiziell den Namen *Partido Peronista* annahm.“ (Cramer 2000: 250) Alexander schreibt, dass es Perón nicht nötig gehabt hätte, Diktator zu spielen. „Er war von einer ausschlaggebenden Mehrheit gewählt worden und seine Partei beherrschte beide Häuser des Parlaments. Er hätte wie ein konstitutioneller, demokratischer Präsident regieren können, aber aus Gründen, die in seiner Persönlichkeit zu suchen sind, zog er es vor, dies nicht zu tun.“ (Alexander 1952: 81) Der Führungsstil Peróns ähnelte tatsächlich mehr dem eines Militärs als dem eines Parteivorstandes. Dennoch war die Unterstützung seitens der ArgentinierInnen groß und die Rahmenbedingungen für Peróns Aufbruch in das „Neue Argentinien“ ausgesprochen gut. Die Gold- und Devisenreserven hatten 1946 einen Wert von 1,7 Mrd. US-Dollar. Argentinien war bei Kriegsende eine der Gläubigernationen, bei denen ironischerweise vor allem Großbritannien tief in der Kreide stand. (Waldmann 1996: 925f)

In den ersten Jahren der peronistischen Amtszeit konnten sich die Gewerkschaften erneut als zentraler Machtfaktor etablieren. Löhne und Sozialleistungen stiegen an, die Kontrolle von Konsumgüterpreisen und Mieten verbesserten die Kaufkraft der lohnabhängigen Schichten zwischen 1945 und 1949 erheblich. Auch das Selbstbewusstsein der argentinischen ArbeiterInnenschaft schien gestärkt.

Allerdings war dieser Aufschwung nur von kurzer Dauer. Schon 1949 schmolzen die Gold- und Devisenraten beträchtlich und das Exporthoch der Nachkriegsjahre ging in eine Rezession über, die von hoher Inflation begleitet war. Argentinien wurde als wichtiger Nachkriegs-Nahrungsmittelimporteur auf Druck der USA zu Gunsten anderer, am Krieg verbündeter Länder, wie z.B. Kanada oder Australien, verdrängt. Die Lage wurde zunehmend prekärer und verschärfte sich nach Missernten in den frühen 50er Jahren zu einer regelrechten Exportkrise.

3.3.1. Evita Perón

Eine wichtige Rolle beim Aufbau eines „Neuen Argentinien“ spielte Peróns zweite Ehefrau María Eva Duarte de Perón, kurz genannt *Evita*. Nach 1946 war es ihre Aufgabe, vor allem die Armen und Marginalisierten zu mobilisieren. Eva Perón wurde nicht müde zu betonen, dass auch sie eine schwache Frau und nichts weiter als ein Werkzeug Peróns zu sein. Ihr tatsächlicher Einfluss war jedoch unbestritten groß. Die *Fundación Eva Perón* wurde ins Leben gerufen, eine privatrechtliche Organisation, die soziale Projekte organisierte. So wurden in Armutsgeländen moderne Krankenhäuser errichtet, Alten- und Pflegeheime gebaut, Hilfslieferungen und ähnliche karitative Leistungen organisiert. (Cramer 2000: 252) Schirmherrin war Evita Perón, die des Weiteren die Arbeits- und Sozialressorts Argentinien kontrollierte, ohne überhaupt ein offizielles Regierungsamt zu bekleiden. Während sie in personalpolitischen Angelegenheiten oft weit über die Ressorts hinaus eingriff, konnte sich lediglich das Militär ihrem starken Einfluss entziehen. „Dabei wachte sie schärfer als Perón selbst darüber, dass sich niemand aus dem Partei – oder Gewerkschaftsapparat eine eigenständige Stellung aufbauen konnte.“ (Cramer 2000: 252) Das Ehepaar Perón errichtete ein Regime, welches die Aufrechterhaltung der Macht durch neue Gesetze sicherte. So traten beispielsweise „Beleidigungsbestimmungen“ in Kraft, die mit einem Jahr Haft sanktioniert wurden. Neu gegründete Parteibewegungen mussten bis zu drei Jahre warten, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen konnten. Bestehende Parteien konnten bei Verdacht, den „sozialen Frieden zu gefährden“, aufgelöst werden.

Eine dritte wichtige Verankerung war die diktatorische Gewalt, die dem Präsident im Falle eines politischen oder wirtschaftlichen „Notstandes“ eingeräumt wurde. (Alexander 1952: 99) Auch die Presse war während der Ära Perón kontrolliert und beeinflusst. Politisch nicht genehme Nachrichtenorgane wurden mit allen möglichen Mitteln in die Knie gezwungen, notfalls „durch Enteignung oder die Verweigerung von Bankkrediten.“ (Cramer 2000: 252) Perón war ebenfalls bemüht, eine „organisierte Gesellschaft“ zu festigen, in der Staat und Peronismus gleichgesetzt waren. Wer fortan im öffentlichen Dienst arbeiten wollte, musste dem Peronismus ein Treuebekenntnis ablegen. Im Alter von 33 Jahren starb Eva Perón 1952 an Krebs. Obwohl die Macht Domingo Peróns auch nach dem Tod seiner Frau unbestritten war, wuchs sowohl bei der Opposition als auch in den Reihen der Militärs die Ablehnung gegenüber seiner Person. Durch einen Militärputsch im Jahr 1955 beendeten eine Reihe konservativer Kräfte unter Eduardo Lonardi die erste Ära Perón. Mehr als 4.000 Menschen kamen dabei ums Leben, Perón ging ins Exil nach Madrid. (Gericke 2006: 122)

3.4. Politische Krise und wirtschaftlicher Stillstand 1955-1976

Bis 1976 war die argentinische Politik nun von Umstürzen und Gegenständen sowie dem ständigen Wechsel zwischen Militärregierungen und gewählten Zivilregierungen gekennzeichnet. 1955 bis 1958 war eine Interimsregierung des Militärs an der Macht, von 1958 bis 1966 wurde eine Zivilregierung eingesetzt. Diese wurde erneut von einer Militärdiktatur abgelöst, die bis 1973 regierte. Nach 1973 gab es wieder zivile Regierungen, bis schließlich 1976 bis 1983 die Militärdiktatur unter General Videla Argentinien lenkte. Auch Programme und Akteure wechselten regelmäßig. Waldmann meint: „Hinter dem häufigen Wechsel von Regierungen, Ministern und Programmen, der nach außen hin den Eindruck von Zielstrebigkeit und Geschäftigkeit vermittelte, verbarg sich wachsende Ratlosigkeit.“ (Waldmann 1996: 932) Während die Militärs davon ausgingen, dass der Peronismus den Großteil seiner Macht eingebüßt und nun problemlos in das Parteienspektrum integriert werden könne, setzte Präsident Lonardi auf kooperative Maßnahmen, indem er den Peronismus nicht zerschlagen, sondern das Land auf friedliche Art auf einen neuen Kurs bringen wollte. Damit verlor er allerdings die Unterstützung des Militärs. Somit kam es schon nach wenigen Monaten nach dem Sturz Peróns zu einem Führungswechsel. Lonardi dankte ab, neuer Präsident wurde General Aramburu. Dieser verfolgte eine strikte und tief greifende „Deperonisierungspolitik“.

1958 rief die Regierung unter Aramburu allgemeine Wahlen aus, von der der Peronismus, der nach wie vor die stärkste politische Kraft Argentiniens war, ausgeschlossen blieb. Um dieses gewaltige Stimmenpotential für sich zu gewinnen, startete Arturo Frondizi von der *Unión Cívica Radical Intransigente*, kurz UCRI, mit dem im Exil lebenden Perón Verhandlungen. Es kam zu einem Bündnis zwischen Perón und Frigerio – dem Berater Frondizis. Dieser sollte Frondizi die Stimmen der Peronisten unter der Bedingung sichern, dass gewisse Verfügungen der Regierung Aramburu – vor allem im Gewerkschaftssektor – rückgängig gemacht werden würden. In der Tat wurde Frondizi zum neuen Präsidenten gewählt und erfüllte nach seiner Wahl einige dieser Bedingungen. Die neu eingesetzte Zivilregierung war jedoch nur von kurzer Dauer. Neben dem Kampf mit schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Problemen hatte die Regierung nun auch den Peronismus zurück auf die politische Bühne geholt. Die Peronisten konnten bei den Legislativwahlen von 1962 wichtige Gouverneursposten sichern. Präsident Frondizi wurde aufgefordert, in den „peronistisch gewordenen Provinzen“ zu intervenieren, was er auch tat. (Knoblauch 1980: 225f) Streiks und Proteste seitens der Gewerkschaften setzten den Präsidenten so stark unter Druck, dass sich dieser letzten Endes gegen die peronistisch gesinnten Gewerkschaften stellte und so deren Unterstützung verlor. Schon bald wurde Frondizi von Seiten des Militärs seines Amtes enthoben, der Senatspräsident Guido übernahm zwischenzeitlich die Präsidentschaft und wurde, wie Knoblauch meint, zur „Galionsfigur der Streitkräfte“. (Knoblauch 1980: 226) Der Peronismus zeigte während dieser Militärregierung eine erhöhte Kampfbereitschaft im sozialen Sektor und reagierte mit Streiks, Fabrikbesetzungen und Massendemonstrationen.

Im Jahr 1962 wurde Arturo Illia von der UCR mit lediglich 25% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Auf große Unterstützung konnte er allerdings nicht bauen. Auch Maßnahmen wie Einkommensumverteilung zugunsten der sozial schwächeren Gruppen oder die betonte Einhaltung demokratischer Spielregeln fanden weder bei den Gewerkschaften noch in anderen politischen Reihen Anerkennung. Wegen der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur wurde Illia in seinem Amt lediglich geduldet. Als 1965 die Inflation zu steigen und der Peronismus erneut seinen Einfluss auszubauen begann, griff das Militär ein. (Waldmann 1996: 941f) Die Jahre 1965-1968 gingen als „Revolución Argentina“ in die Geschichte des Landes ein. Regimeführer Juan Carlos Onganía errichtete eine „konstitutive Militärdiktatur“, deren Zweck eine gründliche Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft war. Mit demokratischen Traditionen machte er kurzen Prozess. Gewerkschaften wurden verboten, ein 3-Phasen-Plan sollte die Umstrukturierung der argentinischen Gesellschaft einleiten.

In der ersten Phase sollte das industrielle Wachstum durch ausländisches Kapital beschleunigt werden, in der zweiten Phase eine soziale Umverteilung stattfinden und schließlich in der dritten Phase eine politische Reform erzielt werden. Diese strikte und autoritäre Politik Orgánias rief trotz dem Verbot jeder Art von Opposition Widerstände, vor allem von ArbeiterInnen und StudentInnen hervor. Die Autorität des Regimes geriet ins Wanken und das Militär begann den politischen Rückzug. Mit dem Machtverlust der Militärjunta trat die Peronistische Bewegung, vor allem deren linker Flügel, hervor. Héctor Campora, ein Anhänger dieser Gruppierung, trat 1973 zur Präsidentschaftswahl an. „Nach dessen knappem Wahlsieg im März 1973 bekleideten namhafte Vertreter des radikalen peronistischen Flügels politische Schlüsselpositionen, während sich gleichzeitig die kämpferischen Massendemonstrationen und Gebäudebesetzungen durch linksperonistische Basisgruppen häuften. Nun kam es zur offenen Revolte der Gewerkschaftsführer. Diese erzwangen den Rücktritt Cámporas, so dass knapp 50 Tage nach dessen Amtsantritt erneut Wahlen ausgeschrieben werden mussten.“ (Waldmann 1996: 943) Dieses Mal war es Perón selbst, der sich zur Wahl aufstellen ließ, seine dritte Frau Maria Estela Martínez de Perón, genannt Isabelita, kandidierte für die Vizepräsidentschaft. Mit rund 60% Stimmenanteil kam der 78-jährige Perón zum dritten Mal an die Macht. Sein Ziel war eine hierarchisch aufgebaute gesellschaftliche und politische Organisation und ein starker Staat, der über das Verhältnis Arbeit und Kapital wachen sollte. Knoblauch sieht den Grund für den großen Zuspruch Peróns seitens der Bevölkerung in der permanenten politischen Instabilität, von der sich Argentinien nach dem Sturz des Regimes im Jahr 1955 nicht mehr erholen konnte. Die Schuld dieser permanenten Stabilitätskrise findet der Autor bei den Streitkräften, die sich durch Selbstüberschätzung auszeichneten und sich selbst als „Hüter der Demokratie“ bezeichneten. Durch ihr Eingreifen in Krisenzeiten verunmöglichten sie zivilen Regierungen das Überleben. Auch wenn zivile Präsidenten scheiterten bzw. Krisen auf den Plan riefen, so schafften es auch die Streitkräfte (weder unter der Regierung Aramburu noch während der Revolución Argentina) nicht, nach einem Regierungssturz eine echte Alternative zu bieten. (Knoblauch 1980: 241) Kurz nach der Rückkehr Peróns und seiner Wiederwahl zum Präsidenten, wandte er sich, zur Enttäuschung der jungen Peronisten, vom linken Flügel seiner Partei ab, was zu schwerwiegenden Spannungen innerhalb der Partei führte. Bald musste sich Perón eingestehen, dass seine Autorität nicht mehr ausreichte um seine Partei erneut zu vereinheitlichen.

Politisch setzte sich Perón fünf zentrale Ziele:

1. Gute Beziehungen zwischen seiner Partei und den Streitkräften
2. Eine gute Zusammenarbeit mit der Opposition um sich die konstitutionelle Legalität zu sichern
3. Die Reorganisation der peronistischen Bewegung vor allem in Hinblick auf die drohende ideologische Spaltung
4. Eine klare Positionierung gegenüber der Guerilla
5. Reformation des Wirtschaftsplans

Wegen seiner kurzen Amtszeit konnte er lediglich die ersten zwei Punkte in die Tat umsetzen. Die politische Lage spitzte sich zu, nachdem Perón im Jahr 1974, nur 8 Monate nach Antritt der Präsidentschaft, verstarb und seine Frau das Amt übernahm. Das Volk stellte sich mit „ängstlicher Entschlossenheit“ hinter Isabel Perón. Auch seitens der Opposition und der Streitkräfte konnte sie sich breiter Unterstützung erfreuen. „Noch selten hatte ein Staatschef in Argentinien über eine derartige anfängliche Unterstützung verfügt wie Isabel Perón im Jahr 1973. Die Präsidentin schien sich jedoch der Tatsache nicht bewusst zu sein, dass diese Sympathiekundgebungen eben nicht hauptsächlich ihr, in ihrer Funktion als Staatschefin galten, sondern vielmehr ein verzweifelter Festklammern an das, was Perón verkörperte, darstellten.“ (Knoblauch 1980: 249) Weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich konnte sie maßgebliche Verbesserungen für das daniederliegende Land erzielen. Die Lebenshaltungskosten stiegen explosionsartig auf 335%, Proteste und Demonstrationen waren an der Tagesordnung. Der aufkeimende Terrorismus, der zuvor in linksextremen Kreisen zu finden war, übertrug sich nun auch auf den rechten Flügel. Isabel Perón wurde verdächtigt, die rechtsextreme Terrorbrigade *Alianza Anticomunista Argentina* mit Regierungsgeldern aufgebaut zu haben, die im Zeitraum 1975-1976 rund siebenhundert Personen ermordet hatte. Langsam entzogen ihr sowohl die Gewerkschaften, als auch Teile der eigenen Partei und die Streitkräfte die Unterstützung. Jahre zuvor hätten in Zeiten des wirtschaftlichen und politischen Chaos noch die Streitkräfte interveniert. Allerdings hatten diese ihren uneleganten Abgang im Jahr 1973 noch nicht vergessen und so geriet Argentinien mehr und mehr ins Wanken. Die Opposition verlangte, dass sich die Präsidentin zurückziehen und einen längeren Urlaub antreten sollte, was sie aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes auch tat. (Knoblauch 1980: 254f)

Ihr interimistischer Nachfolger war Italo Lúder, der sich bemühte, vom zeitweise rechtsextremen Kurs der Regierung wieder auf einen gemäßigten Pfad zu kommen. Trotz einer kurzen Phase der Besserung konnte bald nichts mehr über die missliche Lage hinwegtäuschen, in der sich das Land in jeder Hinsicht befand. Die Armee wurde durch den vorherrschenden Terrorismus immer mehr von einer Hüterin der Ordnung zu einer Staatsstützenden Macht. Die Streitkräfte ließen von ihrer selbst auferlegten Marginalität ab und wurden erneut zum wichtigsten Machtfaktor des Landes. General Videla setzte der Regierung eine Frist bis zum 24. Dezember 1975 um eine Lösung für die Krise zu finden. Nach Verstreichen der Frist rechnete man bereits mit einem Staatsstreich und einer Machtübernahme der Streitkräfte, was am 24. März 1976 letztendlich auch geschah.

3.4.1. Wirtschaftliche Entwicklung 1955-1983

Schon vor bzw. kurz nach dem Sturz Peróns hatte Argentinien seinen wirtschaftlichen Modernisierungsvorsprung im lateinamerikanischen Vergleich zur Gänze eingebüßt. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag bei lediglich 2,5%. Mit der Machtübernahme des Militärs im Jahr 1955 wurde auch der außenpolitische Kurs drastisch geändert. Argentinien unterzeichnete die Bretton-Woods-Abkommen und trat dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei. Die außenpolitische Orientierung legte ihren Fokus auf die Verbesserung der argentinisch-US-amerikanischen Beziehungen, während die wirtschaftlichen Kontakte zu den lateinamerikanischen Nachbarstaaten stagnierten. (Barrios 1999: 53) Der Agrarexport wurde vom Militärregime durch Abwertungen, steuerliche Begünstigungen sowie staatliche Kredite unterstützt. In den 60er Jahren wurden unter der zivilen Regierung von Arturo Frondizi die nachbarstaatlichen Beziehungen vor allem zu Brasilien wieder aufgewertet. Zwischen 1963 und 1974 erreichte Argentinien höhere wirtschaftliche Zuwachswerte, sicherlich auch deswegen, weil ausländische Konzerne Investitionen tätigten und großenteils eigene Niederlassungen gründeten. (Waldmann 1996: 933) Nach dieser Phase des kurzzeitigen Aufschwungs war die Wirtschaft erneut von Stagnation und Hyperinflation (vor allem in den Jahren 1975/76) gekennzeichnet. Auch die Auslandsverschuldung wuchs von 12,5 Mrd. im Jahr 1978 auf 43,6 Mrd. im Jahr 1982 an. Offensichtlich sah sich auch die Politik nicht mehr in der Lage, diese desolate Lage in den Griff zu bekommen, was an dem regelrechten „Verschleiß“ von Wirtschaftspolitikern abzulesen ist.

„Von 1959 bis 1989 hatte das Land 33 Wirtschaftsminister und nicht weniger Zentralbankdirektoren; die durchschnittliche Amtszeit dieser für die Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik Verantwortlichen lag somit unter einem Jahr.“ (Waldmann 1996: 933)

Der Schlüsselsektor Landwirtschaft konnte sich nach schweren Einbrüchen in den 40er und 50er Jahren allmählich wieder erholen und erreichte in den Jahren 1970-1983 erheblichen Zuwachs. Grund dafür war sowohl die Verbreitung technischer Geräte, die durch günstigere Steuer- und Kreditbedingungen auch für kleinere Betriebe erschwinglich wurden, als auch in der Verwendung qualitativ von hochwertigerem Saatgut und dem Anbau neuer Pflanzenkulturen wie beispielsweise Soja. (Waldmann 1996: 934)

3.5. Militärputsch und Videla- Diktatur

Am 24.März 1976 trat eine Militärjunta unter der Führung von Generalleutnant Jorge Rafael Videla an die Macht. Unterstützt wurde er von der liberalen Fraktion. Durch den „Prozess der Nationalen Reorganisation“ sollte die argentinische Gesellschaft wieder zu konservativen Idealen gelenkt werden. Eine Rückkehr zur Demokratie, so hieß es, sei erst nach Beendigung dieses „Prozesses“ möglich. Im Grunde war dieser Prozess ein Deckmantel für Staatsterror. So sollten bewaffnete linke Organisationen bekämpft werden, die zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon geschwächt waren. Dahinter verbarg sich der Plan des Videla- Regimes, politisch engagierte Gegner auszulöschen bzw. durch Terror einzuschüchtern. Die Bedrohung, der sich Intellektuelle, GewerkschafterInnen und StudentInnen ausgesetzt fühlten, war durchaus berechtigt. In dem Zeitraum der Diktatur verschwanden mehrere tausend Menschen, die so genannten *Desaparecidos*. Über die genaue Zahl der Verschwundenen herrscht Uneinigkeit. „Während die CONADEP (Comisión National sobre la Desaparición de Personas – Nationalkommission über das Verschwinden von Personen) etwa 9.700 Fälle registriert hat, gehen die Menschenrechtsorganisationen davon aus, dass insgesamt ca. 30.000 Personen verschwunden sind.“ (Schindel 2002: 114) Diese zahlenmäßige Differenz kann darauf zurückgeführt werden, dass ein Großteil der Angehörigen bis heute keine Anzeige erstattet haben, „weil die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um vom Landesinnern in die Hauptstadt zu gelangen, oder, immer noch, aus Angst.“(Schindel 2002: 114)

Das Regime schreckte nicht vor menschenunwürdigsten Gräueltaten zurück. So wurden Menschen über dem offenen Meer oder dem *La Plata*-Fluss aus Flugzeugen geworfen, schwangere Frauen nach der Geburt ihrer Kinder ermordet und die Neugeborenen an Familien aus dem Umkreis der Sicherheitskräfte verschenkt. (Gericke 2006: 123) Die Brutalität und Radikalität dieser Diktatur ist nicht vergleichbar mit anderen Militärregimen, die Argentinien durchlebt hatte. Die Junta, bestehend aus Heer, Luftwaffe und Marine, trug ihren diktatorischen Feldzug nicht offen aus, sondern errichtete geheime Folter- und Exekutionszentren. (Waldmann 1996: 945) Die argentinische Presse war bereits seit Perón verstaatlicht und seiner Kontrolle unterworfen. Unter der Militärherrschaft verschärfte sich diese Zensur und die argentinische Medienlandschaft wurde als propagandistisches Instrument gebraucht. Eine objektive Berichterstattung über die Gräueltaten der Diktatur war somit unmöglich. Um die wirtschaftlich katastrophale Lage in den Griff zu bekommen wurde der neoliberale Wirtschaftsminister Martínez de Hoz in sein Amt bestellt. Durch den neoliberalen Kurs konnte zwar die Inflation kurzfristig eingedämmt werden, jedoch kam es zu einem regelrechten Ausverkauf staatlichen Eigentums.

„Das während der Diktatur auffällige Nebeneinander von militärisch-staatlicher Intervention und Wirtschaftsliberalismus hatte zur vollständigen Desorganisation und Verzerrung des Staatsapparates geführt. So war mit der Privatisierungspolitik, die programmatisch ganz im Zeichen des Liberalismus stand, der Abbau des exzessiv aufgeblähten Staatsapparates intendiert.“ (Svarzer/ Sidicaro/ Töpfer 1994: 104)

Neben Klein- und Mittelbetrieben kam es auch zu (Teil-) Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungs- und Energieunternehmen. „Dem (liberaler Ideologie gehorchenden) Abbau staatlicher Interventionen und entsprechenden Schrumpfungen im Staatsapparat stand somit seine völlig unkontrollierte Ausweitung und Indienstnahme durch Partikularinteressen gegenüber, so dass im Endeffekt ein völlig unorganisches, strukturloses, unkoordiniertes und fragmentiertes Gebilde übrig blieb, mit dem eine effiziente Politik, welcher Art auch immer, nicht mehr möglich war.“ (Svarzer/ Sidicaro/ Töpfer 1994: 104)

Das von Perón geschaffene Bündnis, bestehend aus Gewerkschaften und binnenmarktorientierter Industrie wurde kurzerhand zerschlagen. Statt dessen trat eine kleine wirtschaftliche Elite, bestehend aus hoch diversifizierten Unternehmenskonzernen, die eng an das Finanzkapital und an eine extrem renditenorientierten Expansionsstrategie gebunden waren, an die Macht. All das hatte seinen Preis.

So gab der argentinische Staat ab Anfang der 80er Jahre einen wesentlichen Teil seiner makroökonomischen Regulierungskapazitäten zugunsten internationaler Gläubigerbanken und argentinischen Unternehmensgruppen auf und bemächtigte diese somit, sich fortan jeder Anpassungspolitik in den Weg zu stellen. (Von Haldenwang 1996: 178) Bis zur Re-Demokratisierung im Jahr 1983 brachte das Militär Argentinien in die Schuldenfalle der globalen Kapitalmärkte. Die Staatsverschuldung stieg in den Jahren 1976-1983 von 8 auf 45 Milliarden Dollar. Die Einflussmöglichkeiten des Staates wurden zugunsten einer freien, liberalen Marktwirtschaft zurückgedrängt. Mit der Zeit wurden allerdings die Auswirkungen sichtbar: das ultraliberale Wirtschaftskonzept zeigte wenig Erfolg und brachte viele argentinische Unternehmen aufgrund der Senkung von Importzöllen um ihre Existenz. Die Diktatur büßte in den drei Jahren ihre Macht beinahe zur Gänze ein, was neben den schlechten wirtschaftlichen Bedingungen auch auf die Uneinigheiten innerhalb der Junta zurückzuführen war. Die vorgesehenen Kollektiventscheidungen gingen oft mit den Einzelinteressen von Marine, Heer und Luftwaffe nicht konform, da jede einzelne Sektion Eigeninteressen verfolgte. Zudem blieb das Verschwinden vieler tausend Menschen weder national noch international unbemerkt. Das Militär geriet sowohl bei Menschenrechtsorganisationen, als auch bei argentinischen Gruppierungen (z.B. *madres de la Plaza de Mayo*) zunehmend unter Druck. Schließlich wurde im Jahr 1982 der „Falkland/Malwinen-Konflikt“ vom Zaun gebrochen. „Der hilflose Versuch der Militärführung (seit Dezember 1981 Leopoldo Galtieri) durch den Falklandkrieg 1982 von den immensen wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken, wurde durch den britischen Sieg im Juni 1982 zunichte gemacht.“ (Gericke 2006: 123) Sowohl Massenproteste als auch eine Inflation von sage und schreibe 900% zwangen das Militär als Machthaber in die Knie.

3.6. Der Falkland/Malwinen-Konflikt

Der Konflikt rund um die Vorherrschaft der Falklandinseln, an dem Großbritannien, Frankreich, Spanien und letztendlich auch Argentinien beteiligt waren, geht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Die Souveränitätsfrage der Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien erlebte 1982 eine Renaissance. Großbritannien, zu denen die Falklandinseln gehörten, wollte anlässlich des hundertsten Jahrestages der Inbesitznahme der Falklandinseln eine Briefmarkenserie herausgeben. Argentinien war mit diesem Vorhaben nicht einverstanden und nutzte den Anlass, um erneute Gespräche über den Souveränitätsanspruch einzuleiten.

Bevor auf die argentinische Invasion im Jahr 1982 und den darauf folgenden bewaffneten Konflikt eingegangen wird, sollen die historischen, wirtschaftlichen und interessenspolitischen Aspekte näher beleuchtet werden.

Die Falklandinseln liegen ca. 1.800km von Buenos Aires entfernt. Es gibt zwei Hauptinseln, West- und Ostfalkland, sowie rund 200 kleinere Inseln. Die gesamte Inselfläche beträgt 4.700km². Es besteht eine geologische „Verwandtschaft“ zu Argentinien, da die Inseln durch einen Unterwassersockel mit Patagonien verbunden sind. (Ebner 1995: 3)

3.6.1. Das politische System der Falklandinseln

Politisch gesehen sind die Falklandinseln seit mehr als 150 Jahren im Status einer britischen Kronkolonie. Die britische Vertretung nach innen und außen wurde 1833 in einer eigenen Verfassung verankert. „RegierungschefIn“ ist ein/eine britische/r GouverneurIn, der/die über weitgehende Vollmachten verfügt und auf dessen/deren Bestellung die InselbewohnerInnen keinen Einfluss haben. Neben dem/der GouverneurIn gibt es noch einen Exekutivrat (*Executive Council*) und einen Legislativrat (*Legislative Council*). Der Exekutivrat ist eine Art Regierungskabinet und besteht aus sechs Mitgliedern. Zwei Mitglieder, der/die Finanz- und ChefsekretärIn, gehören dem Gremium kraft Amtes an. Zwei weitere Mitglieder ernennt der/die GouverneurIn und die übrigen beiden Mitgliedsposten werden vom Legislativrat entsandt. Als die argentinische Invasion 1982 begann, lebten rund 1.800 Personen auf den Inseln. Die demokratischen Strukturen im Sinne einer unabhängigen, selbst bestimmten Politik der EinwohnerInnen sind im Vergleich zu Europa eher gering ausgeprägt. Die Regierungsgewalt liegt beim britischen Außenministerium. Die BewohnerInnen der Falklandinseln (die so genannten „KeplerInnen“) haben die britische Staatsbürgerschaft. Allerdings kann diese nicht als vollwertig angesehen werden. „So schränkte beispielsweise der 1981 erlassene „Nationality Act“ die Zuzugsmöglichkeiten einer großen Zahl von Falkländern in das Vereinte Königreich erheblich ein. Der Eindruck, es handle sich bei den Falklandinseln nicht gerade um eine von der britischen Regierung hochgeschätzte Kolonie, ist daher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.“(Billing 1992: 72)

3.6.2. Wirtschaftliche Bedeutung der Inseln

Hauptaugenmerk der Inselwirtschaft liegt bei der Schafzucht. Rund 650.000 Schafe liefern ca. 3 Millionen Tonnen Wolle, die für 5 Millionen Dollar gehandelt werden. Das Schaffleisch ist aufgrund der großen Entfernung zum Verbrauchermarkt unrentabel. Der wichtigste Handelspartner und Haupteigentümer der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist Großbritannien. 1982 waren rund 70% des Bodens im Besitz britischer Unternehmen, unter ihnen die FIC (Falkland Islands Company). Diese Handelsgesellschaft wurde 1851 gegründet und besaß zum Zeitpunkt der argentinischen Invasion 46% der Bodenfläche. Auch beschäftigte das Unternehmen rund die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung. (Ebner 1995: 5) Obwohl das wirtschaftliche Interesse Argentiniens an den Inseln im Großen und Ganzen eher gering war, spielte es zumindest am Rand eine Rolle. Immerhin verfügen die Inseln über Rohstoffvorkommen wie Rohöl (wobei es sich in diesem Fall eher um Vermutungen als um tatsächliche Vorkommen handelt), Erdgas, Krill (ein proteinreiches Schalentier, das in Gewässern des Südatlantiks und antarktischen Meeresregionen lebt) und Fischreichtum. Von größerem Interesse für Argentinien dürfte aber die strategische Lage der Inseln sein. Neben der Nähe zur argentinischen Küste sind die Falklandinseln quasi das „Tor zum Atlantik“. Wie bereits der britische Historiker Eddy zitiert: „Wer die Falklandinseln besitzt, hat einen Fuß in der Tür zur Antarktis.“(Eddy 1984: 360)

3.6.3. Historische Rahmenbedingungen

1690 entdeckten britische Seeleute die großen Inseln und gaben ihnen den Namen „Falklandinseln“. 1764 nahmen die Franzosen Ostfalkland in Besitz. Obwohl die Briten die Inseln entdeckt hatten, waren die Franzosen die ersten, die einen rechtmäßigen Besitzanspruch stellten. Zwei Jahre später verkaufte Frankreich die „Malouines“ an Spanien. Im Zuge der Kolonisierung Lateinamerikas gingen die Falklandinseln (im Spanischen „Malvinas“ genannt) an das Königreich Rio de la Plata über. Mit der Unabhängigkeit Argentiniens 1816 wanderten nun auch die Inseln in dessen Besitz. 1833 übernahm erneut Großbritannien für die folgenden 150 Jahre die Souveränitätsherrschaft. Zwar kam es während der *Revolución Argentina* im Jahr 1966 zu einem kurzen Versuch der Rückeroberung von argentinischer Seite, der Putsch wurde aber schnell und friedlich beendet.

Weil aus völkerrechtlicher Perspektive die Besitzverhältnisse nie eindeutig geklärt werden konnten, wurden zwischen 1965 und 1982 insgesamt drei bilaterale Verhandlungen zwischen Großbritannien und Argentinien vor den Vereinten Nationen in New York abgehalten. Die erste Verhandlungsphase startete am 14. Jänner 1966. Nachdem bereits 1910 eine Studie von Gaston de Bernhardt den Rechtsanspruch Argentiniens auf die Inseln belegte, machte sich Großbritannien keine allzu großen Hoffnungen auf erfolgreiche Gespräche. Bereits im August 1968 bekundeten beide Länder die Übereinstimmung, dass Argentinien frühestens in vier, spätestens aber in zehn Jahren die Souveränität über die Falklandinseln/Malvinas bekommen sollte. Von britischer Seite meldeten sich kritische Stimmen, die vor einem „Ausverkauf“ der Insel warnten und die Befürchtung hegten, dass die Vereinbarungen mit Argentinien auf Kosten der „KeplerInnen“ gehen könnten. Argentinien sicherte darauf hin zu, neben wirtschaftlichen Beziehungen auch kulturelle und wissenschaftliche Kontakte aufzubauen. „Die Inselbewohner verfolgten jedoch weiterhin eine Politik der 'splendid isolation'. Vor allem die kulturellen Kontaktversuche stießen alsbald auf scheinbar unüberwindbare Barrieren.“ (Ebner 1995: 30f)

In der zweiten Phase 1973 wandte sich Argentinien erneut an die Vereinten Nationen, um die eingeschlafenen Verhandlungsgespräche wieder zu beleben. Weil man auf der Suche nach alternativen Lösungsansätzen keinen gemeinsamen Nenner fand, schlug Argentinien 1975 die gemeinsame Nutzung der Ressourcen im Südatlantik vor. Großbritannien lehnte ab, die Beziehung der beiden Länder zueinander war angeschlagen. Trotzdem kehrte Großbritannien an den Verhandlungstisch zurück. Die dritte Verhandlungsphase sollte fünf Jahre in Anspruch nehmen, von 1977 bis 1982. Diese lange Zeitspanne reichte jedoch nicht aus, um die festgefahrenen Positionen der beiden Länder zu einem Ergebnis kommen zu lassen. Für die FalkländerInnen war die Souveränitätsfrage eindeutig: Sie sprachen sich im Jänner 1981 für die Einstellung der Verhandlungen und die Beibehaltung der britischen Vorherrschaft aus. Argentinien sicherte den InselbewohnerInnen größtmögliche Eigenständigkeit durch eine demokratische Regierung zu. Argentinien versprach zudem, dass die Falklandinseln/Malvinas zur Verwöhntesten Region Argentiniens werden würden, wenn sie die argentinische Souveränität akzeptieren würden.

3.6.4. Hintergründe in Argentinien

Nach sechs Jahren Diktatur sah sich die Militärjunta im Jahr 1982 mit ihrem Ende konfrontiert.

Sowohl die großen Gewerkschaften, als auch die katholische Kirche, die politische Opposition und Menschenrechtsorganisationen, wie die *madres de la Plaza del Mayo*, die gegen die Menschenrechtsverletzungen der Junta und für die Aufklärung der Umstände des Verschwindens von Familienmitgliedern demonstrierten, forderten ein Ende der Diktatur. Nachdem der Druck auf das Regime sich verstärkte stand das Militär nun vor der Entscheidung entweder, wie es schon frühere Militärdiktaturen getan hatten, freie Wahlen anzusetzen oder eine populistische Aktion durchzuführen um so das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederzugewinnen. Man entschied sich für Letzteres. „Denn das Militär fürchtete aufgrund der so genannten 'Nürnberger-Prozess-Mentalität', dass es im Falle der Rückkehr zur Demokratie für die Exzesse während der Diktatur zur Rechenschaft gezogen werden würde.“ (Mack 1992: 64) Gerade richtig erschien der Junta der bereits lang dahin schwelgende Falkland/Malwinen- Konflikt. Bei diesem Thema ließen sich so ziemlich alle argentinischen Gemüter vereinen. Dass die Malvinas zu Argentinien gehörten, war für das Land eine unbestreitbare Tatsache und jede Regierung konnte in diesem Punkt auf Zuspruch der Bevölkerung zählen. Die Junta inszenierte eine regelrechte mediale Propaganda, die beim argentinischen Volk zur Befürwortung der argentinischen Invasion 1982 beigetragen hatte. Man glaubte, die glorreiche Rückeroberung würde das Übel der Vergangenheit vergessen lassen. Ein solcher Erfolg würde die Menschenrechtsverletzungen der *guerra sucia* („schmutziger Krieg“), die das argentinische Militär betrieben hatte, die Misswirtschaft und die Korruption „verzeihen“ lassen. Nicht ohne Grund nahmen daher die im In- und Ausland für Menschenrechtsverletzung bekannten Militärangehörigen, unter ihnen General Galtierie selbst oder der berühmte Kapitän Alfredo Astiz, an der militärischen Aktion teil. Die ehemaligen Unterdrücker sollten durch die Rückeroberung in glorreiche Patrioten verwandelt werden. Der „schmutzige Krieg“ würde dann als notwendiges Vorspiel für die Erlangung der Inseln gerechtfertigt werden können. „Die Zurückeroberung sollte darüber hinaus auch zu einer erheblichen Schwächung der Opposition beitragen. Kritische Stimmen hätte man als Landesverräter denunzieren können.“(Mack 1992: 78) Wie emotional dieser Konflikt um die Souveränitätsrechte der Insel war, zeigte allein die Tatsache, dass Angehörige von Guerrilla- bzw. Terroristengruppen, die bereits im Exil waren, sofort ihre Unterstützung für die *causa nacional* (nationale Angelegenheit) anboten. Einige wollten sogar nach Argentinien zurückzukehren und sich freiwillig als Soldaten für die Verteidigung der argentinischen Rechte melden. Im Bezug auf die Bedeutung der Falklandinseln ist das geostrategische Kalkül des argentinischen Militärs, welches das Invasionsvorhaben stets begleitet hatte, zu beachten.

Argentinien sah in den Nachbarstaaten Brasilien und Chile Rivalen, da jedes der Länder versuchte, sein Territorium in dünn besiedelte Gebiete der beiden anderen sanft auszuweiten. Als Brasilien, im Gegensatz zu Chile und Argentinien, sich vermehrt von den USA abwandte um sich auf den Ausbau einer eigenen Sicherheitspolitik zu konzentrieren, sah sich das argentinische Militär bedroht. Dabei spielten die Malwinen eine zentrale Rolle: „Sollten sie in argentinischen Besitz übergehen, so könnten die argentinischen Generäle dem brasilianischen Expansionsstreben nach Süden eine starke Bastion entgegensetzen und eventuellen brasilianischen Vorstößen in die Antarktisregion auch völkerrechtlich begegnen, da der Besitz der Falklandinseln den argentinischen Anspruch auf die Antarktis bekräftigen würde.“(Billing 1993: 89) Auch würde die Macht Argentiniens innerhalb des *cono sur* ausgebaut werden können. Bereits im Dezember 1981 arbeitete die argentinische Junta Pläne für eine mögliche Invasion aus. Die tatsächliche Ausführung wurde jedoch von den Gesprächen am 27. und 28. Februar 1982 in New York abhängig gemacht. Die argentinische Führung ging davon aus, dass im Falle einer Invasion nicht mit einem militärischen Gegenschlag seitens der Briten zu rechnen sei. Immerhin war die militärische Verteidigungskapazität der Inseln sehr schwach. Die Inseln verfügten lediglich über 22 Royal Marines in Südgeorgien, die HMS ENDURANCE, ausgerüstet mit zwei Hubschraubern und 20mm-Geschützen, 81 Soldaten (von diesen wurden jedoch 41 Mann erst kurz vor der Invasion unbewaffnet eingeflogen), unbrauchbare Granatenwerfer, Landminen und einige Rollen Stacheldraht. Der Gouverneur konnte theoretisch zwar 120 Mann Miliz einberufen, jedoch kamen der Einberufung nur 20 Mann nach. (Ebner 1995: 42) Des Weiteren ging Argentinien davon aus, dass die USA im Falle einer Invasion neutral bleiben bzw. sich um eine friedliche Lösung bemühen würden. (Mack 1992: 74) Am 2. April 1982 startete um 6 Uhr morgens die Invasion. Bereits um 9.30 Uhr waren die Inseln in argentinischer Hand. Argentinien hatte jedoch die Position Großbritanniens verhängnisvoll falsch eingesetzt. Zu jener Zeit war Margaret Thatcher die erste weibliche Premierministerin des Landes. Die vorhergehende Labour-Regierung hatte ihr eine Reihe gravierender Probleme hinterlassen: Das Land steckte tief in der Rezession, auch Sparprogramme wollten nicht recht greifen. Kurz vor der Invasion stand Thatcher auf dem Tiefpunkt ihrer politischen Karriere. „Nur ein Wunder konnte Margaret Thatcher retten. Die argentinische Regierung bescherte es ihr.“(Ebner 1995: 46) Einen Schlag wie die argentinische Invasion auf den Falklandinseln konnte Großbritannien keinesfalls auf sich sitzen lassen. Am 5. April 1982 brach die *Task Force* in Richtung Falkland auf. Sie umfasste 42 Kriegsschiffe, 21 Hilfsschiffe, 54 Handelsschiffe und eine 25.000 Mann starke Streitkraft.

Während internationale diplomatische Verhandlungen an mehreren Orten geführt wurden, gingen am 23. April britische Spezialeinheiten an Land, um den Hauptangriff vorzubereiten. Der Angriff dauerte acht Stunden, bis die argentinischen Streitkräfte schließlich kapitulierten. Eine Beschwerde von Argentinien beim Sicherheitsrat der UN wurde abgewiesen. Es hieß, Großbritannien habe ein Recht auf Selbstverteidigung. Ein Friede könne erst durch Abzug der argentinischen Truppen von den Inseln wieder hergestellt werden. Die Position Argentiniens wurde zunehmend prekärer, da die USA auf die argentinische Verhandlungsunwilligkeit mit wirtschaftlichen Sanktionen reagierte. Gleichzeitig unterstützten die USA Großbritannien mit einer umfangreichen Waffenlieferung (200 Flugabwehrraketen, 8 Flugabwehrsysteme, Harpoon-Schiffsraketen, Granaten, Hochexplosionsmunition, etc.) (Ebner 1995: 55f) Die Lage eskalierte am 2. Mai 1982. Obwohl bekannt wurde, dass die von Peru initiierten Friedensverhandlungen gute Fortschritte machen, zerstörte der britische Angriff auf ein argentinisches Kriegsschiff die Hoffnung auf eine baldige Lösung. Der argentinische Kreuzer GENERAL BELGRANO wurde vom britischen U-Boot HMS CONQUEROR schon seit einiger Zeit beschattet. Schließlich beschloss das britische Kriegskabinett die Versenkung des feindlichen Schiffes. Zwei Torpedos trafen die GENERAL BELGRANO, die sich bereits auf Kurs in Richtung Heimatküste befand. 368 Matrosen starben. Die Versenkung löste weltweit große Betroffenheit aus. Großbritannien konnte keine glaubhafte Begründung für die Versenkung des Schiffes liefern. Die Friedensverhandlungen wurden abgebrochen und Argentinien holte zum militärischen Gegenschlag aus. Das gesamte Gebiet des Südatlantiks wurde zum Kriegsgebiet erklärt. Binnen vier Wochen starben 500 argentinische und 49 britische Soldaten, materielle Verluste waren auf beiden Seiten beträchtlich. Bis Juni 1982 fanden Kampfhandlungen auf den Inseln statt, internationale Friedensbemühungen und Konferenzen blieben erfolglos. Am 14. Juni 1982 ergaben sich die argentinischen Streitkräfte. Eingehende Analysen des Kriegsgeschehens zeigen, dass von beiden Seiten schwerwiegende Fehleinschätzungen begangen worden waren. Argentinien schaffte sich selbst in vielerlei Hinsicht folgenreiche Nachteile: Zum einen waren die drei Waffengattungen Luftwaffe, Marine und Streitkräfte weitgehend eigenständig. Man könnte sogar sagen, dass sie eher in einem Konkurrenz- als in einem Kooperationsverhältnis zueinander standen. Ein weiteres Manko war die verfrühte, ja beinahe überstürzte Invasion auf die Inseln. Der ursprüngliche Termin für die Rückeroberung, der für Juli 1982 angesetzt war, wäre, so Ebner, vorteilhafter gewesen, weil auch geplante Waffenkäufe abgeschlossen gewesen wären.

„Das einzige britische Kriegsschiff im Bereich der Inseln, die HMS ENDURANCE, wäre wahrscheinlich verschrottet und die Flugzeugträger HMS HERMES und HMS INVINCIBLE verkauft gewesen; die Überwasserstreitkräfte zur Bildung einer Task Force wären nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung gestanden.“ (Ebner 1995: 79) Doch so kam es eben anders. Die Briten setzten zum militärischen Gegenschlag in erster Linie Eliteeinheiten ein, das Kriegsmaterial war auf dem letzten Stand der Technik und die Unterstützung der USA war ein weiterer großer Vorteil. Die militärische Niederlage hatte den Sturz Galtieris am 22. Juni 1982 zur Folge. Sein Nachfolger General Bignone galt von Anfang an als Übergangskandidat bis im Jahr 1983 erneut demokratische Wahlen abgehalten würden. Doch auch in den folgenden Jahren blieb die Falkland/Malwinen-Frage ein politisches Thema. „Nach intensiven Bemühungen Argentiniens in der UNO verabschiedete die Vollversammlung am 6.11.1982 eine Resolution, die beide Länder zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und einer baldigen Lösung der Souveränitätsfrage auffordert. Am 18.7.1984 nahmen VertreterInnen beider Staaten in Bern Gespräche über die Zukunft der Inseln wieder auf. Großbritannien war jedoch nicht bereit, über einen Souveränitätstransfer zu sprechen, weshalb die argentinische Delegation die Gespräche nach zwei Tagen wieder verließ.“ (Billing 1993: 180) Die britische Regierung erlebte nach dem Sieg über Argentinien einen großen Popularitätsschub und verfolgt seither eine konsequente Politik des militärischen Aufbaus der Inseln. Für Argentinien brachte der Krieg nicht nur die „Selbstausslöschung“ der Militärjunta, sondern auch einen großen wirtschaftlichen Schaden: Die Inflationsrate, die 1981 bereits 131% betrug, stieg bis August 1982 auf 270% und erreichte im Folgejahr 310%. Die folgende Zivilregierung hatte also ein schweres Erbe zu bewältigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Konflikt möglicherweise gar nicht erst vom Zaun gebrochen worden wäre bzw. wenn doch, dann friedlich gelöst hätte werden können, wenn nicht auf beiden Seiten das politische Überleben der jeweiligen Machtelite davon abhängig gewesen wäre. Mehr als ein Symbol des Nationalstolzes sind bzw. waren die Inseln nämlich nicht. Aber Argentinien's Junta musste mit der Eroberung für Schadensbegrenzung ihrer begangenen Menschenrechtsverletzungen während der *guerra sucia* sorgen und auch die „eiserne Lady“ hatte ihr politisches Überleben an einen Sieg über die Souveränitätsfrage der Inseln geknüpft. So waren beide Länder bereit, einen hohen Einsatz für die Beibehaltung bzw. die Rückeroberung der Inseln zu zahlen. Auch sahen sowohl Großbritannien als auch Argentinien nicht davon ab, die militärische Aktion im Widerspruch zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen durchzuführen. (Ebner 1995: 52)

Eine weitere Konsequenz des Falkland-Krieges sieht Mack in der Auswirkung auf die nationale Identität Argentiniens. „Die Frage, ob Argentinien sich immer noch ausschließlich als ein europäisches Land in Lateinamerika sieht, dürfte nach den Erfahrungen im Zuge des Falkland-Konfliktes zu verneinen sein. Durch die argentinische Niederlage scheint das Land in eine tiefe Identitätskrise geraten zu sein.“(Mack 1992: 57)

3.7. Re-Demokratisierung und die Regierung Alfonsín (1983-1989)

Seit der Re-Demokratisierung im Jahr 1983 hat der ständige Wechsel von Zivil- und Militärregierungen ein Ende. Zum ersten Mal seit 1916 schaffte es ein Präsidentschaftskandidat durch freie Wahlen verfassungsgemäß in sein Amt. Zwar geriet das Land wiederholt in wirtschaftliche Turbulenzen (erneute Hyperinflation, Zahlungsunfähigkeit, etc.) doch der Unterschied war, dass es in solchen Krisenzeiten zu keinem Regime-, sondern lediglich zu einem Regierungswechsel kam. Offensichtlich hatte nach der letzten Militärdiktatur ein Umdenken stattgefunden, das nicht mehr jedes politische Machtmittel zulässt. (Waldmann 2010:121) Während sowohl internationale Beobachter, als auch die ArgentinierInnen selbst von einer raschen Konsolidierung der Demokratie ausgingen, stand die neue Regierung vor einer schwierigen Aufgabe. Bald zeigten sich die grundlegenden Mängel, an denen die Demokratie in Argentinien stets gelitten hatte. Carreras meint, dass es bei der Re-Demokratisierung 1983 „in Wirklichkeit um die Einführung eines politischen Regimes ging, dessen Grundprinzipien im Lande zwar nicht ganz unbekannt waren, die aber noch nie richtig funktioniert hatten.“ (Carreras 2010: 233)

Raúl Alfonsín von der UCR wurde mit 52% zum Präsidenten gewählt. Seine Partei konnte gleichzeitig die Mehrheit im Abgeordnetenhaus stellen. Allerdings gelang es der Peronistischen Partei in zwölf Provinzen die Regierung zu bilden und so die Mehrheit im Senat zu übernehmen. Auch die Zentrale der Gewerkschaften war nach wie vor in peronistischer Hand. (Carreras 2010: 234) Hinsichtlich seines Führungsstils bevorzugte der neue Präsident weitgehende Unabhängigkeit von den Gremien der UCR. Mit dem Argument, seine Partei könne keine zeitgemäßen Antworten auf drängende Probleme liefern, setzte er indes auf eine kleine Gruppe persönlicher Gefolgsleute. (Birle In: Birle/Carreras 2002: 218) Damit folgte er einer langen Tradition im Hinblick auf den politischen Führungsstil, bei dem einige wenige Personen im Zentrum der Macht stehen sollten.

Erschwerend für die demokratische Konsolidierung kam das fatale Erbe der Diktatur hinzu, welches in der weit verbreiteten Armut, im Rückgang der Einkommen, der Schwächung bzw. Zerstörung der staatlichen Mechanismen sowie der enormen Auslandsverschuldung Ausdruck fand. Die Konsolidierung der Demokratie stand, so Waldmann, vor zwei wichtigen Fragen:

1. Wie geht die neue demokratische Regierung mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen aus dem Erbe der Militärjunta um und
2. Hat in Argentinien ein Umdenken stattgefunden und ist das Land nun tatsächlich bereit, demokratische Spielregeln zu akzeptieren und die politische Kultur dementsprechend zu ändern? (Waldmann 1996: 954)

Was die erste Frage betrifft, hatten die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme das Land schwer gebeutelt. Hohe Inflation – 1983 lag sie bei 310% – und Auslandsverschuldung zwangen zu einer raschen Umsetzung wirtschaftlicher Reformpläne, da die Hyperinflation bereits große Teile der Volkswirtschaft lahm gelegt hatte. Die angespannte Lage verunmöglichte der Regierung Alfonsín, rasche Erfolge mit Hilfe traditioneller, sprich keynesianistischer, Interventionsmaßnahmen. Alternativen sah die Regierung in neoliberalen Anpassungsstrategien und setzte auf die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzorganisationen. Allerdings gestaltete sich die Liberalisierungspolitik ziemlich einseitig. Von der so genannten *patria financiera* (heimischen Finanzgesellschaft) wurden ungeheure Gewinne abgeschöpft und ins Ausland transferiert. Bei wirtschaftlicher Stagnation resultierte daraus ein breiter Verarmungsprozess der Bevölkerung. (Svarzer/Sidicaro/Töpfer 1994: 102) Es kam zu zahlreichen Plünderungen und Unruhen. Präsident Alfonsín verhängte am 29. Mai einen 30tägigen Ausnahmezustand. (Hackl 2000: 29) Auf der anderen Seite konnten sich die dominierenden UnternehmerInnenengruppen konsolidieren, die trotz der angespannten Wirtschaftslage in den Genuss staatlicher finanzieller Zuwendungen kamen. (Von Haldenwang 1996: 178) Waldmann sieht in der Wirtschaftsmisere die Hauptschwäche der Regierung Alfonsín und wirft ihr vor, nicht die erforderlichen Anstrengungen zur Eindämmung des wachsenden Defizits der öffentlichen Haushalte unternommen zu haben. (Waldmann 2002: 955) 1985 wurde der *Plan Austral* präsentiert, der die Einführung einer neuen Währung, des Peso, sowie die Festlegung seines Kurses und einen Lohn- und Preisstopp für Produkte, die keinen Saisonschwankungen unterlagen, vorsah. (Carreras In: Birle/Carreras 2002:31)

International nahm Argentinien inzwischen aufgrund der mit Importliberalisierung verbundenen De-Industrialisierung die Position eines traditionellen Agrarlandes in der internationalen Arbeitsteilung ein. (Svarzer/Sidicaro/Töpfer 1994: 103) 1987 lockerte sich die Haushaltsdisziplin aufs Neue. (Waldmann 1996: 955) Nachdem die Inflation erneut zu galoppieren begann und die Auslandsverschuldung neue Rekorde erreichte, die Wiederbelebung des industriellen Sektors aber noch keine markante Besserung versprach, verlor die Regierung sowohl das Vertrauen einflussreicher Wirtschaftskreise als auch jenes der Bevölkerung. Zudem gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen der Regierungspartei UCR und der oppositionellen peronistischen Partei als schwierig. Es kam zu keiner konstruktiven Kooperation, weder in wirtschaftspolitischen noch in demokratischen Belangen. Somit gingen die Konsolidierungsversuche der neuen Zivilregierung weitgehend schief. (Carreras In: Sevilla/Zimmerling 1997: 162)

3.7.1. Außenpolitik der Regierung Alfonsín

In puncto Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik war unter der Regierung Alfonsín eine grundlegende Richtungsänderung zu erkennen. Nachdem sich Argentinien aufgrund des Fiaskos der letzten Militärdiktatur sowie den Folgen des Falkland/Malwinen- Konflikts in einer internationalen Isolation befand, war die neue Regierung bemüht, sich den USA anzunähern um Unterstützung in der Schuldenfrage zu bekommen. Dabei wollte man jedoch keine all zu große Nachgiebigkeit signalisieren. Ein weiteres Kernstück der neuen Außenpolitik war der Kontakt zu Westeuropa. Argentinien erhoffte sich auch hier Hilfe beim Begleichen der Auslandsschulden sowie die Chance, am europäischen Markt Fuß zu fassen. Allerdings waren die Verhandlungsergebnisse ziemlich ernüchternd, da keine substantiellen Hilfeleistungen zugestanden wurden und Europa auch nicht als Fürsprecher Argentiniens gegenüber den USA auftreten wollte. 1987 konnten erste Teilerfolge erzielt werden. Ein bilaterales Abkommen mit Italien und ein Jahr später mit Spanien verankerte die Umwandlung der Auslandsschuld in Direktinvestitionen. (Barrios 1999: 67) Der Falkland/Malwinen- Konflikt belastete nach wie vor die Beziehung zu Großbritannien. Interessant ist jedoch, dass die Feindseligkeiten von argentinischer Seite dominierten. „Während Großbritannien die gegen Argentinien verhängten Handelssanktionen im Juli 1985 aufhob, bekundete die argentinische Regierung erst im Mai 1986 ihre Absicht, die Sanktionen gegen britische Importe allmählich abzubauen zu wollen.“

Immerhin wurden Ende 1986 die informellen, bilateralen Gespräche in Madrid wieder aufgenommen, Verhandlungsfortschritte blieben jedoch zunächst aus – nicht zuletzt aufgrund der argentinischen Weigerung, den Kriegszustand offiziell zu beenden, und der Ablehnung von Seiten Londons, das Thema der Souveränität über die Inseln auf die Tagesordnung der Gespräche zu setzen.“ (Barrios 1999: 68) Im Grunde stand die Alfonsínsche Außenpolitik aber im Zeichen einer demokratischen Wertorientierung. Innerhalb Südamerikas wurde die traditionelle militärische und wirtschaftliche Rivalität zu Brasilien und Chile beigelegt und die Regierung bemühte sich, das Land stärker in die Region zu integrieren. Es wurden mehrere Abkommen mit Brasilien abgeschlossen, die eine enge Kooperation im Nuklearbereich vorsahen. Auch wurden die Grenzstreitigkeiten mit Chile bereinigt. (Waldmann 2010: 135) Alfonsín leitete gemeinsam mit Brasiliens Präsident Sarney die Verhandlungen zu wirtschaftlichen Abkommen ein, durch die eine Abkehr vom geschlossenen hin zum offenen Regionalismus umgesetzt werden sollte. Im Jänner 1985 startete eine argentinisch-brasilianische Kooperation, bis 1986 schließlich das Programm zur Integration und Kooperation zwischen Argentinien und Brasilien (PICAB) ratifiziert wurde. Zwei Jahre später folgte ein neuerlicher Integrationsvertrag, der zwar eine sektorale Marktöffnung vorsah, jedoch gleichzeitig relativ hohe Außenzölle beibehielt. (Schmalz 2005: 117) Diese Verträge galten als Vorphase der Gründung der Freihandelsblocks MERCOSUR, der 1990 unter Präsident Menem gemeinsam mit Brasilien, Paraguay und Uruguay beschlossen wurde.

3.7.2. Vergangenheitspolitik

Ein weiterer wichtiger Punkt der neuen demokratischen Regierung war die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit. Bereits während der Diktatur wurden zahlreiche Opfergruppierungen und Menschenrechtsorganisationen gegründet, die eine klare Verurteilung der Verantwortlichen sowie Aufklärung über das massenhafte Verschwinden von Menschen forderten. Später stellten sie sich dem Kampf gegen die Straflosigkeit (*impunidad*). Die wohl bekannteste Gruppe der argentinischen Opferorganisation waren die „*madres de la Plaza de Mayo*“. Diese Organisation formierte sich erstmals 1977 in Buenos Aires und weitete sich schließlich auf das ganze Land aus. Die Mitglieder waren zum Großteil Mütter, später Großmütter (*abuelas de la Plaza de Mayo*).

1986 brach die Gruppe aufgrund mehrerer Unstimmigkeiten im Bezug auf die Akzeptanz von Entschädigungszahlungen, die Kooperation mit offiziellen Stellen sowie auf die Struktur und Hierarchie innerhalb der Gruppe auseinander. Ein Großteil der Frauen schloss sich dem radikaleren Flügel unter Hebe de Bonafini an. Der radikale Kurs verschärfte sich in den folgenden Jahren und wurde zunehmend politisiert. Straßner geht davon aus, dass sie in gewisser Weise versuchten sie, den politischen Kampf der *Desaparecidos* (Verschwundenen) fortzuführen. (Straßner 2007: 80) Alfonsín rief die *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* (CONADEP)– „Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen“ – ins Leben. Binnen 180 Tagen sollte sie das Schicksal der Verschwundenen aufklären und mögliche Delikte zur Anzeige bringen. Die Verantwortlichen wurden drei unterschiedlichen Kategorien zugeteilt: Jene, die Entscheidungen getroffen und Befehle erlassen hatten, jene, die bei den Ausführungen von Befehlen „Exzesse“ begangen hatten, und diejenigen, die „nur“ Befehle ausgeführt hatten. Bei der strafrechtlichen Verfolgung wurden allerdings nur die ersten beiden Kategorien (d.h. diejenigen, die Befehle erteilten und diejenigen, die Befehle überschritten und Exzesse begangen hatten) zur Verantwortung gezogen. Die Beschuldigten der dritten Kategorie hatten die Möglichkeit, sich auf den Befehlsnotstand zu berufen. Aufgrund der Annahme, dass das Militär zur „Selbstreinigung“ bereit sein würde, sah ein Dekret vor, „dass der Oberste Militärerrat ein summarisches Verfahren gegen die Mitglieder der drei ersten Militärjuntas wegen ihrer Verantwortung für Tötungsdelikte, illegitime Freiheitsberaubung und Anwendung von Foltermethoden einleiten müsse.“ (Carreras 2010: 235) Schnell wurde klar, dass die Last der von der CONADEP zusammengetragenen Beweise erdrückend war. Hinzukam die Unwilligkeit der Militärs, die von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu ahnden und zu verfolgen. Also wurden die Anklagen den zivilen Bundesgerichten übergeben. Zuvor nahm Alfonsín noch institutionelle Änderungen vor und entließ die Richter des Obersten Gerichtshofes, die von der Militärregierung bestellt worden waren. Erstmals in der Geschichte Argentiniens wurden Generäle für die während einer Militärdiktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen. (Straßner 2007: 90) Dementsprechend groß war das öffentliche Interesse. Nach zweijähriger Verhandlung wurden General Videla und Admiral Massera zu lebenslanger, General Viola zu 17 Jahren, Admiral Lambruschini zu acht Jahren und Brigadier Agosti zu drei Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Bald wurde die Dimension, die die Strafverfolgung nach sich ziehen würde, erkennbar, da mehr als tausend Offiziere mit einer Anklage zu rechnen hatten.

Der Druck des Militärs auf Alfonsín wurde zunehmend größer. Schließlich beschloss die Regierung das so genannte Schlusspunktgesetz. Von nun an hatten die Gerichte einen Zeitrahmen von lediglich 60 Tagen, um Angeklagte vorzuladen zu können. Die Kammern hoben nach in Kraft treten des Gesetzes die Gerichtsferien auf und luden bis zum festgelegten Termin über 400 Offiziere vor. Viele von ihnen befanden sich noch im aktiven Dienst und weigerten sich, vor Gericht zu erscheinen. Nach einer kurzen Revolte innerhalb des Militärs gab Alfonsín noch weiter nach und seine Regierung verabschiedete das „Befehlsnotstandsgesetz“. Demnach wurden all jene Militärangehörige, die unter dem Rang eines Oberleutnants waren, automatisch von der gerichtlichen Verfolgung ausgenommen. „Auch die höherrangigen Offiziere, deren Entscheidungskompetenz nicht innerhalb von 30 Tagen gerichtlich bestimmt werden konnte, wurden ausgeschlossen, so dass schließlich nur diejenigen, die als Oberkommandierende, Zonen- oder Gebietskommandeure sowie als Befehlshaber der Polizei-, Sicherheits- oder Gefängnisaufsichtskräfte fungiert hatten, gerichtlich belangt werden konnten.“ (Carreras 2010: 238). Diese Maßnahmen bedeuteten die Verstärkung des „moralischen Verfalls“. Enrique und Roberto Bein meinen dazu: „Wie sollte man erklären, dass ein Hühnerdieb ins Gefängnis gehen musste, ein für Hunderte von Verbrechen verantwortlicher Militär jedoch frei gesprochen wurde.“ (Bein 2004: 29) Die Bevölkerung über dem Umgang mit der Vergangenheitspolitik und der Straflosigkeit verärgert. Bartolomei geht davon aus, dass Straflosigkeit ein wesentliches Problem für die Achtung der Menschenrechte und die Legitimität des Rechtssystems darstellt. „Wenn die Menschenrechte straflos verletzt werden, reduziert sich das Recht auf hohle Worte und abstrakte Deklaration.“ (Bartolomei 1997: 374) Auf den ersten Blick scheint sich das Thema Straflosigkeit rein auf den juristischen Bereich zu beziehen. Doch die Folgen greifen tiefer und führen zu einem enormen Vertrauensverlust einer gesamten Gesellschaft in die Politik und ihrer Institutionen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gesetze des Schlusspunkts und der Gehorsamspflicht von dem Kongress einer verfassungsmäßig legitimierten Regierung verabschiedet worden waren. (Bartolomei 1997: 377f) Die wirtschaftliche, soziale und politische Misere forderten schließlich ihren Tribut; im September 1987 erlebte die UCR bei den Parlaments- und Gouverneurswahlen eine erdrutschartige Niederlage. Die PeronistInnen waren erneut siegreich und verdeutlichten ihren Aufschwung in den Präsidentschaftswahlen zwei Jahre später.

3.8. Die Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1999)

Im Juli 1989, Argentinien hatte seinen Krisentiefpunkt erreicht und Alfonsín aufgrund des enormen politischen Drucks sein Amt vorzeitig abgegeben, übernahm der Peronist Carlos Saúl Menem sechs Monate früher als geplant die Präsidentschaft. Einige AutorInnen sehen darin ein klares Zeichen einer demokratischen Konsolidierung, da mit der Amtsübergabe von Alfonsín an Menem „erstmalig in der argentinischen Geschichte ein aus freien Wahlen hervorgegangener Präsident seinem ebenfalls aus freien Wahlen hervorgegangenen, einer Oppositionspartei angehörenden Nachfolger das höchste Staatsamt“ übergeben hatte. (Svarzer/Sidicaro/Töpfer 1994: 106) Kolmhofer geht jedoch davon aus, dass die Wahl Menems aus Sicht der Bevölkerung vor allem mit der teils dramatischen Vergangenheit des Landes zu begründen ist. „Mit der Erinnerung an die Militärdiktatur (1976-1983), das Fiasko des Falklandkriegs 1982 und die traumatische Hyperinflation von 1989 ließen sich die Bürger von einer politischen Führung erpressen, die ihnen mit der „Rückkehr in die Vergangenheit“ – also mit Diktatur und wirtschaftlichen Zusammenbruch – drohte.“ (Kolmhofer 2003: 157) Schnell wurde klar, dass Menem, der ehemalige Gouverneur der Provinz La Rioja, eine ganz andere Richtung in sämtlichen Politikbereichen einschlagen würde als sein Vorgänger Alfonsín.

3.8.1. Das Kabinett von Carlos Menem

Sein Regierungskabinett umfasste acht Minister und 39 Staatssekretäre. Dabei handelte es sich in erster Linie um Vertreter der großen Machtgruppen (Großindustrie, Kirche und Gewerkschaft). Das Kriterium, um in den „Dunstkreis“ Menems zu kommen, war aber nicht die nötige Fachkompetenz, sondern die politische Orientierung. Für die Expertise wurden „Hauptberater“ – *asesores superiores* – für 18,5 Mio. Pesos herangezogen. Bestellt wurden die „Hauptberater“ von dem jeweiligen politischen Amtsinhaber. Ein Dekret aus dem Jahr 1995 erlaubte den Ministern und Staatssekretären darüber hinaus, Zeitverträge an Beamte ihrer Wahl zu vergeben. „Die Zahl der durch dieses Dekret ernannten Beamten belief sich 1995 auf 5631.“ (Von Mirbach 2006: 41f) Während im Idealfall die bürokratischen Kräfte nach festen Regeln handeln, wurde in der Ära Menem darauf weitgehend verzichtet und auf Freundschaftsdienste und Loyalität gesetzt.

3.8.2. Außenpolitik

Schon kurz nach dem Amtsantritt Menems wurde ein deutlicher Kurswechsel im Vergleich zu seinem Vorgänger Alfonsín vorgenommen. Nicht zu vergessen ist dabei der historische Wandel im internationalen System – das Ende der Blockkonfrontation, der Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Osteuropa – in dessen Kontext Menem 1989 sein Amt antrat. (Bodemer In: Nolte/ Werz 1996: 273) Aus Sicht des neuen Präsidenten und seinem ersten Außenminister, dem späteren Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, war die Vorgängerregierung zu „idealistisch“ und „konfrontativ“ gewesen und hätte für Argentinien Kosten ohne Nutzwert erzeugt. Davon wollte sich Menem abwenden und richtete seine Außenpolitik explizit an drei Schlüsselbegriffen („Realismus“; „Pragmatismus“ und „Normalität“) aus.

Nach der Auffassung Cavallos war die Außenpolitik dann „realistisch“, „wenn sie in den Beziehungen mit den befreundeten Nationen das geeignete politische Ambiente für die Lösung der dringenden ökonomischen und sozialen Probleme der argentinischen Bevölkerung schafft; sie ist 'pragmatisch', wenn sie auf einen (falschen) '*principismo*' und '*idealismo*' verzichtet; sie ist 'normal', wenn sie nach dem Vorbild der erfolgreichen Länder des Nordens ihre Probleme mit Vernunft und Seriosität zu lösen versucht, mit dem Ziel, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu heben.“ (Bodemer In: Nolte/Werz 1996: 276f)

Aus dieser Doktrin ergaben sich folgende außenpolitische Prioritäten:

1. die Verhandlungsblockade in der Falkland/Malvinas- Frage sollte überwunden werden,
2. die Beziehungen zu den Führungsmächten des Nordens, in erster Linie die Beziehung zu den USA und – mit Abstand– zur Europäischen Gemeinschaft sollte vertieft werden und
3. die Beziehungen mit den lateinamerikanischen Nachbarn, insbesondere Brasilien und Chile sollte ebenfalls ausgebaut werden.

Argentinien folgte dabei einer eindeutig prowestlichen Position und orientierte sich in erster Linie an den USA. Allerdings standen die USA dem neuen Präsidenten zu Beginn ziemlich skeptisch gegenüber. Sein populistischer Stil machte die USA misstrauisch. Auch hatte man nicht vergessen, dass es Carlos Menem war, der 1988 aufgrund eines US-Angriffs auf Libyen das Ende der Beziehungen zu den USA gefordert hatte.

„Während Alfonsín in der zweiten Hälfte seiner Amtsperiode den Beziehungen zu den USA eher Stillschweigen den ersten Platz einräumte, ließen Menem und sein Außenminister Cavallo und ab 1992 dessen Nachfolger Di Tella keine Gelegenheit aus, die USA demonstrativ als den privilegierten Partner hinzustellen.“ (Bodemer In: Nolte/Werz 1996: 285) Dem Selbstverständnis nach war das Land am Río de la Plata ganz klar ein Teil der „Ersten Welt“. Demnach veränderte Argentinien sein Abstimmungsverhalten in den internationalen Organisationen und orientierte sich dabei an den Wünschen der USA, trat im September 1991 aus der Blockfreienbewegung aus, nahm an neun friedensstiftenden Missionen im Rahmen der Vereinten Nationen teil und entsandte als symbolischen Beitrag zwei Kriegsschiffe in den Persischen Golf. (Nolte In: Nolte/Werz 1996: 109f) Die Verantwortlichen der neuen Außenpolitik waren des Weiteren sehr darum bemüht, die Kosten politischer Konfrontation weitestgehend zu vermeiden bzw. sie nur dann einzugehen, wenn sie nach Kosten-Nutzen-Kalkulation das wirtschaftliche Wachstum Argentiniens fördern würden.

Die Außenpolitik war demnach eng an die Wirtschaftspolitik gekoppelt. Der Kurs des „peripheren Realismus“, sprich der Realismus der schwachen Staaten dominierte. Die Grundlage des neuen Konzepts war, dass die Außenpolitik den BürgerInnen diene, indem sie wirtschaftliches Wachstum ermöglichte. Des Weiteren galt die wirtschaftliche Entwicklung als „nationales Interesse“ und die guten Beziehungen zur USA sollten auf jeden Fall gepflegt werden. (Escudé 1995: 5) Die Nachbarstaaten Chile und Brasilien standen dieser USA-orientierten Entwicklung skeptisch gegenüber. „Insgesamt fuhr Menem in der Regionalpolitik die von Alfonsín initiierte Bündnisstrategie gegenüber den Nachbarstaaten Brasilien und Chile etwas zurück, ohne indes in den früheren argentinischen Isolationismus zurückzufallen.“ (Waldmann 2010: 135f)

3.8.3. Wirtschaftspolitik

Interessant ist, dass sich Menem von der Tradition seiner peronistischen Partei im Hinblick auf wirtschaftliche Reformpläne verabschiedete. Der Peronismus im Sinne Peróns folgte nämlich einer Linie des wirtschaftlichen Nationalismus. Der Staat spielte dabei eine zentrale Rolle. Das System der Interessensvermittlung, welches staatliche Kontrollen mit einer progressiven Arbeits- und Sozialpolitik kombinierte, war korporatistisch geprägt und die Eigenständigkeit in der Außenpolitik wurde stets betont. (Hackl 2000: 30) Anfänglich stand die Wirtschaftspolitik der Regierung Menem ganz im Zeichen des Krisenmanagements, da die Auslandsschulden auf ca. 60 Milliarden US-Dollar angestiegen waren und die monatliche Inflationsrate 200% betrug. (Carreras

2010: 243) Daher wurde bald ein ziemlich radikaler Kurswechsel eingeschlagen. Die Wirtschaft sollte schnellstmöglich stabilisiert und liberalisiert werden. Die Rolle des Staates wurde dabei reduziert und eine Außenöffnung sollte zur besseren Integration Argentiniens in die Weltwirtschaft beitragen. Durch die Ernennung eines Topmanagers des multinationalen Unternehmens *Bunge&Born* als Wirtschaftsminister zweifelte wohl niemand mehr daran, dass es Menem mit seiner Kursänderung ernst meinte. (Nolte In: Nolte/Werz 1996: 104) Innerhalb der peronistischen Partei stieß die Kehrtwende, obwohl sie zunächst sehr umstritten war, auf geringen Widerstand. Nur acht von insgesamt 120 peronistischen ParlamentarierInnen äußerten offene Kritik an der Politik des neuen Präsidenten. Das wiederum zeigt, dass es parteiintern trotz der heterogenen Gesinnungen offensichtlich keinen alternativen Lösungsvorschlag gab. (Svarzer/ Sidicaro/Töpfer 1994: 108f) Generell schien es zwischen der peronistischen Gerechtigkeitspartei *Partida Justicia* (PJ) und UCR eine Art wirtschaftsliberalen Konsens zu geben, gegen deren soziale Auswirkung die 1993 gegründete *Frente Grande* („Große Front“) protestierte. Diese neue Mitte-Links-Partei fand in der Bevölkerung einen breiten Zuspruch und änderte 1995 den Namen der Partei von *Frente Grande* (Große Front) in FREPASO (*Frente para un país solidario* – „Front für ein solidarisches Land“). Zwar markierte die neue Partei einen Bruch mit dem traditionell argentinischen Zwei-Parteien-System (Boris/Tittor 2006: 28), eine wirkliche Alternative zu den Machenschaften Menems konnte sie jedoch nicht bieten. Wie bereits erwähnt lag das Hauptaugenmerk der Regierung Menem eindeutig auf der Wirtschaftspolitik, deren Erfolg und Stabilisierung nur mit liberalen Maßnahmen geschaffen werden könnten. Sowohl der Politik als auch den politischen Parteien wurde quasi der Eigenwert abgesprochen. Kurz nach seinem Amtsantritt verabschiedete die neue Regierung ein Wirtschaftsnotstandsgesetz, ein Gesetz der Staatsreform sowie eine umfassende Verwaltungsreform.

Die Gesetzesvorlage zum Wirtschaftsnotstandsgesetz beinhaltete folgende Punkte:

1. Eine Sanierung der öffentlichen Finanzen durch eine sofortige und längerfristige Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. In diesem Rahmen sollten sowohl Beihilfen als auch Subventionen und Zuwendungen der Industrieförderung gestrichen werden.
2. Die Zurückstellung von Schulden und den Verkauf von staatlichem Eigentum.
3. Der Zentralbank sollte weit reichende Autonomie eingeräumt werden, um Währungsstabilität zu gewährleisten und um direkte oder indirekte Finanzierung der nationalen Regierung oder der Provinzen mit Hilfe der Notenpresse zu verhindern.

4. Modifizierung der Marktbedingungen durch die Gleichbehandlung von nationalem und ausländischem Produktionskapital sowie eine Aufhebung der Vorzugsbehandlung nationaler Produkte.

Sowohl das Wirtschaftsnotstandsgesetz als auch das Staatsreformgesetz räumten dem Präsidenten großen Handlungsfreiraum ein und ermöglichten der Exekutive Maßnahmen durchzusetzen, ohne großen Einspruch von Seiten der Institutionen befürchten zu müssen. (Llanos 2002: 59) Dabei wurde auf Präsidialdekrete gesetzt, die dem Präsidenten ermöglichten, im Alleingang und am Parlament vorbei, Notverordnungen zu erlassen. Im Zuge der wirtschaftlichen Einsparungen wurden in den Jahren 1991 und 1992 rund 103.000 Arbeitsstellen in der öffentlichen Verwaltung abgebaut. Zudem wurde das Bildungs- und Gesundheitswesen dezentralisiert und den jeweiligen Provinzregierungen unterstellt. (Hujo 2002: 94) Zwar signalisierten diese ersten Maßnahmen Änderungen der „Spielregeln“, eine tief greifende Wirtschaftsstabilisierung konnte damit jedoch noch nicht erzielt werden.

Erst mit dem Konvertibilitätsplan aus dem Jahr 1991 gelang es Menem und seinem Wirtschaftsminister Domingo Cavallo bis 1994, die argentinische Wirtschaft zu stabilisieren und die Inflation auf einstellige Werte zu bringen. Kern des Plans war die gesetzliche Anbindung des argentinischen Pesos an den US-Dollar im Verhältnis eins zu eins. (Von Haldenwang 1996: 179) Der neoliberale Reformplan stand ganz im Sinne des Washington-Konsenses. Unter diesem Konsens wird ein Programm der „strukturellen Anpassung“ verstanden, das von IWF, der Weltbank sowie der amerikanischen Regierung und internationalen Finanzinstitutionen getragen wird. Entwickelt wurde dieses Konzept von John Williamson und umfasst „1. die Begrenzung des Haushaltsdefizits, 2. die Kürzung der Staatsausgaben, 3. eine Steuerreform, die auf eine Ausweitung der Steuerbasis auf niedrige Einstiegssätze zielt, 4. marktbestimmte Zinssätze, 5. Stabilisierung der Wechselkurse, 6. Liberalisierung der Importe, 7. freien Zugang für ausländische Direktinvestitionen, 8. Privatisierung von Staatsbetrieben, 9. Deregulierung, 10. Respektierung der Patent- und Eigentumsrechte.“ (Williamson 1990 In: Boris/Tittor 2006: 25) Jenen Ländern, die von der internationalen Schuldenkrise der 80er-Jahre betroffenen waren, wurde eine strenge Politik der liberalen Anpassung an die internationalen Finanzmärkte auferlegt. Die Inflation sollte so gesenkt und die Währung stabilisiert werden. Dadurch, so der Plan, wäre der Kapitalzufluss garantiert und den verschuldeten Ländern nachhaltiges Wachstum und Entwicklung möglich.

KritikerInnen argumentieren, meiner Meinung nach zu Recht, dass vor allem die Interessen der KapitalgeberInnen im Vordergrund stehen und das Problem der Abhängigkeit der verschuldeten Länder von den internationalen Finanzmärkten sich dadurch noch verschärft. Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen mit staatlichen Ausgabensenkungen verbunden sind und oft auf Kosten der ohnehin sozial Schwachen gehen. Und Armut führt bekanntlich nicht zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum. (Greven/Scherrer 2005: 54) Im Fall Argentinien kommt dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine besondere Rolle zu. Grundsätzlich agiert der IWF als eine Art Bank, dessen Mitgliedsländer entweder Gläubiger oder Schuldner sind. Dabei unterwerfen sich die Mitgliedsstaaten den Regeln und Steuerungsmedien des globalen Kapitalismus. „Der IWF bzw. die Gläubigerstaaten, die seine Politik bestimmen, streben die Steuerung der Schuldnerstaaten über Kreditaufgaben an. Voraussetzung für eine erfolgreiche Steuerung ist allerdings, dass die Schuldnerstaaten tatsächlich auf die Steuerungsmedien reagieren.“ (Huppertz 2004: 26) Die Mitgliedsstaaten können Devisenkredite beantragen, die aufgrund niedrigerer Zinsen vorteilhaft erscheinen. Nach dem Motto „Wer zahlt, schafft an!“ haben allerdings jene Länder, die mehr Beiträge einzahlen, auch ein höheres Stimmrecht. Die USA haben demnach das höchste Stimmrecht und daher die Möglichkeit, Entscheidungen zu blockieren. Der Einfluss des IWF auf Argentinien war enorm, da der Abschluss eines Strukturanpassungsprogramms mit dem Währungsfonds für ein Land eine Art Gütesiegel darstellt und so den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten deutlich erleichtert. (Huppertz 2004: 27) Argentinien passte sich den neoliberalen Strukturplänen an und wurde für die Weltmärkte geöffnet. Dabei konnte Menem gerade in der Anfangszeit auf eine breite Unterstützung seitens der Bevölkerung bauen. Nicht nur die Unterschicht, auch die traditionell eher anti-peronistisch eingestellte Oberschicht folgte dem neuen Präsidenten. Menem sprach „gleichzeitig die Stimmungslage und die Gefühle der Unterschicht als auch die Geldbeutel der Oberschicht an.“(Hackl 2000: 30)

Die kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolge gingen mit einem großen Übermut einher. In dieser Zeit des Aufschwungs (1991-1994) stellte sich ein unkritischer Optimismus ein. Korruption und andere politische Unsitten fanden wenig Beachtung. „Solange der Erfolg, sprich das Wirtschaftswachstum sich einstellte, war die Welt in Ordnung. Schmierer bedeutet, notwendige Kontakte zu schaffen und wirtschaftliche Impulse zu setzen.“

Man sah darin ein Mittel zum Zweck, die immer undurchsichtiger werdende Maschinerie der Wirtschaft in Schwung zu bringen und zu erhalten.“ (Kolmhofer 2003: 157)

3.8.4. Privatisierungen

Anfang der 1980er Jahre war Argentinien im Besitz von rund 1000 staatlichen Unternehmen, die dem Staat ganz oder zumindest zum Teil gehörten. Die größten staatlichen Unternehmen waren *YPF* (Erdöl), *Aerolineas Argentinas* (Transport), *Gas del Estado* (Gas) und die Post. Eine gewisse Anzahl an Privatisierungen war aus reformpolitischen Gründen notwendig, da viele staatliche Unternehmen stark subventionsabhängig waren. Auch waren die kostenintensiven Staatsunternehmen „1989 verantwortlich für 56% des Defizits des öffentlichen Sektors und 26% der Auslandsschuld.“ (Gamboa 2003 zit. In: Von Mirbach 2006: 3) Das Privatisierungsprogramm der Regierung Menem war aber sowohl für in- als auch ausländische Akteure im Hinblick auf den Umfang der Verstaatlichung sowie die rasche Abwicklung der Privatisierungen überraschend. Das Staatsreformgesetz, das dem Präsidenten quasi autonome Handlungsmöglichkeit einräumte, bildete den gesetzlichen Rahmen. Die Privatisierungen wurden in Argentinien so gestaltet, dass der gewinnbringende Effekt durch mehrere Faktoren geschmälert wurde und Korruption im großen Stil ermöglicht wurde:

1. Vor allem in der ersten Phase der Privatisierungen wurden viele staatliche Unternehmen unter ihrem geschätzten Realwert verkauft.
2. Der Staat war nun in der Rolle des Konsumenten und musste für die privatisierten Güter und Dienstleistungen erhöhte Preise und Tarife zahlen.
3. Die Regierung hatte zum Teil Altschulden der zum Verkauf stehenden Unternehmen übernommen und den potentiellen Käufern Steuererleichterungen garantiert. Die Kosten der Personalrationalisierung (Abfindungszahlen) übernahm ebenfalls der Staat. (Hujo 2002: 95)

Zwar wurden in anderen lateinamerikanischen Ländern ebenfalls Privatisierungen vorgenommen, doch blieben dort zumindest die nationalen Wirtschaftspfeiler unangetastet. Menem hingegen stellte praktisch alle staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen, darunter die staatliche Eisenbahn, bei der in Folge der Personenverkehr eingestellt wurde, Atom- und Wasserkraftwerke, Gefängnisse, sowie die staatliche Pensionsversicherung, zum Verkauf.

„Das ausländische Kapital konnte hier nach Belieben schalten und walten, ohne sich, wie sonst überall üblich, an zumindest minimale Regeln halten zu müssen.“ (Sukup 2007: 95) So ging beispielsweise die argentinische Fluggesellschaft *Aerolíneas Argentinas* an die spanische *Iberia*. Einige der Maschinen wurden für etwa 10% ihres Wertes verkauft. Auch die nationalen Telekommunikationsfirmen wurden an spanische, französische und italienische Firmen verteilt. Elektrizitätswerke und Autobahnen gingen ebenso in den privaten Sektor über wie die staatliche Eisenbahn, die im Zuge dessen zu großen Teilen den Personenverkehr einstellte wurde. Für jene Menschen, die in entlegenen Provinzen lebten, bedeutete dies eine regelrechte Abschottung vom Rest Argentiniens. Sehr bedenklich und kritisch war die Privatisierung der Wasserversorgung. Die staatliche Wasserversorgung der Firma *Aguas Argentinas* wurde an ein Konsortium unter der französischen Mediengesellschaft *Vivendi Universal* verkauft. Mit dieser Privatisierung ging eine Qualitätsverschlechterung des Wassers in abgelegenen Regionen einher. (Huppertz 2004: 65f) Zwar wurde vor Beginn der ersten Privatisierungsphase eine Kommission zur Überwachung der Privatisierung (*Comision Bicameral de Seguimiento de las Privatizaciones –CBSP*) ins Leben gerufen, doch hatte sie nicht die nötigen Kompetenzen, um Einfluss auf den Privatisierungsprozess zu nehmen. (Von Mirbach 2006: 56ff) Die Regierung ging bei den Privatisierungsprozessen folgendermaßen vor: einE TreuhänderIn sollte unter Aufsicht der Exekutive das zu privatisierende Unternehmen innerhalb von sechs Monaten auf die Privatisierung vorbereiten, wobei diese Phase bei Bedarf um ein weiteres halbes Jahr verlängert werden konnte. Diese TreuhänderInnen holten Angebote ein und bereiten die Verhandlungen vor, wobei sie oft Präsident Menem direkt unterstellt waren oder MitarbeiterInnen des MOySP (*Ministerío de Obras y Servicios Públicos –* Ministerium für öffentliche Arbeiten und Dienstleistungen) waren. Mit Amtsantritt Domingo Cavallos im Jahr 1991 als Wirtschaftsminister wurde das MOySP mit dem Wirtschaftsministerium fusioniert und die Privatisierungsmaßnahmen fielen fortan in den Kompetenzbereich des Wirtschaftsministeriums. In erster Linie setzte man auf Schnelligkeit der Privatisierungsprozesse. Sorgfalt und Transparenz ließen zu wünschen übrig, schon bald wurden Korruptionsvorwürfe laut. Denn auch die Vorbereitungen zu den Privatisierungen oblagen nicht einer unabhängigen Agentur. „Gerade jedoch die personelle Entflechtung und eine unabhängige Institution zur Privatisierung sind jedoch Variabel, die das Korruptionspotential bei Privatisierungen senken.“ (Von Mirbach 2006: 60)

Interessant ist, dass die Privatisierungsmaßnahmen in den 1990er Jahren quasi ein Spiegelbild der Verstaatlichung in den 1940er zu sein schienen.

Die Verstaatlichung unter dem Regime Perón galt damals als umfassendes Problembekämpfungsmittel. Bald zeigte sich die Schwäche der neoliberalen Marktreform von Präsident Menem, der die nötige Transparenz fehlte und deren Basis – die grundlegenden rechtsstaatlichen Ordnungsprinzipien – einfach nicht ausreichend funktionierte. Diese Prinzipien wurden sogar zunehmend und systematisch von höchster politischer Ebene entmachtet und umgangen. „Menems Macht stützte sich auf eine Koalition aus den meisten Gewerkschaften und den Provinzgouverneuren, die er mit (mitunter persönlichen) Geschenken versorgte. Zunehmend kam es auch zur Annäherung der Arbeitgeberverbände und traditionell anti-peronistischer Kräfte an die Regierung. Trotzdem konnte Menem weiterhin auf den Zuspruch der ärmeren Bevölkerungsgruppen zählen, da langfristige politische Identitäten und der Ausbau klientelistischer Netzwerke an der Armenfürsorge dem Peronismus Loyalitäten verschafften. Zudem fühlten sich bedeutende Teile der Mittelklasse von seinem unternehmerischen, weltoffenen und dynamischen Auftreten angezogen.“(Boris/Tittor 2006: 27)

1994 endete das „argentinische Wirtschaftswunder“ mit einer Senkung der Inflationsrate durch die Tequila-Krise. Schon im Vorfeld wurden erste Indikatoren einer wirtschaftlichen Abschwächung sichtbar. Zum einen war es die Überbewertung des Pesos, zum anderen die radikale Öffnung der Wirtschaft, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigte und zu steigenden Handels- und Leistungsbilanzdefiziten führte. Die Reallöhne begannen bereits im wirtschaftlich erfolgreichen Jahr 1992 zu sinken, während gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung anstiegen. Zudem hatte sich die Auslandsverschuldung trotz der Einnahmen aus den Privatisierungen um fast 50% erhöht. (Hujó 2002: 106) Lag sie zwischen 1990 und 1994 noch zwischen 63 und 76 Mrd. US-Dollar, so wuchs sie im Jahr 1995 auf 99 Mrd. Dollar an und erreichte 1999 mit 155 Mrd. Dollar ihren Höhepunkt. (Boris/ Tittor 2006: 29) Im September 1994 sollte über eine Budgetsperre, Haushaltskürzungen und forcierte Privatisierungen das Defizit vermindert werden. Da allerdings der mexikanische Peso im Dezember 1994 abgewertet wurde und die internationalen Finanzmärkte kurzfristig ebenfalls ins Schleudern gerieten, griffen diese Maßnahmen nicht. Für Argentinien hatte das einen drastischen Einbruch internationaler Finanzzuflüsse zur Folge. Gleichzeitig begannen in- und ausländische Investoren ihr Kapital abzuziehen. Zwar konnte sich in den Jahren 1996 und 1997 die argentinische Wirtschaft im Vergleich zu anderen, von der Tequila-Krise betroffenen Ländern, relativ schnell erholen, da sich auch eine gute Ernte 1995/96, „hohe Weltmarktpreise für Agrarexportprodukte (Rindfleisch, Ölsaaten, Erdöl, Weizen und Wolle) und eine rasante Exportsteigerung in das Nachbarland Brasilien“

sich zusätzlich positiv auf die Ausfuhren auswirkte. (Hujo 2002: 109), eine längerfristige Rezession konnte zwar verhindert werden. Die ökonomische Wachstumsphase gehörte der Vergangenheit an. Die argentinische Wirtschaft geriet 1998 durch die Russlandkrise und deren Auswirkungen auf den brasilianischen Real erneut in eine Rezession. Die Weltmarktpreise für argentinische Primärgüter fielen, auch Brasilien konnte die Industriegüter nicht mehr abnehmen. Ein steigender Kapitalbedarf zwang Argentinien aufgrund der Krisen auf den internationalen Finanzmärkten zu höheren Zinsen und kürzeren Laufzeiten. (Hujo 2002: 110f)

Bei dem 1999 erfolgten Regierungswechsel in Argentinien stand der Konvertibilitätsplan trotz der stagnierenden Wirtschaft nicht zur Debatte, da die Regierung die Kosten, die mit der Aufgabe der fixen Parität einhergehen würden, als zu hoch einschätzte. „Auch ein Großteil der Bevölkerung hatte sich in der Vergangenheit über großzügige Konsumentenkredite in Dollar verschuldet: Die private Auslandsverschuldung wurde für 1999 auf 58 Mrd. US Dollar geschätzt.“(Hujo 2002: 113) Hujo fasst zusammen, dass das argentinische Entwicklungsmodell ganz dem neoliberalen Zeitgeist der 90er Jahre entsprach: Jedoch, so die Autorin, war mit der Implementierung eines Currency Board ein Weg eingeschlagen worden, „der die produktive Entwicklung des Landes systematisch behinderte. Argentinien kämpfte zwar nach zehn Jahren peronistischer Regierung nicht mehr mit hoher Inflation, war aber dem Stop-and-Go-Zyklus der internationalen Kapitalströme unterworfen, was einen stabilen Wachstumsprozess mit Beschäftigungsperspektiven unterband.“ (Hujo 2002: 119)

3.8.5. Verfassungsreform 1994 und die Wiederwahl Menems 1995

Die Diskussion rund um eine umfassende Reform des argentinischen politischen Systems wurde bereits während der Regierung Alfonsín gestartet. Dieser forderte eine Art Mischform, in der auch parlamentarische Elemente an Bedeutung gewinnen sollten. Die von ihm gegründete Kommission für die Konsolidierung der Demokratie sollte dahingehend Lösungsvorschläge ausarbeiten, und sich in erster Linie auf einen institutionellen Ausweg fokussieren. Man sah in der Etablierung geeigneter Institutionen (in dem Fall das Amt eines Premierministers) eine gute Möglichkeit, um im möglichen Krisenzeiten, die Macht des Präsidenten auf vertikale Ebenen aufzuteilen. In der Amtszeit Menems wurde die Reformdebatte wiederbelebt. Allerdings schien die Einführung der Wiederwahl des Präsidenten die Hauptmotivation Menems zur Wiederaufnahme der Debatte zu sein.

Im „Pacto de Olivos“ wurde die Notwendigkeit einer Verfassungsreform festgestellt und zwei Kategorien der reformwürdigen Verfassungsartikel festgelegt: zum einen waren es Themen, die der Versammlung zur Diskussion und Beratung übergeben wurden, zum anderen handelte es sich um so genannte Kernthemen. Diese umfassten 13 Punkte und sah eine Reihe wichtiger Reformen vor. Allerdings waren diese Kernthemen als Paket zusammengefasst worden und mussten auch als solches verabschiedet werden. Die Ablehnung einzelner Punkte war nicht möglich und bedeutete automatisch die Verweigerung des Gesamtpakets. „Die Verfassungsgebende Versammlung war also gezwungen, entweder 'dafür' oder 'dagegen' zu stimmen, ohne das Paket aufschnüren zu können. Damit war der Diskussionspielraum und die Kompetenzen der Versammlung stark eingeschränkt.“ (Jackisch 1996: 126) Die Verfassungsreform konnte die starke Position des Präsidenten nur minimal abschwächen. Zwar wurde das Amt eines Kabinettschefs eingeräumt, er war gegenüber dem Präsidenten jedoch weisungsgebunden. Außerdem hatte der Präsident die Möglichkeit, die Aufgaben des Kabinettschefs selbst zu übernehmen. Weiterer Schwerpunkt der Verfassungsreform war die Änderung des Wahlmodus und die Einführung der Wiederwahl des Präsidenten. Die Amtszeit wurde von sechs auf vier Jahre beschränkt und die Möglichkeit zur unmittelbaren und einmaligen Wiederwahl eingeräumt. Danach musste der Präsident eine Amtszeit lang pausieren und konnte nach 8 Jahren Amt und vier Jahren Pause erneut kandidieren. Auch wurde in dieser Verfassungsreform die Direktwahl des Präsidenten eingeführt und das Wahlsystem der Wahlmänner abgeschafft. Carlos Menem konnte sich auf dieser verfassungsrechtlichen Grundlage bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1995 trotz der sozialen und wirtschaftlichen Probleme gegenüber seinem Konkurrenten Octavio Bordrón von der FREPASO mit dem Slogan „Ich oder das Chaos“ durchsetzen. Die Wahl zeigte aber, dass ein großer Teil der Wahlberechtigten von Stimmensplitting Gebrauch gemacht hatten: „Über 20% der Wähler, die einen gültigen Stimmzettel abgaben, haben bei den Parlamentswahlen nicht die Partei gewählt, die den Präsidentschaftskandidaten ihrer Wahl aufgestellt hat.“ (Jackisch 1996: 130) Auch war bei dieser Wahl der Anteil ungültiger abgegebenen Stimmen höher als bei den vorigen Wahlen. Das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl sowie der Parlamentswahl, bei denen ebenfalls die PJ dominierte und die UCR hinter die FREPASO zurückfiel, veränderten die politische Situation Argentiniens. Die Konstellation im Abgeordnetenhaus veränderte sich, die Mandatsverluste der UCR und der kleineren Parteien schwächten die Opposition,

da die Regierungspartei PJ fortan über ein Quorum verfügte. Zwar war die UCR oppositionell die wichtigste Kraft, ihr Gewicht war jedoch eingeschränkt. FREPASO hatte ebenfalls zu wenige Mandate, „um selbstständig großen Einfluss üben zu können.“ (de Riz In: Nolte/ Werz: 1996: 141)

3.8.6. Arbeitslosigkeit und Verfall der Mittelschicht

Die neoliberale Stabilisierungspolitik brachte vielen lateinamerikanischen Staaten makroökonomische Erfolge. Damit ging jedoch eine mitunter gravierende Verschlechterung der sozialen Lage vieler Gesellschaftsgruppen einher, die die hohen sozialen Kosten von Privatisierungen und anderen Liberalisierungsreformen zu tragen hatten. (Nohlen/Zilla 2002: 256) Auch hatte der neoliberale Wirtschaftsplan starke, oftmals negative, Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation. Die Arbeitslosigkeit lag 1991 bei 6%, 1993 bei rund 10%, kletterte bis 1995 auf 16,4%. (Nolte In: Nolte/ Werz 1996: 100) „Der Arbeitsplatzverlust ist in Argentinien mit einer hohen sozialen Hilflosigkeit verbunden: Die Arbeitslosenversicherung erfasst lediglich 5% der Betroffenen. Dies liegt hauptsächlich daran, dass vier von fünf Arbeitslosen dem informellen Sektor entstammen oder Neulinge auf dem Arbeitsmarkt sind.“ (Nohlen/ Zilla 2002: 259) Zudem stieg die Zahl der Unterbeschäftigung drastisch an, was die reale Situation am Arbeitsmarkt wie folgt aussehen lässt: Im Großraum der Hauptstadt Buenos Aires lag die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bei 30% im Jahr 1995, 2002 bei knapp 40%. Auch die nicht registrierte Beschäftigung wuchs um 1,3 Millionen Arbeitsplätze an. (Boris/Tittor 2006: 33) Hinzu kam die Abschaffung des Kündigungsschutzes. „Was erreicht wurde, ist eine größere Flexibilität in der Anheuerung von Arbeitskräften, was zu einer höheren Arbeitsrotation führte, eine höhere Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse verursachte und die Schutzlosigkeit der Beschäftigten zunehmen ließ.“(González In: Brand 2003: 103) Während die Arbeitsverhältnisse zunehmend prekärer wurden, stellte sich die Regierung Menem eindeutig auf ArbeitgeberInnenseite. Hinzu kam die systematische Schwächung der Gewerkschaften, die im Hinblick auf die Lohnverhandlungen an Einfluss verloren hatten. ArbeiterInnen und ein Großteil der Mittelschichten hatten starke Einkommensverluste hinzunehmen und wurden von einem radikalen Verarmungsprozess erfasst. Die Verarmung der Mittelschicht in den 80er und 90er Jahren, die so genannten „neuen Armen“, kam zu der „strukturellen Armut“; die in Argentinien im lateinamerikanischen Vergleich traditionell relativ niedrig ausfiel, hinzu.

Charakteristisch für diese „neue Armut“ war, dass zahlreiche Menschen nach wie vor zwar in Wohnungen mit einem gewissen Grad an Infrastruktur (fließendes Wasser, Abwasserkanalisation, etc.) lebten, es ihnen aufgrund von Arbeitslosigkeit oder prekärer Arbeitsverhältnisse aber an einem Mindestgehalt fehlte, um die Fixkosten decken zu können. (Nohlen/ Zilla 2002: 356) Die Verarmung war kein überraschendes Phänomen, sondern das Ergebnis einer ganzen Reihe externer wie interner Faktoren. Die Umverteilung von Ressourcen vom öffentlichen zum privaten Sektor spielte dabei eine ebenso große Rolle wie die enorme Auslandsverschuldung, die Kürzung sozialer Rechte sowie das Fehlen einer wirksamen staatlichen Intervention zugunsten der Bevölkerung. Zeitgleich mit dem Entstehen der „neuen Armut“ bildete sich ein neuer Reichtum vor allem in jenen Gruppen, die sich im Umfeld der politischen Machtelite befanden. (Kessler 2002: 272) Boris und Tittor zeigen auf, dass 1974 die reichsten 20% der Bevölkerung 36% des Einkommens in Anspruch nehmen konnten, und sich ihr Einkommens-Anteil 1980 auf 41%, 1991 auf 44% und 2002 sogar auf 48% erhöht hatte. „Den 20% Ärmsten hingegen stehen statt 9% im Jahr 1974 im Jahr 2002 nur noch 5% zur Verfügung.“ (Boris/Tittor 2006: 34f.) Kessler fasst zusammen, dass „unter dem Strich die Verarmung nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein sozialer und politischer Tatbestand“ war. „Die Verarmung der Mittelschicht wirkte sich nicht nur auf jene aus, die sie am eigenen Leib erfahren, sondern auch auf die argentinische Gesellschaft als Ganzes. Sie markiert einen Punkt ohne Wiederkehr, das Ende eines spezifischen Gesellschaftstypus.“ (Kessler 2002: 272) Die Zunahme der sozialen Probleme bei zeitgleichem Rückzug des Staates lässt auf ein Ende der argentinischen Tradition einer Sozialpolitik in wohlfahrtstaatlichem Sinn schließen. Im lateinamerikanischen Vergleich galt Argentinien stets als Pionier auf diesem Gebiet. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts starteten die ersten Sozialversicherungsprogramme. Im Rahmen der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) in den 1940er und 50er Jahren nahm der Staat die Rolle einer zentralen Steuerungsinstanz ein. Durch institutionelle Neuerungen, sozialpolitische Gesetzgebungen und Förderung der gewerkschaftlichen Organisationen griff er aktiv in die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen ein. Die wirtschaftlich relativ günstigen Rahmenbedingungen ermöglichten eine expansive Sozialpolitik. Es wurden Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in öffentlichen Sozialausgaben getätigt. 1947 zählten bereits über 40% der städtischen Bevölkerung zur argentinischen Mittelschicht, gegen 1980 sogar über 47,4% aller ArgentinierInnen. Zur Mittelschicht zählten neben den Unternehmern von Klein- und Mittelbetrieben auch Büro- und Bankangestellte, Angestellte im öffentlichen und privaten Sektor,

sowie LehrerInnen und DozentInnen. Kennzeichnend für die Mittelschicht war ein relativ hohes Einkommensniveau im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern sowie gute soziale Absicherung. Aufstiegschancen für Kinder aus ArbeiterInnenfamilien waren aufgrund des freien staatlichen Bildungszugangs durchaus realistisch. (Carreras In: Bodemer/Pagni/Waldmann 2002: 18f) Allerdings zeigte die wirtschaftliche Rezession der 1960er und 70er Jahren die strukturellen Schwächen des Wohlfahrtsmodells auf: „Auf organisatorischer Ebene handelte es sich um ein fragmentiertes, stark zentralisiertes und bürokratisches System. Trotz der im Lauf der Zeit wachsenden staatlichen Sozialausgaben verzeichneten die sozialen Dienstleistungssysteme – insbesondere das Sozialversicherungssystem – aufgrund von Effizienzproblemen ständig finanzielle Defizite.“ (Sottoli 2002: 125f) Den Abstieg der Mittelschicht läutete, so Carreras, bereits die Militärdiktatur im Jahr 1976 ein, die erstmals einen Rückzug ins Private bewirkte. Ein Phänomen, das „abgesehen von einer kurzen Wiederbelebung des politischen Engagements zu Beginn des Re-Demokratisierungsprozesses in den achtziger Jahren, bis heute andauert.“ (Carreras In: Bodemer/ Pagni/ Waldmann 2002: 18f) Zwischen 1975 und 1977 senkte die Militärregierung durch massiven Druck auf die Gewerkschaften die Lohnquote von 43% auf 22,4%. (Boeckh 2002: 302) Die Auswirkungen der Krise in den 1980er und 90er konnte das argentinische Sozialsystem nicht mehr abfedern und den gestiegenen Nachfragen an Sozialleistungen, die aus der zunehmenden Arbeitslosigkeit resultierten, nicht nachkommen. Die staatliche Sozialpolitik, die ihren Fokus traditionell auf Bildung und Sozialversicherung hatte, verfügte nicht über die geeigneten Instrumente und Programme, um die von Verarmungsprozessen betroffenen Bevölkerungsgruppen aufzufangen. Unter der Regierung Alfonsín verhinderte zudem die wirtschaftliche Notsituation wichtige sozialpolitische Reformen. Kurzfristig angelegte Sozialhilfeprogramme, wie beispielsweise das nationale Ernährungsprogramm PAN (*Programa Alimentario Nacional*) wurden ins Leben gerufen. 1986 wurden damit 5,5 Millionen Menschen mit Lebensmittel versorgt. Allerdings ging die Regierung davon aus, dass die Demokratie die Wirtschaft bald wieder in Schwung bringen und sich die Armut dadurch verringern würde. Nachdem dies nicht der Fall war, musste das PAN- Programm bis 1988 zweimal verlängert werden. Carlos Menem beendete am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1989 das PAN und führte stattdessen den *Bono nacional de Emergencia* ein, welches Hilfeleistungen an die Vergabe von Bons knüpfte und von nationalen Unternehmen mitfinanziert wurde. Ende 1990 wurde das Programm aufgrund von Korruptionsvorwürfen beendet.

Andere sozialpolitische Reformen standen ganz im Zeichen von Teilprivatisierungen (so zum Beispiel auch die Rentenversicherung) und Dezentralisierung. Der Staat zog sich nach und nach zurück, übernahm lediglich die Formulierung politischer Ziele sowie die Koordination von Sozialleistungsträgern. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen kamen Aufgaben auf gesellschaftlicher Ebene zu und die Familie sollte fortan die Aufgabe der Kinderbetreuung sowie die Betreuung älterer und kranker Menschen übernehmen. (Sottoli 2002: 134) Viele sozialpolitische Maßnahmen dienten budgetpolitischen und mitunter politischen Zwecken und wurden nicht selten im Zusammenhang mit Wahlzyklen behandelt. „Weder kurzfristige, angemessene sozialkompensatorische Nothilfeprogramme noch langfristige Zielsetzungen wie etwa Armutsbekämpfung, die Bildung von Humankapital, die Schaffung sozialer Integrationskanäle oder die Förderung des sozialen Ausgleichs standen im Vordergrund der Reformagenda der Regierung Menem – vor allem in ihrer ersten Amtszeit. Selbst nach den ersten Stabilisierungs- und Wachstumserfolgen, die vergleichsweise günstigere Bedingungen für sozial progressive Policy-Entscheidungen hervorbrachten, spielten sozial- bzw. verteilungspolitische Erwägungen, etwa bei steuerlichen Reformmaßnahmen, keine große Rolle.“ (Sottoli 2002: 149)

3.9. Die Präsidentschaft Fernando De la Rúa

Die zweite Amtszeit Menems war aufgrund stagnierender Wirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit und Armut nicht gerade erfolgsverwöhnt. „Was die Bevölkerung besonders enttäuschte und aufbrachte, war der unverhohlene Nepotismus des Präsidenten und die Schamlosigkeit, mit der sich der Kreis seiner Freunde und Verwandten unter seinem Schutz bereicherte.“ (Waldmann 2010: 145) 1999 wurde Fernando de la Rúa, von der Radikalen Bürgerunion, zum Präsidenten gewählt. Doch war Argentinien schon dermaßen mit den Konsequenzen der Menemschen Reformpolitik, die kaum einen Politikbereich ausgelassen hatte, konfrontiert, dass auch der Präsidentschaft des Oppositionspolitikers wenig Erfolg vergönnt war. Das Resultat von 10 Jahren Menem war eine schrumpfende Wirtschaft, Investitionsstillstand sowie eine Auslandsverschuldung von rund 150 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig stiegen der Anteil der Armen in der Bevölkerung und die Arbeitslosenquote kontinuierlich an.

3.9.1. Krise in Argentinien

Einen genauen Zeitpunkt für den Beginn der Krise zu bestimmen ist schwer, war sie doch in jener Größenordnung, wie sie Argentinien 2001 traf, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht abzusehen. Im Gegenteil, Argentinien galt als glänzendes Beispiel der internationalen Finanzinstitutionen und man sprach gern von einem argentinischen „Wirtschaftswunder“. (Messner In: Nolte/Werz 1996: 149) Weil andere Staaten, wie Russland und einige Länder Asiens, im Vorfeld ebenfalls von Krisen betroffen waren, war der US-Dollar als sichere Währung besonders gefragt. Da allerdings der Peso nach wie vor an den US-Dollar gekoppelt war, führte dies zu einer Überbewertung des Pesos. Als Konsequenz brachen die Exporte aufgrund von Wettbewerbsschwäche ein. Zudem flossen, nachdem ein Großteil der staatlichen Betriebe verkauft worden waren, keine neuen ausländischen Investitionen ins Land und der Zustrom ausländischen Kapitals versickerte. (Sukup 2007: 96) Die einheimische Elite machte bei den ersten Anzeichen der bevorstehenden Krise vom erleichterten grenzüberschreitenden Kapitalverkehr Gebrauch und brachte ihr Geld ins Ausland. (Greven/Scherrer 2005: 55) 2001 ging es rasant bergab. Die Rohstoffpreise gingen zurück, Zinssätze und Deflation stiegen rasant in die Höhe. 2001 betrug die Auslandsverschuldung rund 154 Mrd. US-Dollar. Präsident Fernando De la Rúa arbeitete gemeinsam mit dem IWF verschiedene Reformpläne aus, um die Situation und den daraus resultierenden Schaden einzugrenzen. Ein strenger Sparkurs wirkte sich erneut auf die Sozialleistungen aus und führte zu restriktiven Kürzungen, was wiederum die Armut verschärfte. Als 2001 vom IWF zugesagte Kredite ausblieben und die Kapitalflucht sich beschleunigte, forderte die Regierung die Privatbankkonten der Bevölkerung ein. Das Land war zahlungsunfähig und die Regierung erklärte den Staatsbankrott. „Die Folge war eine allgemeine Staats- und Vertrauenskrise.“ (Waldmann 2010: 145) Besonders hervorzuheben ist die Nacht von 19. auf 20. Dezember 2001. Menschen strömten auf die *Plaza de Mayo*, auf dem sich auch der Regierungssitz, die *Casa Rosada* befindet. Die Demonstration schien nicht geplant, sondern quasi aus dem kollektiven Bewusstsein heraus entstanden zu sein. Horacio Gonzales war unter den DemonstrantInnen und schreibt: „Am 19. Dezember ergab sich eine interessante Situation, die eine enorme Heftigkeit und Kraft besaß und nicht die Scheiben einer von Jugendlichen eingeschlagenen Bank benötigte.“ (Gonzales In: Brand 2003: 54) Die Proteste richteten sich gegen das Einfrieren der Privatkonten sowie die „Entdollarisierung“, also die Umwandlung der Dollar- in Pesonoten.

Die Krise stellte sowohl die Strategie des Internationalen Währungsfonds als auch die Regierungszeit Carlos Menems grundlegend in Frage. (Boris/Tittor 2006: 40) Nach dem Motto „*que se vayan todos!*“ (Raus mit allen!) zeigte die Bevölkerung ihren Unmut und verlangte nach einer sofortigen Kursänderung. Zudem zeigt dieser Spruch den eindeutigen Vertrauensverlust der Menschen in die Politik und ihrer RepräsentantInnen. Obwohl Präsident De la Rúa Maßnahmen zu größerer finanzieller Verantwortlichkeit und Transparenz sowie ein Antikorruptionsministerium schaffen wollte, geriet er nach den heftigen Protesten und Ausschreitungen 2001 schwer unter Druck. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, was zwar den juristischen Rahmen für polizeiliche Eingriffe bildete; die Plünderungen und Massenproteste konnten damit aber nicht gestoppt werden. „Die auf dem Höhepunkt der Proteste von De la Rúa nach Buenos Aires gerufenen Provinzgouverneure hielten es zudem nicht für nötig, sich zum Regierungspalast zu begeben, um über die kritische Situation zu beraten und bevorzugten es stattdessen – wie die Mehrheit der Bevölkerung – auf die Unfähigkeit des Präsidenten zu verweisen und seine Absetzung zu verlangen.“ (Carreras 2002b: 28) De la Rúa legte am 20. Dezember 2001 nach Tagen zahlreicher Proteste und gewalttätigen Ausbrüchen sein Amt nieder.

3.10. Soziale Bewegungen

3.10.1. Die *Piquetero*-Bewegung

Kennzeichnend für die *Piquetero*-Bewegung (übersetzt Streikposten) sind Straßenblockaden, durch die die Bewegung große Aufmerksamkeit auf sich zog. Rund 20.000 Menschen blockierten 1996 in der südwestlichen Provinz Neuquén sieben Tage und sechs Nächte die Zufahrtsstraßen. Viele von ihnen waren im Zuge der Privatisierung des Erdgasunternehmens YPF arbeitslos geworden und forderten nun neue Arbeitsplätze sowie ein Treffen mit dem zuständigen Gouverneur. Die argentinische Bundespolizei war nicht in der Lage, die Straßenblockade aufzuheben und zog sich schließlich zurück. Der Gouverneur stimmte Verhandlungen mit den *Piqueteros* zu und akzeptierte die Forderungen nach Wasser und Licht und sicherte Unterstützungszahlungen zu. (Boris/Tittor 2006:77f) Dieser Protest war die Geburtsstunde der *Piquetero*- Bewegung. „Die Aktionsform der Straßensperren durch die *Piqueteros* geht mit Forderungen nach Arbeitsplätzen, ausstehenden Löhnen und Unterstützungsprogrammen sowie mit dem Ziel, Entlassungen zu verhindern, behördliche Korruption und Pfründenverteilung anzuprangern, einher.“ (Redl 2009: 71)

Des Weiteren organisierte die Bewegung Bildungsprogramme und sorgte für die relative Verbesserung der Grundversorgung ihrer Mitglieder, sei es beim Zugang zu Medikamenten, bei der Einrichtung von Suppenküchen oder der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in Kooperativen. Sowohl in den Provinzen als auch den Armenviertel von Buenos Aires fand die *piquetero* - Bewegung großen Zuspruch. Anfang 2002 hatten die *Piquetero*-Organisationen über 100.000 aktive Mitglieder. (Boris/Tittor 2006: 80)

3.10.2. Stadtteilversammlungen (*Asambleas Barriales*)

In Zeiten der schlimmsten Krise fanden in vielen Stadtteilen BürgerInnen-Versammlungen, so genannte *Asambleas Barriales* statt. In diesem Rahmen wurde über die katastrophale wirtschaftliche Lage diskutiert. Nicht selten nahmen über hundert Menschen bei den Versammlungen teil. Man begann Volksküchen zu organisieren und Essen auszugeben, wodurch „im direkten Umfeld sichtbar wurde, wie viel Armut bereits existierte.“ (Boris/Tittor 2006:92). In den *Asambleas* wurden neue Möglichkeiten der öffentlichen Partizipation erschlossen und ein ideales Terrain geschaffen um neue Formen der Selbstorganisation zu entwickeln. (Colectivo Situaciones In: Brand 2003:117). Interessant ist allerdings, dass der Großteil sowohl der *Cacerolazos*- (Kochtopfdemonstranten) und der *Asambelas*- TeilnehmerInnen aus der vormals städtischen Mittelschicht stammten. Boris und Tittor gehen davon aus, dass viele von ihnen zuvor sogar Anhänger der menemistischen Reformpolitik waren. Die neu entstandene Solidarische Ökonomie verlief in einem sehr heterogenen sozialen Umfeld. Während sich *Asambleas* stark von den Unterschichten abgrenzten und ihre Protest auf die eigenen Einschränkungen fokussierten, legten andere auf Solidarisierung mit den unteren Bevölkerungsschichten Wert. Mitte 2002 erlebten die Stadtteilbewegungen einen allgemeinen Rückgang, viele Beteiligte entfernten sich. Nach wie vor gibt es aber in Buenos Aires zahlreiche Volksküchen, soziale und kulturelle Zentren, lokale Radios und Bildungsangebote (wie beispielsweise Alphabetisierungsprogramme und Nachhilfeunterricht). (Boris/Tittor 2006: 92)

3.10.3. Tauschnetzwerke (*Trueque Argentino*)

1995 entstand in Bernal, einem Vorort von Buenos Aires, der erste Tauschring (*Club de Trueque*).

Gegründet wurde er von Personen des *Programa de Autosuficiencia Regional* (Programm regionaler Selbstversorgung), die sich bereits Ende der 1980er Jahre zu Selbstversorgungsprojekten zusammengeschlossen hatten, um so Alternativen zur formellen Ökonomie zu finden. „Die ersten Tauschversuche fanden zunächst in einem sehr kleinen lokalen Rahmen in Stadtteilen und Dörfern statt und zählten kaum mehr als 30 Mitglieder. Ziel der *Clubes de Trueque* war es, unter dem Vorzeichen der gemeinsamen Selbsthilfe für jene aus der formellen Wirtschaft. Ausgeschlossenen einen geschützten Markt entstehen zu lassen. Dieser sollte in Zeiten einer wachsenden Globalisierung die Bedürfnisse für die VerliererInnen dieser Phase ausgleichen.“ (Redl 2009: 78) Da der direkte Tausch eines Produktes gegen ein anderes schnell an seine Grenzen stieß, musste ein multilaterales Tauschsystem gefunden werden. Künftig wurde von jeder/m TauschteilnehmerIn eine Liste erstellt, in die der Saldo des jeweiligen Produkt-Tausches eingetragen wurde. Monatlich wurde dann ein Bilanzausgleich erzielt. (Laporte 2003 zit. In: Redl 2009: 78) Mit der Zeit war auch dieses System aufgrund zunehmender Tauschaktivitäten und der damit verbundenen Komplexität nicht mehr effizient. Erschwerend kam hinzu, dass die gesamte Buchführung der Tauschnetzwerke in Bernal erledigt wurde. (Colectivo Situaciones In: Brand 2003:153). Bereits ein Jahr nach der Gründung des ersten Tauschrings in Bernal gab es landesweit über 1000 Mitglieder und über 50 Tauschknotenpunkte. Angesichts dieser neuen Dimension wurde eine Tauschwährung (*créditos*) erschaffen, die häufig als Sozialgeld (*moneda social*) bezeichnet wurde und Kreditfunktion hatte. Im Herbst des Jahres 2001 – direkt proportional zur Wirtschaftskrise – weitete sich das *Trueque*-Phänomen explosionsartig aus. (Redl 2009: 78) Im November 2002 brach das *Trueque*-System zusammen. Die Gründe dafür waren vielfältig, doch lag es in erster Linie daran, dass mit der steigenden Mitgliederzahl auch der Anteil jener TeilnehmerInnen stieg, die nur einkaufen, selbst aber keine Produkte anbieten wollten. Hinzu kam, dass gebrauchte Kleidung und Haushaltgeräte im Überfluss vorhanden waren, es jedoch zunehmend an Nahrungsmittel fehlte. Es wurde klar, dass sich die Wirtschaftskrise zu einer Hungerkrise entwickelt hatte und die Regierung mit dem Notprogramm, „*Programa de Jefes de Familia*“ reagierte, großen Bevölkerungsteilen ein Minimum an Nahrungssicherung bieten konnte. (Colectivo Situaciones In Brand 2003:164) Für ein nachhaltiges und erfolgreiches Krisenmanagement fand die Regierung de la Rúa keine geeigneten Instrumente. Erschwerend kam hinzu, dass die Regierungspartei Allianz (*Alianza para la Justicia, el Trabajo y la Educación* – Allianz für Gerechtigkeit, Arbeit und Erziehung) als Wahlbündnis entstanden war und ihr dadurch die gefestigten Strukturen fehlten.

Nach wie vor kontrollierten die PeronistInnen den Senat. „Als bekannt wurde, dass die Regierung mehrere Senatoren bestochen hatte, damit sie einer Reform des Arbeitsrechts zustimmten, die die Verhandlungsmacht der nationalen Gewerkschaften zugunsten von Tarifverträgen auf regionaler oder betrieblicher Ebene schwächen würde, verlor die Regierung jede Glaubwürdigkeit.“ (Carreras 2010: 250) Schließlich kam, was kommen musste: „die Blase, die sich durch Zuspitzung der Schulden- und der Konvertibilitätskrise gebildet hatte“, platzte. (Waldmann 2010: 145)

3.11. Die Präsidentschaft Eduardo Duhaldes

Im Jännerr 2002 trat der Peronist und vormalige Gouverneur von Buenos Aires Eduardo Duhalde provisorisch die Präsidentschaft an. Er war bereits der dritte Interimspräsident, der innerhalb von zwei Wochen vom Kongress gewählt worden war. Der Staat befand sich mittlerweile „am Rande der Auflösung. Lediglich die Provinzgouverneure, die meisten von ihnen Peronisten, waren in der Lage, halbwegs die Autorität in ihren Distrikten aufrecht zu erhalten. Manche Provinzen griffen zur Ausgabe von Bonds, um die Löhne der öffentlichen Angestellten überhaupt auszahlen zu können.“ (Carreras 2010: 252) Obwohl Duhalde aus dem Umfeld Menems kam, schlug er schon einige Jahre zuvor eine Änderung der Wirtschaftspolitik vor, indem er den überhöhten Wechselkurs durch Aufhebung des Konvertibilitätsplans bannen wollte. Es kam zu einem immer größeren Interessenskonflikt zwischen Menem und Duhalde, der sich vor allem in der zweiten Amtszeit Menems zuspitzte. Duhalde kritisierte das Menemsche Wirtschaftsmodell und forderte mehr soziales Engagement. „Innerhalb der Partei scharte Duhalde ab 1995 alle diejenigen um sich, die mit Menem unzufrieden waren. Ausgehend von seiner Heimatprovinz Buenos Aires kontrollierte er so relativ schnell einen großen Teil der peronistischen Parlamentsfraktion und der Parteigremien.“ (Birle In: Birle/ Carreras 2002: 223) Menem reagierte verbittert und setzte alles daran, eine Unterstützung Duhaldes seitens der peronistischen Parteigremien und Gewerkschaften zu verhindern. Zum offenen Konflikt kam es 1997. „Menem brachte alternative Kandidaten ins Spiel, er bemühte sich um eine erneute Verfassungsreform oder zumindest um eine 'Neuinterpretation' in seinem Sinne; Duhalde initiierte in der Provinz Buenos Aires eine – letztendlich nicht durchgeführte – Volksabstimmung, bei der die Bevölkerung ihre Meinung zu einer erneuten Wiederwahl Menems kundtun sollte; ein von Menem Mitte 1998 einberufener Parteitag wurde von Duhalde boykottiert, mit der Rechtmäßigkeit der dort getroffenen Entscheidungen mussten sich jahrelang Gerichte beschäftigen.“ (Birle In: Birle/ Carreras 2002: 223)

Nachdem Eduardo Duhalde 2002 die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, hob er gleich zu Beginn seiner Amtszeit die von ihm kritisierte paritätische Anbindung des Pesos an den US-Dollar auf. Ein Peso entsprach fortan nicht mehr automatisch einem US-Dollar, sondern ein US-Dollar wurde mit rund drei argentinischen Pesos umgerechnet. Einige argentinische Unternehmen der Textilindustrie und im Agrarmaschinensektor wurden so relativ schnell konkurrenzfähig. Auch die Inflation, deren erneute Explosion vorausgesagt worden war, blieb entgegen der Erwartungen auf einem niedrigen Niveau. Durch die Abwertung des Pesos fiel das BIP im Jahr 2002 um lediglich 11%. In den folgenden Jahren wuchs es schließlich um rund 8%. (Sukup 2007: 106) Natürlich waren in dieser Zeit, in der es so manche Rechnung aus der Amtszeit Menems zu begleichen gab, Kontroversen bei den asymmetrischen Umtauschraten vorprogrammiert. Immerhin waren es nicht die direkt Verantwortlichen wie Ex-MinisterInnen, SpekulantInnen oder GroßunternehmerInnen, die für ihre Machenschaften zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern Teile der Mittelschicht und kleine UnternehmerInnen, die durch die Währungsumwandlung nicht selten schwer wiegende finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Die Bevölkerung reagierte 2002 mit landesweit rund 2.500 Protestaktionen. Die Regierung reagierte mit Nothilfeprogrammen für die von der Krise am schwersten betroffenen Teile der Gesellschaft. „Gleichzeitig bemühte sich die Regierung, die unterschiedlichen Protestakteure in den politischen Prozess einzubinden und durch verschiedene Dialogforen Auswege aus der Krise zu suchen.“ (Straßner 2007: 135) Ein weiterer wichtiger Punkt in der Wirtschaftspolitik Duhaldes war die Wiedereinführung der Ausfuhrzölle beim Export von Agrarprodukten, um so die Extragewinne nicht nur dem AgrarproduzentInnen, sondern auch dem Staat zu Gute kommen zu lassen. Der gestiegene Dollarkurs zwang die argentinische Wirtschaft, verschiedene Produkte wieder selbst herzustellen und sich nicht aus dem Ausland zu importieren. „Eine gewaltige Umorientierung, denn in den 1990er-Jahren waren Konsumgüter wie Wein und Bier, Schinken und Käse, und natürlich Textilien, Spielzeuge etc. massenhaft aus aller Welt importiert worden, weil die Einfuhren durch den überhöhten Pesokurs gegenüber der nationalen Produktion oft unschlagbar waren.“ (Sukup 2007: 106f) Bei den Präsidentschaftswahlen 2003 schickte Duhalde einen politischen Außenseiter ins Rennen: Néstor Kirchner.

3.12. Die Präsidentschaft Néstor Kirchners

Kirchner war zuvor Gouverneur der Provinz Santa Cruz und galt als regelrechter Überraschungskandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2003. Er erhielt im ersten Wahlgang 22% der Stimmen und lag damit hinter seinem Konkurrenten, dem Expräsidenten Carlos Menem, dem 25% zufielen. Allerdings wurde Menem bei der Stichwahl im zweiten Wahldurchgang eine verheerende Niederlage prophezeit, weswegen dieser vorzeitig von der Wahl zurücktrat. Néstor Kirchner wurde demnach mit 22% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Diese schwache Wahllegitimation veranlasste ihn zu schnellem Handeln, um seiner Popularität auf die Sprünge zu helfen. Auffällig wurde der ehemalige Gouverneur der Provinz Santa Cruz schon während der Amtszeit Menems. Néstor Kirchner und seine Frau Cristina Fernández de Kirchner hatten die Korruption Menems öffentlich angeprangert und sein neoliberales Modell kritisiert. Kurz nach seinem Amtsantritt berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Kirchner präsentiert sich als Antithese zum extravaganten und frivolen Menem. Seine Ideen bleiben nebulös. Erscheinung und Gestik erinnern ein wenig an den schwachen Präsidenten De la Rúa, den die Argentinier schon nach zwei Jahren aus dem Amt jagten. Ein Vorkämpfer für die politische Erneuerung, auf die viele Argentinier so sehnsüchtig warten, ist Kirchner bisher nur in Worten, nicht aber in seiner peniblen und autokratischen Amtsführung als Gouverneur gewesen. In Santa Cruz, das er fast zwölf Jahre wie einen Familienbetrieb beherrschte, hat Kirchner Politik, Medien und Justiz mit fragwürdigen Methoden vielleicht noch gründlicher auf seine Person eingeschworen, als der ständig kritisierte Menem es vorgemacht hatte.“ (FAZ, 23. Mai 2003: <http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~ED32A0EC4E63C49178744B34EF7AE6BF6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. 18.2.2011)

Dennoch wurde Kirchner beinahe über Nacht zu einem populären Staatschef. Er enthob die Anhänger Menems in den Führungskreisen der Streitkräfte, der Bundespolizei sowie dem Obersten Gerichtshof aus ihren Ämtern. Ausländischen Unternehmen verweigerte der neue Präsident die Entschädigungszahlungen, die sie aufgrund der Verluste, die in Folge der Peso-Abwertung entstanden waren, forderten. „Gleichzeitig wurde der Dialog weniger mit den oft korrupten Gewerkschaftsbossen und den nicht selten mafiös geprägten Großunternehmern, als vielmehr grundlegend mit eher fortschrittlich orientierten politischen und gewerkschaftlichen Kräften auch außerhalb des Peronismus und in den sozialen Bewegungen, wie den Piqueteros gesucht und gefunden.“ (Sukup 2007: 109)

3.12.1. Kirchner vs. Korruption

Kirchner machte es sich zum Ziel, gegen die von ihm vielfach kritisierte Korruption in Verwaltung und Justiz vorzugehen. Wie viel von dieser Absicht tatsächlich übrig blieb, ist fraglich. Waldmann meint sogar, dass Korruption und Dezipionismus unter Néstor Kirchner und seiner Ehefrau neue Höhepunkte erreicht hatte. „Die neue Kirchner`sche Variante der Pfründenwirtschaft bestand und besteht darin, dass ein Teil der Steuereinnahmen abgezweigt wird, um die eigene engere und weitere Klientel zu bedienen und die Macht der Exekutive auf Kosten der anderen Staatsorgane auszubauen. Das Zentrum politischer Entscheidungsfindung hat sich weiter verengt, da strategisch wichtige politische Fragen nicht einmal mehr innerhalb des Kabinetts abgestimmt werden, sondern im engsten Mitarbeiterkreis, gewissermaßen hinter verschlossenen Türen, entschieden werden.“ (Waldmann 2010:150)

3.12.2. Kirchner vs. Auslandsverschuldung

Außenpolitisch erwies sich Kirchner als äußerst harter Verhandlungspartner gegenüber dem IWF und anderen Gläubigergruppen, die von Argentinien eine schnelle Rückzahlung der Schulden forderten. Im März 2005 setzte Kirchner zu einer international äußerst umstrittenen Maßnahme an. Er begann einen Großteil der privaten Schulden umzustrukturieren, was zu einer Annullierung von 75% der Verpflichtungen führte. Die argentinische Wirtschaft bekam durch die Umschuldung überraschenderweise keine negativen Auswirkungen zu spüren. Zudem kamen hohe Exporteinnahmen durch den internationalen Rohstoffboom und Zuflüsse aufgrund hoher Exportsteuern. So konnte die argentinische Regierung des Gesamtschulden in Höhe von 10 Milliarden US- Dollar an den Internationalen Währungsfond auf einen Schlag zurückzahlen und „sich damit von dessen wirtschaftspolitischen Einmischungen zu befreien.“ (Bodemer 2007: 2) Die Gläubiger verloren dadurch mehr als die Hälfte ihres Anleihenwertes. Die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ sieht darin ein eher politisches denn wirtschaftliches Signal „denn noch immer belasteten Altschulden in Höhe von 124 Milliarden US-Dollar die Zukunft des Landes. Vom internationalen Kapitalmarkt blieb Argentinien allerdings bis heute weitgehend ausgeschlossen, zu tief sitzt der Schock der Anleger.“ (Zeit online. 28.10.2010: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/Néstor-kirchner-nachruf>. 18.2.2011)

3.12.3. Wirtschaftspolitik

Im Punkte Wirtschaftspolitik wandte sich Kirchner von der unkontrollierten Außenöffnung ab und setzte sich für den Schutz der nationalen Industrie sowie die Wiederbelebung des inneren Marktes ein. Infrastruktur- und Beschäftigungsprogramme sollten der Arbeitslosigkeit entgegenwirken und Nothilfeprogramme in den Elendsvierteln von Buenos Aires umgesetzt werden. Obwohl all diese Vorhaben auf eine Abkehr vom radikalen Kurs Menems hindeuten, so ist Waldmann zuzustimmen, wenn er meint, dass sich der politische Kurs der von Néstor Kirchner und seiner Ehefrau als Nachfolgerin „weitgehend in einer bestimmten Rhetorik erschöpft, ohne dass sie grundsätzlich an den von Menem vorgenommenen strukturellen Weichenstellungen rütteln. Überhaupt scheint das Streben nach Machterhalt das Hauptmotiv für zahlreiche politische und sozial Initiativen des präsidentiellen Paares zu sein, dem es im Übrigen an einer kohärenten politischen Leitlinie fehlt.“ (Waldmann 2010: 146f) Der Autor kritisiert weiters, dass während der Ära Kirchner keine neuen Maßnahmen im Hinblick auf Technologie- und Industrialisierungspolitik gesetzt worden waren, das Erziehungswesen nach wie vor brach liegt und es noch immer an einer funktionierenden Verwaltung fehlt. Wirtschaftlich konnten jedoch in den Jahren nach der Krise Erfolge erzielt werden. Weil der einheimische Peso stark unterbewertet blieb, konnten die Exporte gestärkt werden. Seitdem dürfte sich Argentinien ziemlich von den internationalen Finanzorganisationen abgewendet haben dürfte. Die argentinische Tageszeitung *Clarín* berichtet am 18. Februar 2011, dass Argentinien dem Internationalen Währungsfond sogar die jährliche technische Überprüfung verweigert, die vom IWF allerdings vorgeschrieben werden. (http://www.clarin.com/politica/FMI-Brasil-Uruguay-eva-Argentina_0_429557114.html, 18.2.2011)

3.12.4. Innenpolitik

Nach der Amtszeit von Carlos Menem stand Kirchner vor vier wichtigen strukturellen Herausforderungen:

1. Kampf gegen wachsende soziale Ungleichheit
2. Kampf gegen Armut und soziale Marginalität
3. Kampf gegen Kriminalität und soziale Anomie
4. Kampf gegen den Verfall des öffentlichen Raumes. Vor allem im letzten Punkt sieht Waldmann eine der markantesten Veränderungen der letzten Jahre

Mit dem Verfall des öffentlichen Raumes geht nämlich einher, dass ganze Stadtteile zunehmend von privaten Akteuren und nicht mehr vom Staat kontrolliert werden. Sowohl in der reichen Oberschicht als auch den Elendsviertel der großen Städte ist eine gewisse Form von Ghettobildung zu beobachten. Wer es sich leisten kann, zieht sich in ein so genanntes „country“ zurück. 2006 lag die Zahl dieser „countries“ bei rund 600 im Großraum Buenos Aires. „Es handelt sich dabei um umzäunte Areale, die im Besitz einer Eigentümergesellschaft sind und zu denen der Zugang streng überwacht wird, das heißt, auch die Polizei hat nicht ohne weiteres Zutritt.“ (Waldmann 2010: 133) Innerhalb einer Stadt entstehen auf diese Art regelrechte Parallelwelten. Es scheint, als ob sich die Menschen ins Private und unter „ihresgleichen“ zurückziehen würden. Auch ist zu beobachten, dass die politische Partizipation an der Basis, die in Zeiten der Krise 2001 erheblich angestiegen war, im Zuge der wirtschaftlichen Erholung Schritt für Schritt zurückging. Obwohl sich durch die ökonomischen Erfolge der letzten Jahre die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Politik verbessert hat, herrscht dennoch Misstrauen. (Bodemer 2007: 7) Die Wahlbeteiligung stieg nach einem Tiefpunkt 2001 in den Jahren 2003 und 2006 erneut an. „Im Jahr 2006 bestimmten jedoch – einmal mehr – eine Reihe von Korruptionsskandalen in den Regierungsreihen die politische Debatte und kratzten am positiven Image der Regierung.“ (Bodemer: 2007: 2) Obwohl Kirchner in der Bevölkerung ein relativ hohes Ansehen genossen hatte, wurden kritische Stimmen gegen den "königlichen" Regierungsstil Kirchners laut. Diese Kritik ist nicht unbegründet. Tatsächlich übertraf Néstor Kirchner beim Erlassen von präsidentiellen Dekreten seinen Vorgänger Carlos Menem. (Zeit online. 28.10.2010: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/nestor-kirchner-nachruf>. 18.2.2011)

3.12.5. Vergangenheitspolitik

Der Vergangenheitspolitik schenkte Kirchner besonders große Beachtung und stieß dabei auf die Sympathie der Bevölkerung. In den Menem-Jahren wurde der Bereich Vergangenheitspolitik nicht nur gerne vernachlässigt; im Gegenteil, es wurden in seiner Amtszeit hochrangige verantwortliche Offiziere freigelassen und zahlreiche Komplizen und Anführer der Militärdiktatur geradezu hofiert. (Sukup 2007: 111) Kirchner war nach Alfonsín der erste demokratische Präsident, der die Vergangenheitspolitik aktiv vorantrieb. (Straßer 2007: 143) Es kam erneut zu Gerichtsprozessen. Auch hob der Präsident das von der Regierung Alfonsín erlassene Amnestiegesetz auf. Im Jänner 2007 wurde sogar Isabel Martínez de Perón, die Witwe Peróns und ehemalige Präsidentin, die seit Jahrzehnten in Spanien lebte,

aufgrund ihrer Toleranz gegenüber der rechtsextremen Terrorgruppe *Triple A (Alianza Anticomunista Argentina)*, festgenommen. Es ging bei dieser Festnahme darum, die ehemalige Präsidentin über ihre damaligen Tätigkeiten aussagen zu lassen und sie im Falle des Falles nach Argentinien ausliefern zu können. „Kirchner, der in der kurzen Isabel-Periode selbst zweimal verhaftet worden war, meinte dazu, Straflosigkeit gäbe es jetzt für niemanden mehr.“ (Sukup 2007: 111)

3.13. Präsidentschaft Cristina Fernández de Kirchner

2007 folgte Kirchners Ehefrau und langjährige politische Mitstreiterin, Cristina Fernández de Kirchner, als Präsidentin. Bodemer sieht in einem erneuten Sieg der PeronistInnen sowie deren Mehrheit in beiden Kammern eine eindeutige Quittung für das Versagen der heterogenen Opposition, die es weder programmatisch noch personell geschafft hat, eine überzeugende Alternative zu bieten. Die WählerInnen blieben ihrer Linie treu und setzten auf Kontinuität, auch wenn diese nun ein neues Gesicht hat. (Bodemer 2007: 1)

3.13.1. Innenpolitik

Inhaltlich stand die neue Präsidentin bei ihrem Amtsantritt zwar nicht vor dem Erbe einer Diktatur, Krise oder militärischem Putsch, aber es gab dennoch einige wichtige Herausforderungen: Strukturelle Probleme im Hinblick auf die Energieversorgung im Land mussten dringend gelöst werden, da zwar genügend Öl- und Gasressourcen in Argentinien vorhanden sind, die Schere zwischen Angebot und Nachfrage aber trotzdem auseinander zu klaffen drohte. Auch das Thema Armut stand nach wie vor auf der politischen Agenda, obwohl die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden ArgentinierInnen im Vergleich zu 2002 halbiert werden konnte. Allerdings war nach wie vor mehr als ein Viertel der Menschen von Armut betroffen. Auch die Einkommensverteilung lag abseits von sozialer Gerechtigkeit. (Bodemer 2007: 5) Als weiteres Problem kommt die wachsende organisierte und nicht-organisierte Kriminalität im Großraum Buenos Aires hinzu.

3.13.2. Wirtschaftspolitik

Des Weiteren musste die positive wirtschaftliche Entwicklung weiterhin stabilisiert werden.

Vorraussetzung dafür ist, dass die Inflation eingedämmt und Investitionen getätigt werden. Was die Inflation während der ersten Kirchner-Ära betraf, sprach die Regierung von einer 9%-Rate. Unabhängige ExpertInnen warfen der Regierung jedoch Manipulation vor und vermuteten die reale Inflationsrate bei 16-20%. Bodemer ist zudem skeptisch, ob das ressourcenbasierte Wachstumsmodell der Regierung über lange Zeit hinweg wirksam ist.

3.13.3. Demokratische Konsolidierung und politischer Führungsstil

Im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung gibt es nach wie vor Kritikpunkte im politischen Führungsstil: Obwohl die Autonomie des Obersten Gerichtshofs ausgebaut wurde, blieb im Großen und Ganzen das Machtungleichgewicht zwischen den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative zugunsten der Exekutive erhalten. Auch wurde der unter Menem übliche Dekretismus auch von beiden Kirchners weiterhin praktiziert. Bodemer merkt an, dass autoritäre Tendenzen „unter der Präsidentschaft ihres Ehemanns weiter gestärkt durch den so genannten K-Effekt, den autokratischen Führungsstil des Präsidenten und seine Strategie, sich bei seinen politischen Entscheidungen am Kabinett vorbei auf bilaterale Ad-hoc-Allianzen und einen kleinen Zirkel von Vertrauten zu stützen“, erkennbar waren. (Bodemer 2007: 6) Auch im *Bertelsmann Transformation Index* wird die nach wie vor bestehende Anwendung von Präsidialdekreten des Ehepaar Kirchners betont. Das wiederum zeigt die eindeutige Konzentration der Exekutive im Hinblick auf die argentinische Gesetzgebung. „Like Carlos Menem during his first presidential term (1989-1995), Néstor Kirchner governed at the margins of Congress and other institutions of horizontal accountability. Through the end of his term in November 2007, Kirchner issued 232 executive decrees, a rate of 4.3 decrees per month, which matched that of Menem (4.4 per month). Kirchner retained the emergency powers delegated to the executive by Congress during the 2001 crisis, and in 2006, Congress granted him vast discretionary power to modify the budget after legislative approval. His wife Cristina also governs by decrees and the loyal PJ majority in both chambers gives her the necessary backing.“(<http://www.bertelsmann-transformationindex.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/lateinamerika-und-karibik/argentina> 21.02.2011)

Im Bereich der Justiz kam es zu einigen Veränderungen, die auf mehr Transparenz hindeuten. Das Verfahren der öffentlichen Anhörung wurde eingeführt und die Zahl der Obersten RichterInnen von neun auf sieben und später auf fünf reduziert.

Jedoch muss angemerkt werden, dass nach wie vor Kirchner die Nominierung der RichterInnen lenkt. (<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/lateinamerika-und-karibik/argentina.21.02.2011>)

3.13.4. Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik hat Argentinien mit einer neuerlichen Distanz zur USA, die mit der Krise 2001 einhergegangen ist, zu kämpfen. Obwohl das Land innerhalb Lateinamerikas gute Positionen bei diversen regionalen Integrationsprojekten innehat, besteht in manchen Bereichen wirtschaftliche Rivalität gegenüber Brasilien. Neu ist die enge Verbindung zu Venezuelas Präsident Hugo Chávez, der „in den letzten Jahren Milliarden-Beträge in Form von Krediten, Schenkungen, Streichung von Schulden, Kauf von Staatspapieren und Investitionen im Rohstoffsektor zur Verfügung gestellt und damit Argentinien in eine prekäre Abhängigkeit gebracht hat.“ (Bodemer 2007: 6)

Im Oktober 2010 verstarb Néstor Kirchner an einem Herzinfarkt. Nach wie vor war er, wenn auch nicht mehr im Amt, eine wichtige politische Figur in Argentinien. Gerüchten zufolge wollte Néstor Kirchner im Jahr 2011 erneut für die Präsidentschaft kandidieren und so den „Familienbetrieb“ weiterführen. Wie nun die Zukunft der Präsidentin und Witwe Kirchner aussieht, bleibt fraglich. Die Präsidentin scheint nach vier Jahren Amtszeit um ihr politisches Überleben zu kämpfen. Bei der letzten Parlamentswahl 2010 verloren die PeronistInnen die Mehrheit in beiden Kammern. (Zeit online. 28.10.2010: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/nelstor-kirchner-nachruf>. 18.2.2011)

III.TEIL: Das politische System Argentiniens

Im Jahr 1983 wurde erneut eine föderale Präsidentschaftsdemokratie nach US-amerikanischem Vorbild eingeführt. Föderal deswegen, weil die 24 Provinzen Argentiniens eigene Gouverneure und Parlamente wählen. Diese Art der Demokratie wurde bereits in der Verfassung von 1853, die 1994 reformiert wurde, verankert. Auch in Argentinien herrscht – zumindest theoretisch – die klassische Gewaltentrennung in Exekutive, Judikative und Legislative.

4.1. Die Exekutive

In Argentinien, wie auch in anderen lateinamerikanischen Staaten, liegt die politische Führung in erster Linie beim Präsidenten bzw. der Präsidentin.

Aufgrund dieser überhöhten Stellung im des politischen Systems, hat der Begriff „Hyperpräsidentialismus“ nach wie vor seine Berechtigung.

4.1.1. Der Präsident / Die Präsidentin

Das Staatsoberhaupt wird in Argentinien seit der Verfassungsreform von 1994 auf fünf Jahre direkt gewählt. Vor der Verfassungsreform wurde die Präsidentschaftswahl über Wahlmänner/frauen entschieden. Des Weiteren besteht seit 1994 die Möglichkeit einer Wiederwahl. Um das Amt des Präsidenten anstreben zu können, muss einE AnwärterIn mindestens 30 Jahre alt von Geburt an ArgentinierIn sein. Der/die PräsidentIn ist Staats- und Regierungsoberhaupt und bestimmt sein/ihr Ministerkabinett, bestehend aus 8 MinisterInnen. Er/sie hat die Möglichkeit, Gesetzesvorschläge in den Kongress einzubringen. Beschlüsse des Kongresses kann der/die PräsidentIn ablehnen. Daraufhin benötigt der Kongress eine 2/3-Mehrheit, um das Veto des Präsidenten/der Präsidentin zu überstimmen. In Argentinien hat der/die PräsidentIn des Weiteren die Möglichkeit, in Form von Dekreten und Notverordnungen das Parlament zu umgehen. (Von Mirbach 2006: 34) Des Weiteren ist der/die PräsidentIn OberbefehlshaberIn des Heeres und oberste/r Verwaltungsbeamter/in des Landes. Jedes Jahr eröffnet er/sie die Sitzungen im Kongress und kann diese notfalls auch einberufen. Mit dem Einverständnis des Senats kann er/sie Posten in der Exekutive besetzen und Arbeitsberichte der dortigen MitarbeiterInnen einfordern. (Hänsch/Riekenberg 2008: 64f)

4.1.2. Der/die VizepräsidentIn

Dem Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin kommt im politischen System Argentinien die Aufgabe zu, den Präsidenten/die Präsidentin im Falle von Amtsunfähigkeit, Krankheit oder Tod zu vertreten oder zu ersetzen. Der/die VizepräsidentIn ist gleichzeitig PräsidentIn des Senats, hat jedoch nur im Falle eines Stimmenpatts das Recht, an einer Abstimmung teilzunehmen.

4.1.3. Der/die KabinettschefIn

Der/die KabinettschefIn, dessen/deren Amt 1994 geschaffen wurde, hat den Rang eines Ministers. Die Hauptaufgabe besteht in der Koordination zwischen dem Präsidenten/der Präsidentin, den MinisterInnen und dem Parlament.

Zudem kommt ihm/ihr die Leitung der Landesverwaltung zu. „Daneben kann alles in seinen Arbeitsbereich fallen, was ihm vom Präsidenten zugewiesen wird. Der Kabinettschef ist dem Präsidenten wie dem Senat gleichermaßen verantwortlich. Vor dem Plenum des Kongresses muss der Kabinettschef einmal im Monat erscheinen und jeden vom Kongress erbetenen Bericht abliefern. Der Kabinettschef ist jedoch vom Präsidenten abhängig, da der Präsident ihn in sein Amt beruft und jederzeit daraus entlassen kann.“ (Hänsch/ Riekenberg 2008. 67f.) Eine weitere Aufgabe des Kabinettschefs/der Kabinettschefin ist sowohl die Planung als auch die Ausführung des Bundeshaushalts, dem der Kongress jährlich zustimmen muss. In der politischen Praxis fallen jedoch Planung und Investition des Bundeshaushalts in den Aufgabenbereich des Präsidenten/der Präsidentin. „Der Präsident übergibt dem Kabinettschef Anweisungen und Aufträge, welche dieser an die Minister weiterleitet. Mit der Zustimmung des Kabinetts führt der Kabinettschef die Aufgaben aus, die der Präsident an ihn delegiert hat. Er ernennt beispielsweise diejenigen Beamten der Bundesverwaltung, die der Präsident nicht selbst ernennt.“

4.1.4. Die MinisterInnen

Die Rolle der MinisterInnen kann am ehesten als beratende RessortleiterInnen beschrieben werden, da sie keine völlig autonome Verantwortung besitzen. Die Beziehung der MinisterInnen untereinander sowie zum Präsidenten/zur Präsidentin ist komplex, da die MinisterInnen auf Initiative des Präsidenten/der Präsidentin hin und auf Anweisung des Kabinettschefs/der Kabinettschefin agieren. Demnach sind sie sowohl gegenüber dem Staatsoberhaupt als auch dem Kabinettschef/der Kabinettschefin weisungsgebunden. Seit der Reform von 1994 kommt ihnen die Aufgabe zu, die Machtkonzentration des Präsidenten/der Präsidentin einzudämmen. Daher benötigt der/die PräsidentIn seit der Verfassungsreform die Zustimmung der Minister sowohl für den Erlass von Dekreten als auch zur Bekanntmachung von Gesetzen. Auch benötigen exekutive Gesetzesinitiativen sowie der Haushaltsplan die Zustimmung des Kabinettschefs und der Minister, bevor sie an den Kongress übergeben werden. Aber auch hier klaffen theoretischer Aufgabenbereich und politische Praxis auseinander: „Praktisch sind aber auch sie vom Präsidenten abhängig und arbeiten ihm zu. Ein Minister hat das Recht, Verbindungen zum Parlament aufrecht zu erhalten. Er oder sie darf Sitzungen beider Häuser des Kongresses besuchen, und darf an Debatten teilnehmen.“ (Hänsch/ Riekenberg 2008: 68)

4.2. Die Legislative

Das Parlament (*Congreso Nacional*) setzt sich aus der Abgeordnetenversammlung (*Cámara de Diputados*) und dem Senat (*Cámara de Senadores*) zusammen.

Obwohl die Abgeordneten beider Kammern direkt gewählt werden, haben die autonomen Provinzgouverneure in der Praxis großen Einfluss auf die Zusammenstellung der Listen und in Folge auf die Bundespolitik. Generell gilt anzumerken, dass die bevölkerungsarmen und wirtschaftlich eher schwachen Provinzen im Abgeordnetenhaus leicht über- und im Senat stark unterrepräsentiert sind. (Von Mirbach 2006: 34)

4.2.1. Die Abgeordnetenversammlung

Die 257 Abgeordneten vertreten direkt das argentinische Volk, während die 72 Mitglieder des Senats die Interessen der Provinzen repräsentieren. Die Zahl der Abgeordneten hängt mit der EinwohnerInnenzahl der jeweiligen Provinzen zusammen. Auf 33.000 EinwohnerInnen wird ein Abgeordneter/eine Abgeordnete in das Parlament entsandt. Das passive Wahlalter liegt bei 25 Jahren. Zudem muss der/die KandidatIn seit vier Jahren die Argentinische Staatsbürgerschaft haben und in der Provinz, für die er oder sie sich aufstellen lässt, entweder geboren worden sein oder zumindest die letzten beiden Jahre vor der Wahl am Stück dort gelebt haben. Ein Abgeordneter/eine Abgeordnete kann nach Ablauf der vierjährigen Amtszeit einmalig wiedergewählt werden. (Hänsch/ Riekenberg 2008: 66f)

4.2.2. Der Senat

Für jede Provinz werden drei SenatorInnen, zusätzlich drei werden für die Stadt Buenos Aires gestellt. Das passive Wahlalter eines künftigen Senators/einer Senatorin liegt bei 30 Jahren. Im Falle einer Zuwanderung muss er oder sie seit mindestens sechs Jahren die argentinische Staatsbürgerschaft besitzen. Zudem ist ein fixes Einkommen von mindestens 2.000 Pesos Voraussetzung. In der Provinz, für die er oder sie kandidiert, muss der/die KandidatIn geboren worden sein, beziehungsweise zumindest zwei Jahre vor der Wahl in ihr gelebt haben. SenatorenInnen sind unbegrenzt wieder wählbar. „Laut Verfassung kommt den Kammern das Recht zu, Kandidaten für zu vergebende Parlamentssitze auszusuchen.“

In der Praxis wird die Bestimmung der Kandidaten jedoch von den Parteien übernommen.“ (Hänsch/Riekenberg 2008: 66) Sitzungen des Parlaments finden ausschließlich in Anwesenheit einer absoluten Mehrheit in der Abgeordnetenkammer und im Senat statt. Für die Entscheidungsfindung ist ebenfalls die absolute Stimmenmehrheit in beiden Kammern notwendig. Das Parlament beschließt Gesetze durch Wahlen und Abstimmungen, wobei Stimmenthaltung nicht möglich ist. Für bestimmte Entscheidungen können Abgeordnetenkammer und Senat jedoch ein gesondertes Abstimmungsverhalten bestimmen. Die Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen findet in Ausschüssen statt. Diese Ausschüsse bestehen entweder dauerhaft – in diesem Fall kommt ihnen eine beratende Funktion zu – oder werden ad-hoc einberufen. Einer dieser permanenten Ausschüsse ist die *comisión bicameral permanente*, die unter anderem für die Kontrolle und Revision innerhalb des Kongresses zuständig ist. Die Mitglieder des Parlaments genießen besondere Immunität im Hinblick auf Unantastbarkeit der Person und Schutz vor Strafverfolgung. Wann immer sie es für nötig halten können beide Kammern den Präsidenten/der Präsidentin und seine MinisterInnen vorladen und von ihnen Arbeitsberichte fordern. Weiterhin obliegt es dem Parlament, MinisterInnen mit Hilfe einer Ministeranklage ihres Amtes zu entheben. (Hänsch/Riekenberg 2008: 67) Die Mitglieder des Parlaments entstammen traditionell einer der beiden Großparteien, der *Unión Cívica Radical* (UCR) oder der peronistischen Partei PJ. Dabei spielen Personalismus und Klientelismus eine große Rolle. (Von Mirbach 2006: 35)

4.3. Die Gesetzgebung

Gesetzesinitiativen können durch einen oder mehrere Angehörige des Parlaments oder einer exekutiven Gesetzesinitiative – sprich seitens des/der PräsidentIn – eingebracht werden. Dabei dominieren in der Regel jene Initiativen, die von Seiten der Exekutive eingebracht werden, weil dem Präsidenten/ der Präsidentin die Möglichkeit zur Einführung von Dekreten und Notverordnungen offen steht. Geht eine Initiative von einer der beiden Kammern aus, muss diese innerhalb der jeweiligen Kammer positiven Zuspruch finden und wird dann an die jeweils andere Kammer weitergeleitet, die in diesem Fall als eine Art Kontrollinstanz fungiert. Wenn auch die zweite Kammer positiv entscheidet, verabschiedet das Parlament das Gesetz. Hat die Exekutive keine weiteren Einwände, wird das Gesetz vom Präsidenten/ von der Präsidentin verkündet und erhält somit seine Gültigkeit.

Wenn die kontrollierende Kammer Korrekturen oder Änderungen mit einer 2/3 Mehrheit beschließt, kann das von der anderen Kammer entweder angenommen oder abgelehnt werden. Wird die Änderung angenommen, geht der Gesetzesentwurf weiter an die Exekutive; wird die Änderung nicht angenommen, braucht die initiiierende Kammer eine einfache Mehrheit, um die kontrollierende Kammer zu überstimmen. Erhält sie diese, geht der Entwurf ohne Änderung an die Exekutive weiter. Erhält ein Gesetzesvorschlag in der Abstimmung nicht die nötige Mehrheit, kann er erneut zur Verhandlung freigegeben werden. Wenn nur in einer Kammer die nötige Zustimmung gegeben ist, wird der Entwurf in Teilen behandelt und abgestimmt. Im Endeffekt müssen beide Kammern dem Gesetzesentwurf zugestimmt haben, damit er an die Exekutive weitergeleitet werden kann. Stößt eine Initiative auf permanente Ablehnung, so kann sie innerhalb eines parlamentarischen Jahres nicht wiederholt werden. Dem Präsidenten/ der Präsidentin kommt, obwohl es weder in der Verfassung noch in sonstigen Quellen verankert ist, in der Praxis ein Vetorecht zu. Indem er/sie ein Gesetz als Ganzes oder in Teilen ablehnt, bewirkt er/sie die Rückkehr ins Parlament und eine neuerliche Abstimmung. Das Veto ist allerdings nur suspensiver Natur. Zuerst geht das Gesetz in die initiiierende Kammer zurück, wo erneut abgestimmt wird und wandert daraufhin weiter zur kontrollierenden Kammer, wo ebenfalls eine neuerliche Abstimmung stattfindet. Werden sich beide Kammern erneut einig, muss der/die PräsidentIn dem Gesetzesantrag zustimmen. (Hänsch/ Riekenberg 2008. 69)

4.3.1. Das Problem mit den Gesetzen

In den meisten Ländern Lateinamerikas gibt es eine regelrechte Flut von Gesetzen (und Dekreten), deren korrekte Interpretation oft unmöglich ist. Die Hyperaktivität der Gesetzgebungsorgane führt nicht selten dazu, dass ein Gesetz verabschiedet wird, ohne dass vorher eine eingehende Prüfung der bereits bestehenden Gesetzeslage stattgefunden hat. So treten widersprüchliche Gesetze in Kraft, die für die betroffenen Personen ein großes Chaos bedeuten. Für die Justiz ergibt sich ein großer Interpretationsfreiraum und die einzelnen RichterInnen können quasi selbst entscheiden, ob ein Sachverhalt nun gegen das Gesetz verstößt oder nicht.

„Was die Anwendung und Umsetzung der Gesetze anbelangt, ist der Ansatz verbreitet, sich nicht auf die allgemeine Gültigkeit der Gesetze zu verlassen, sondern besser mit den Behörden zu reden und einen Lösungsweg individuell auszuhandeln. Wirklich ans Gesetz halten sich nur die ‚Dummen‘.“ (Waldmann 2002: 68)

Das Nebeneinander von gesellschaftlichen und formellen Normen wird in lateinamerikanischen Staaten oft akzeptiert. Es gibt kaum Versuche, diese Differenz in eine Einheit umzuwandeln, geschweige denn die willkürliche Anwendung der Gesetze seitens der AmtsträgerInnen zu ahnden. Warum an diesem System festgehalten wird, liegt höchstwahrscheinlich in den Vorteilen und Annehmlichkeiten, die daraus für die EntscheidungsträgerInnen resultieren. Diese Vorteile sind vielseitig; wenn nämlich ein/e AmtsträgerIn seine Position nützt, um der Familie oder Bekannten zu helfen, gewinnt er/sie an sozialem Einfluss (soziales oder „stilles“ Kapital). Wenn er/sie nun Bestechungen annimmt, hat er/sie direkten materiellen Gewinn. Nach dem Motto „Macht erzeugt Macht“ kann die Entscheidungsposition direkt zur Ausweitung des Machtspielraums verwendet werden. „Da sich die verschiedenen Einflussquellen wechselseitig ineinander transformieren lassen, also Macht in Geld, Geld in soziale Beziehungen, Beziehungen wiederum in Macht umgemünzt werden können, kann auf diese Weise ein sich selbst verstärkender Zirkel der Ressourcenakkumulation erzeugt werden.“ (Waldmann 2002: 68) Ein weiteres Problem in dem Gesetzeschaos ist auch, dass sich der/die normale DurchschnittsbürgerIn darin nicht mehr zurechtfinden kann. Demnach ist der beste Weg im Umgang mit der Justiz, ihr aus dem Weg zu gehen oder, falls man doch mit ihr in Berührung kommt, zu versuchen sich frei zu kaufen. „Viele erfolgreiche Anwälte haben sich darauf spezialisiert, ihren Klienten dabei zu helfen, gerade dies zu tun.“ (Kolmhofer 2003: 79)

4.4. Die Judikative

An der Spitze der Judikative steht der Oberste Gerichtshof (*Corte Suprema de Justicia de la Nación*). Die RichterInnen des Obersten Gerichtshofes werden vom Präsidenten/ von der Präsidentin persönlich ernannt. Die *Corte Suprema* entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit der Dekrete, die vom Präsidenten/ von der Präsidentin in absoluter Autonomie erlassen werden können. Die Justiz genießt in Argentinien zwar eine hohe Autorität, was auf die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der letzten Militärdiktatur zurückzuführen ist, sie funktioniert allerdings mehr schlecht als recht. Innerhalb der argentinischen Gesellschaft eilt der Justiz ein traditionell schlechter Ruf voraus. Es wird ihr nachgesagt, lediglich ein Organ zur Kontrolle der Bevölkerung, nicht aber für das politische Handeln der Machtbefugten und der Bürokratie des Landes darzustellen. Zudem werden RichterInnen, vor allem in den Provinzen, oft schlecht bezahlt, was die Bereitschaft bei Gelegenheit ein „Trinkgeld“ anzunehmen, sicherlich nicht vermindert.

Die argentinische Justiz gilt als politisch unterwandert und kontrolliert. Verwunderlich ist das nicht, wenn man bedenkt, dass die obersten RichterInnen in einem hyperpräsidentiellen System vom Präsidenten/von der Präsidentin persönlich eingesetzt werden. Die obersten RichterInnen zudem die Möglichkeit, die RichterInnen der unteren Instanzen zu ernennen, zu befördern oder gegebenenfalls durch Disziplinarurteile zu maßregeln. (Von Mirbach 2006: 35f) Im April 1990 wurde per Gesetz die Anzahl der RichterInnen am Obersten Gerichtshof von fünf auf neun erhöht. Natürlich wurden in erster Linie regierungsnaher RichterInnen ernannt. Kritische bzw. oppositionelle RichterInnen versuchte man aus dem Amt zu drängen. So wurde im August 1989 der Bundesanwalt (*Procurador de la Nación*) auf Druck der Regierung zum Rücktritt gezwungen. Auch Mitglieder des Rechnungshofs (*Tribunal de Cuentas de la Nación*) und der Generalstaatsanwalt für Verwaltungsvergehen (*Fiscal Nacional de Investigaciones Administrativas*) wurden durch präsidentielle Dekrete abgesetzt. Im Gegenzug wurden RichterInnen, die für die Regierung heikle Prozesse leiteten, befördert. (Nolte In: Nolte/ Werz 1996: 112)

5. Veränderungen des politischen Systems unter Carlos Menem

Das politische System hat sich unter Carlos Menem verändert und zeigt im Hinblick auf demokratische Rechtsstaatlichkeit deutliche Defizite. Seit 1990 zeichnet sich in Argentinien ein gewisser Qualitätsverlust der Demokratie ab, da Präsident Menem die Mechanismen der Verantwortlichkeit systematisch umgangen hat. „Institutionen, die nach der Verfassung der Gewaltenteilung und -kontrolle dienen sollten, haben sich stattdessen zu unterwürfigen Ablegern der persönlichen Macht des Präsidenten entwickelt.“(Nolte In: Nolte/ Werz 1996: 122) Die Machtbalance der Exekutive führte zu einer Unterordnung der anderen Verfassungsorgane und reduzierte deren Kompetenzen auf ein Minimum. (Llanos 2002: 53) Der Einfluss des Präsidenten im Bereich der Legislative wurde ausgebaut und Menem konnte sich auch dort weit reichende Kompetenzen sichern. Vor allem bei der Durchsetzung seiner Wirtschaftsreformen griff er auf präsidentielle Dekrete anstelle von Gesetzen zurück. Aufgrund der Krisensituation wurde ihm vom Parlament ein zeitlich und inhaltlich begrenztes Ermächtigungsgesetz eingeräumt, um Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Das war die Grundlage für die Exekutive, sich mit dem Staatsreformgesetz und dem Gesetz über den wirtschaftlichen Notstand einen weit reichenden Handlungsspielraum in der Wirtschaftspolitik, bei den öffentlichen Ausgaben und hinsichtlich der Privatisierung von Staatsunternehmen zu sichern.

Auf dieser Basis konnte Menem geltende Gesetze ohne Zustimmung des Kongresses modifizieren. Auch griff Präsident Menem in großem Ausmaß auf Notverordnungen (*Decretos de Necesidad y Urgencia*) zurück. 308 dieser Verordnungen wurden zwischen Juli 1989 und Dezember 1993 erlassen, während im Vergleich sein Vorgänger Alfonsín lediglich 10 Notverordnungen erließ. Mit welcher Selbstverständlichkeit der Präsident im Alleingang agierte, zeigt auch Nolte auf: „Lediglich die Hälfte dieser 'Notverordnungen' wurde von Präsident Menem als solche deklariert und selbst von diesen wurde nur ein Teil – wie nach dem Gesetz vorgeschrieben – offiziell dem Kongress übermittelt. Von den 308 'Notverordnungen' wurden gerade 28 (= 9%) vom Kongress per Gesetz ratifiziert. Drei (1%) wurden vom Kongress als Ganzes oder in Teilen aufgehoben, in zwei dieser Fälle legte der Präsident daraufhin sein Veto gegen die Entscheidung des Kongresses ein.“ (Nolte In: Nolte/ Werz 1996: 114) Warum der Kongress sich gegen diesen Kompetenzverlust nicht zur Wehr setzte, lässt sich auf unterschiedliche Weise interpretieren. Carreras sieht in der Passivität der beiden Kammern einen politischen „Selbstmord“ oder schlicht einen Akt politischer Unverantwortlichkeit. Des Weiteren meint die Autorin, dass das Verhalten der ParlamentarierInnen vor allem zu Beginn als Zeichen der Sprachlosigkeit auf den radikalen Regierungsstil des Präsidenten zu deuten sei. „Die (Nicht-)Reaktion kann auch als Symptom für die Schwäche der Legislative gegenüber einer immer stärkeren Exekutive gewertet werden. Die Passivität konnte außerdem als eine Art parlamentarische Selbstzensur zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise gedeutet werden oder konnte auf die spezifischen Merkmale einer in verschiedene politische Parteien fragmentierten Kammer zurückgeführt werden und deren Schwierigkeit, zu einem Übereinkommen zu gelangen, das ihr ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Exekutive erlaubte. Schließlich ließ sich das Verhalten des Parlaments auch als ein Zeichen dafür interpretieren, dass die Abgeordneten sich nicht mit der Politik der Regierung identifizierten, gegen sie jedoch auch nicht opponieren wollten, sei es, weil sie ihren eigenen Kräften nicht trauten oder weil sie glaubten, dass sie, falls sie es täten, die Unterstützung der Wähler verlieren würden. Die plausibelste Erklärung ist, dass das parlamentarische Schweigen mit all diesen Faktoren zu tun hat.“ (Carreras In: Sevilla/ Zimmerling 1997: 163) Die Ausweitung und Zentralisierung der politischen Macht legitimierte Präsident Menem durch die Krisensituation und die nötigen Wirtschaftsreformen. Obwohl diese Strategie in Krisenzeiten ihre Berechtigung hatte und vielleicht sogar notwendig war, um die Handlungsfähigkeit der Regierung unter Beweis zu stellen, so hat diese politische Macht, die der Präsident für sich beanspruchte, eine Eigendynamik entwickelt.

Der „Dekretismus“ war im Grunde ein Missbrauch, durch den Menem auch politische Angelegenheiten am Parlament vorbei auf seine Art erledigte. Gewaltenteilung und Kontrollmechanismen missachtete er. Auch Verbitsky schreibt:

„Mit der Justiz und allen Kontrollorganen in der Hand, unter ihnen der oberste Gerichtshof, der Rechnungshof, die allgemeine Verwaltung, der Fiskus, die nationale Staatsanwaltschaft für Verwaltungsangelegenheiten, die oberste Justizprüfung, die Staatsangestelltengewerkschaft und die Kommission zur Verfolgung politischer Straftaten war Menem in der Lage, das Zulässige und das Verbotene zu bestimmen, das Gute und das Schlechte.“ (Verbitsky 1993: 38) Thibaut bemerkt weiters: „Die derzeit dominante Stellung des *Partido Justicialista* im argentinischen Parteiensystem und die damit verbundene Suprematie Präsident Menems gegenüber der parlamentarischen (und außerparlamentarischen) Opposition hat einen problematischen Aspekt insofern, als sie Erinnerungen an die alte Hegemonie des Peronismus weckt, deren quasi-autoritäre Manifestation in den vierziger Jahren mitunter als eine Hauptursache aller Übel der späteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Argentiniens betrachtet wird. Dabei ist unbestritten, dass sowohl die historischen Rahmenbedingungen als auch die substantiellen politischen Orientierungen des Peronismus heute grundverschieden sind von den damaligen Verhältnissen. Doch der Umstand, dass es die Peronisten sind, die sich in einer wahlpolitisch und regierungspraktisch dominanten Position befinden, begründet für einige argentinische Intellektuelle – abgesehen von der Kritik an der Regierungspraxis des Menemismo – die Sorge, um die Effektivität des politischen Wettbewerbs und der demokratischen Institutionen in Argentinien könne es schlecht bestellt sein.“ (Thiebaut 1997: 151)

Auch die NachfolgerInnen Carlos Menems, das Ehepaar Kirchner, blieben einem sehr personalistischen Regierungsstil treu. Es wäre allerdings wichtig, „die politischen Institutionen zu stärken, die Gewaltenteilung zu respektieren, den Rechtsstaat und die politischen Parteien zu forcieren, kurz: all jenen demokratischen Instanzen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, die unter den Vorgänger-Regierungen einen dramatischen Verfall erlebt haben. Angesichts der Erfahrungen vergangener Jahrzehnte, der populistischen Auftritte Cristina Kirchners und ihres mitunter autoritären Umgangsstils ist jedoch Skepsis angebracht, dass sich an dem argentinischen Hyperpräsidentalismus und der Neigung der Amtsinhaber, vorrangig über Dekrete zu regieren, substantiell etwas ändern wird.“ (Bodemer 2007: 8)

6. Das argentinische Parteiensystem

Im 19. Jahrhundert handelte es sich bei den Vorgängern politischer Parteien eher um lose Gruppierungen, die zwar gleiche Interessen hatte, jedoch weder einem Programm noch einer Ideologie folgten. 1890 wurde als erste politische Partei die *Unión Cívica Radical* (UCR) gegründet, die Korruption und den Verfall moralischer Werte in der Politik bekämpfen wollte. (Hänsch/ Riekenberg 2008: 71) Sie stellte quasi ein Gegenstück zu der vorherrschenden oligarchistischen Elite dar. Die große Heterogenität der Anhängerschaft führte jedoch in den 1920er Jahren zur Spaltung in AnhängerInnen und GegnerInnen von Präsident Yrigoyens. Nichts desto trotz war die UCR die wichtigste politische Kraft Argentiniens und stellte zwischen 1916 und dem Militärputsch von 1930 durchgehend die Präsidenten. (Mustapic 2002: 321) Zu Beginn des 19. Jahrhunderts brachte die Massenzuwanderung aus Italien und Spanien neues Gedankengut in das Land. Es entstanden zahlreiche anarchistische Organisationen und Verbände. 1894 wurde die sozialistische Partei gegründet, die sich für soziale Reformen und die Einführung des Acht-Stunden-Tages einsetzte. 1904 wurde der erste sozialistische Abgeordnete in den Kongress gewählt. Die sozialistische Partei spaltete sich ebenfalls im Jahr 1920, der neue Flügel gründete die Kommunistische Partei. Sowohl der kommunistischen als auch der sozialistischen Partei kam im Lauf der Geschichte kein besonders hohes Gewicht zu. Weitaus bedeutender war nach den Jahren der Militärdiktatur die Gründung der Peronistischen Partei im Jahr 1946, „die als Stütze des Regimes von Juan Domingo Perón fungierte und eine korporative, populistisch gefärbte Ideologie des sogenannten *justicialismo* vertrat“ (Hänsch/ Riekenberg 2008: 73) Der Peronismus stieg zur hegemonialen Kraft im Land auf, es gab lediglich die Trennung zwischen „Peronisten“ und „Antiperonisten“. (Mustapic 2002: 322) Nach dem Tod Peróns griff erneut eine das Militär ein, politische Parteien verloren ihre Bedeutung. „Seit der Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung 1983 hat sich das Parteienspektrum in Argentinien neuerlich gewandelt. Die heutigen Parteien haben mit den ideologischen Grundanschauungen ihrer Vorgänger wenig gemein. Sowohl die PeronistInnen wie die Radikalen haben sich von korporativem Gedankengut ab- und wirtschaftsliberalen Vorstellungen zugewandt.“ (Hänsch/Riekenberg 2008: 73) Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1983 kam es erstmals zu einem offenen Parteienwettbewerb, wobei sich Raúl Alfonsín von der UCR mit 51.7% der Stimmen gegen seinen Konkurrenten Ítalo Luder durchsetzte.

Offensichtlich drückte die UCR am besten den Wunsch eines Neubeginns aus, denn auch in den Parlamentswahlen, bei der 29 Parteien antraten, fielen den Radikalen 48% der Stimmen zu. Die PeronistInnen erhielten 38,6%. (Mustapic 2002: 323) Gerade in der ersten Phase der Re-Demokratisierung war die Akzeptanz der Parteien seitens der Gesellschaft sehr hoch, viele Menschen traten einer Partei bei. Auch war die Zivilgesellschaft sehr engagiert. Jedoch erlahmte dies im Laufe der Folgejahre, als bereits die ersten Krisensymptome sichtbar wurden. Das argentinische System zeichnete sich bis 1995 durch ein Zweiparteiensystem im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl (entweder wurde der/die PräsidentIn von der UCR oder der PJ gestellt), und ein Mehrparteiensystem für die Parlamentswahlen aus. Die UCR erlitt 1989 eine schwere Niederlage sowohl bei den Parlaments- als auch bei den Präsidentschaftswahlen, aus denen Carlos Menem als neuer Präsident hervorging. Verantwortlich für die Verluste der UCR waren die wirtschaftliche Krise, das chaotische Ende der Amtszeit Alfonsíns sowie die innere Uneinigkeit. (Birle 2002a: 213) Der Kurswechsel Menems rief innerhalb seiner eigenen Partei Skepsis hervor. Allerdings verstummte die Kritik, nachdem 1991 erste Erfolge sichtbar wurden. 1995 wiedergewählt, veränderte sich das Parteiensystem in Richtung eines Einheitsparteiensystems zugunsten der Peronistischen Partei. Eine neue politische Kraft, die FREPASO (Frente para un país solidario – Front für ein solidarisches Land), betrat die politische Bühne und erreichte bei den Abgeordnetenwahlen 1995 21,1% der Stimmen. Zwei Jahre davor waren es lediglich 2,5%. All dies verdeutlichte den Abstieg der UCR. Die Peronistische Partei blieb jedoch führende Kraft im Land, was sowohl UCR als auch FREPASO zur Vereinigung ihrer oppositionellen Kraft veranlasste. So entstand kurz vor den Parlamentswahlen 1997 die „Allianz“. „In den Parlamentswahlen 1997 zeigte das Debüt der Allianz ihre Wirkung gegen eine, nach achtjähriger Machtausübung verbrauchte und von den Kritikern wegen der negativen Folgen ihrer Reformpolitik sowie ihrer Korruptionsskandale bedrängte Regierung. Die in der Allianz vereinten Parteien kamen zusammen auf 45,65% der Stimmen, der PJ auf lediglich 36,27%. In den Präsidentschaftswahlen 1999 gewann schließlich die Präsidentschaftsformel der Allianz, De la Rúa und Álvarez, 48,5% der Stimmen und errang damit einen eindeutigen Sieg über den PJ, der mit 38% seine schlechteste Wahlleistung seit seinem ersten Auftritt in den Wahlen 1946 erzielte.“ (Mustapic 2002: 329) Grundsätzlich muss jedoch festgehalten werden, dass es in einem präsidentiellen System wie Argentinien zwei unterschiedliche Wahlen – für Exekutive und Legislative – gibt und es dadurch zu einer „gespaltenen Regierung“ kommen kann.

„In diesem Fall steht der Kongress – eine bzw. beide seiner Kammern – in Opposition zur Regierung. Diese Konstellation ergab sich unter der Regierung Alfonsín.“ (Mustapic 2002: 330) So kontrollierte die PJ aufgrund ihrer Vorherrschaft den Senat der Provinzregierungen und verfügte so über eine institutionelle Vetobefugnis. Nach zehn Jahren Menem übernahm 1999 erstmals in der Geschichte Argentiniens eine Koalition die Regierungsbildung. Die Schwierigkeiten dieser Koalition zeigten sich jedoch schon bald nach Amtsantritt der neuen Regierung als FREPASO-Chef und Vizepräsident Carlos Álvarez sein Amt niederlegte. Zudem kam die nach wie vor starke Kontrolle des Senats seitens der PJ. „Die Parlamentswahlen im Oktober 2001 versetzten der Koalitionsregierung den letzten Schlag.“ (Mustapic 2002: 331) Das Verhältnis der Parteien zueinander war nicht unbedingt von gegenseitiger Anerkennung und Zusammenarbeit gekennzeichnet. Ein Punkt, den Birle für die Instabilität des politischen Systems mitverantwortlich macht. (Birle In: Birle/ Carreras 2002: 217) Inhaltlich charakteristisch für argentinische Parteien ist, dass sie nicht entlang einer Links-Rechts-Achse entstanden sind. Es handelt sich mehr um heterogene Gebilde mit undifferenzierten WählerInnenschaften und schwach strukturierten Parteiprogrammen. Mustapic bezeichnet sie als *Catch-all*-Parteien, „die breite und mitunter kuriose Mischungen in sich verbanden.“ (Mustapic 2002: 332) Inhaltlich trennten sich die beiden wichtigsten Parteien, PJ und UCR, nicht aufgrund ihrer Programmatik, sondern aufgrund von verschiedenen „sozio-kulturellen Identitäten, Politikstilen und Demokratiekonzepten“. (Birle In: Birle/Carreras 2002: 215) „Die auf einer Links-Rechts-Achse zu messenden sozio-ökonomischen Präferenzen von Peronismus und Radikalismus unterschieden sich demgegenüber nicht grundlegend. Beide Parteien traten für einen starken, die Wirtschaft regulierenden Staat und für den Schutz der einheimischen Industrie gegenüber ausländischer Konkurrenz ein. Links-Rechts-Divergenzen innerhalb der beiden großen Parteien waren oft größer als zwischen ihnen.“ (Birle In: Birle/ Carreras 2002: 216)

7. Die Rolle der Gewerkschaften

Unter Juan Domingo Perón wurden die argentinischen Gewerkschaften, von denen die meisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet worden waren, ein bedeutender Machtfaktor im politischen System. In den 1940er Jahren wurde die politische Orientierung der ArbeiterInnenbewegung radikalisiert und die Identifikation mit dem Peronismus in die Statuten des Gewerkschaftsdachverbandes *Confederación General de Trabajadores* (CGT) aufgenommen.

Dieser gewerkschaftliche Dachverband verstand sich in der ersten Phase des Peronismus als „Rückgrat“ der Bewegung und war auf das engste mit der Regierung verbunden. Denn sowohl die Finanzierung als auch die juristische Legitimation der Gewerkschaftsverbände hingen von den Entscheidungen der Regierung ab. (Carreras In: Birle/ Carreras 2002: 38f) Im Lauf der Jahre nahm auch die Mitgliederzahl deutlich zu. Während 1943 die Zahl organisierter ArbeiterInnen bei 350.000 lag, zählten die CGT drei Jahre später bereits vier Millionen Mitglieder. (Hänsch/Riekenberg 2008: 74) Nachdem Perón 1955 gestürzt worden war, nahm die CGT, die sich mittlerweile als wichtiger politischer Akteur etablieren konnte, die Rolle der Opposition ein und stellte sich an die Spitze des peronistischen Widerstandes. (Carreras In: Birle/Carreras 2002: 39) Unter den darauf folgenden Militärregierungen waren die Gewerkschaften einer strengen Kontrolle unterworfen und verloren jeglichen Einfluss. Erst unter der demokratischen Regierung Alfonsíns hatten sie erneut die Möglichkeit, ihre Forderungen nach Lohnerhöhung mit jeglichen Mitteln durchzusetzen. Zwischen 1983 und 1989 gab es 13 Generalstreiks, bei denen sich die Gewerkschaftsführer erfolgreich gegen die Bestrebungen der Regierung wehrten, die die Organisationsstrukturen der ArbeitnehmerInnenverbände demokratischer gestalten und so den PeronistInnen auf der gewerkschaftlichen Führungsebene ihre Monopolstellung nehmen wollte. Obwohl die Regierung Alfonsín ursprünglich bemüht war, einen Konsens zwischen den Gewerkschaften und den UnternehmerInnenverbänden zu erzielen, scheiterte sie in diesem Vorhaben. (Waldmann 2010: 140) In den 90er Jahren, während der Amtszeit des Peronisten Menem, erlebten die Gewerkschaften einen erheblichen Funktionsverlust. Nolte meint, dass diese Entwicklung die tief greifende Veränderung in Politik und Wirtschaft widerspiegelt. Deutlich wird dieser Machtverlust auch der gewerkschaftlichen Vertretung im Parlament. Waren die großen Gewerkschaften 1983 noch mit 35 Abgeordneten vertreten, verringerte sich diese Zahl auf fünf Abgeordnete im Jahr 1995. (Nolte In: Nolte/ Werz 1996: 105) Auch hielt sich der Staat von nun an zurück, Arbeitsbeziehungen zu regulieren. Der neue Peronismus unter Menem, der mit „*Menemismus*“ eine im Grunde bessere Bezeichnung findet, überlässt die Verteilung dem Markt und überlässt die notwendigen Regulierungen den dort vorherrschenden Kräfteverhältnissen. Damit werden die traditionellen Diskurse sowohl auf Seiten der UnternehmerInnen als auch auf jener der Gewerkschaften gegenstandslos. „Die Rücknahme des Staatsinterventionismus, die Einführung des freien Spiels der Marktkräfte, die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen, die wirtschaftliche Außenöffnung und die Suche nach neuen externen Märkten entzogen de facto den alten Strategien jegliche Grundlage.“ (Svarzer/Sidicaro/Töpfer 1994: 111)

Für die Gewerkschaften war der neoliberale Kurswechsel insofern ein harter Schlag, weil sie zum einen „nicht verhindern konnten, dass ausgerechnet ein peronistischer Präsident einen Gutteil der sozialen Rechte und Garantien aufhob, die einst der Gründer der Bewegung, Juan Domingo Perón, in Argentinien eingeführt hatte. Zum anderen, weil dieser neue Kurs die Gewerkschaften spaltete, so dass sie nicht mehr mit einer Stimme, sondern mit mehreren Stimmen sprachen. Inzwischen sind sie zwar wieder unter dem gemeinsamen Dachverband, der CGT, vereint, mit dem die Kirchners eng kooperieren. Doch das Gewicht der früheren Zeiten kommt ihnen nicht mehr zu.“(Waldmann 2010: 160)

8. Die Rolle des Militärs

Wenn man bedenkt, dass zwischen 1930 und 1983 16 der insgesamt 24 Präsidenten Generäle waren und dass zwischen 1929 und 1999 das Parlament nahezu 23 Jahre aufgelöst war, so lässt dies auf einen traditionell hohen Einfluss des Militärs auf das Land schließen. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Zeit des Unabhängigkeitskriegs, war das Militär einer der wichtigsten politischen Akteure in Argentinien. „Bis zum ersten Militärputsch 1930 hatte sich das argentinische Militär an europäischen, speziell deutschen Vorbildern orientiert und sich nicht in politische Angelegenheiten gemischt.“ (Nerb 2009: 215) Mit dem Militärputsch von 1930 änderte das Selbstverständnis des Militärs. An Stelle der Landesverteidigung gegen äußere Feinde legte sich der neue Fokus der Befehlshaber auf die Geopolitik. Nationalistische Ansätze traten auf und wurden später mit Debatten die Zukunft der Nation und dem Kampf gegen den Kommunismus verknüpft. Als Folge der geopolitischen Bedingungen wurde die Doktrin der Nationalen Sicherheit als politischer Grundsatz etabliert. . Sie diente den Militärdiktaturen der 1970er als ideologisches Fundament und ist auf vier Grundpfeilern aufgebaut:

1. Die nationale Sicherheit dient der ideologische Legitimation des Militärs
2. Sie benötigt die Verabsolutierung des Staates
3. Ein übersteigertes Selbstverständnis der Machteliten geht damit einher
4. Für die nationale Sicherheit ist die Einsatzmöglichkeit des Militärs im Inneren zur Niederschlagung subversiver, „kommunistischer“ Kräfte unabdingbar (Nerb 2009: 216)

Ab 1955 kapselten sich die Streitkräfte immer mehr von der zivilen Machtelite ab. Diese Verselbstständigung hatte zur Folge, dass die Militärs ihre Ziele, Aufgaben und Organisationen eigenständig und unabhängig definierten.

Dennoch wurde alle militärischen Invasionen der argentinischen Geschichte mit Zustimmung und/oder Unterstützung von großen Teilen der Gesellschaft durchgeführt. Dementsprechend hatten die Militärregierungen gerade zu Beginn einen gewissen Grad an Unterstützung seitens der Gesellschaft auf ihrer Seite. Der Verlust dieser Legitimation führte letztendlich immer wieder zu einer Machtrückgabe an die zivilen Regierungen. Allerdings drängten die Militärs bei der Machtübergabe auf einen für sie angenehmen Verlauf der künftigen Wahlen und untergruben so von vornherein die Legitimation der zukünftigen Regierung. (Carreras 2002: 36f) Dennoch kam es zu keiner Institutionalisierung des Militärs innerhalb des politischen Systems, da es auch keinen politischen Gegenpol zum heterogenen Parteiensystem bilden konnte. Nichts desto trotz begannen die Streitkräfte, Reformpläne für die ökonomische und fiskalische Notlage des Landes zu schmieden, die allesamt jedoch scheiterten und im Staatsterror von 1976-1982 sowie im Falkland/Malwinen-Konflikt ihren negativen Höhepunkt fanden. (Nerb 2009: 216) Nach der Niederlage auf den Falklandinseln zogen sich die Militärs in die Kasernen zurück und mussten sich eingestehen, dass sich sowohl politisch als auch militärisch auf der ganzen Linie gescheitert waren. Das Ende der Militärs als politische Machtelite begann mit der Entscheidung, sich auf einen bewaffneten Konflikt mit einer der mächtigsten Militärmächte Westeuropas, paradoxerweise dem früheren Haupthandelspartner, einzulassen. Aber die Diktatur zeigt auch in anderen Bereichen ihre erschreckende Bilanz: Neben einer uneffizienten Verwaltung und dem Anstieg der Auslandsschulden von 7 Milliarden US-Dollar im Jahr 1976 auf 44 Milliarden US-Dollar 1984, waren es die zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechte und die selbstverständliche Missachtung der Rechtsordnung, die das Vertrauen und das Ansehen der Militärs in der argentinischen Gesellschaft schwer erschüttert hatten. Auch sahen sich die Streitkräfte mit zahlreichen Vorwürfen (Korruption, Ineffizienz und Disziplinlosigkeit), konfrontiert. Diamant meint jedoch: „Die Streitkräfte waren besiegt worden, aber nicht vernichtet, weshalb es ihnen gelang, ihren korporativen Interessen Gehör zu verschaffen.“ (Diamant 2002: 315f) Kurz nach der Re-Demokratisierung 1983 stand eine umfangreiche Militärreform zur Diskussion. Dabei ging es um die Stärkung des Verteidigungsministeriums und die Verabschiedung eines neuen Verteidigungsgesetzes. Das Ministerium sollte von nun an sowohl die Führungskader der Streitkräfte als auch den Militärhaushalt, die Gehälter und die Produktion von Rüstungsgütern kontrollieren. Neu an der Militärreform war auch die Zuständigkeit ziviler Gerichte im Falle militärischer Straftaten. Zwischen den 1987 und 1988 kam es zu drei Militärrebellionen, bei denen vor allem der mittlere Kader seiner Unzufriedenheit gegenüber der Militärführung und der Regierung Luft machte.

Allerdings dürfen die Rebellionen nicht als Putschversuch verstanden werden, der sich gegen die gewählte Regierung richtet und ihre Absetzung verlangt, sondern mehr als eine interne Militärkrise. (Heinz 2001: 97f) Unter Carlos Menem, der seine neoliberale Politik auch auf die Streitkräfte ausdehnte, kam es zu radikalen Einschnitten in der Militärpolitik. Ansonsten ließ Menem gerne Gnade walten. Unter seiner Präsidentschaft wurde 174 Teilnehmer der vergangenen drei Militärrebellionen freigelassen und auch die rechtskräftig verurteilten Generäle Videla, Viola, Galtieri, Suárez sowie 30 weitere Armee- und Marineoffiziere neben 64 Guerrilleros begnadigt. „Menem begründete sein Vorgehen damit, es müsse endlich eine Versöhnung des Landes erreicht und der Wiederaufbau der Nation vorangetrieben werden.“ (Heinz 2001: 105) Heinz fasst zusammen, dass sich das Verhältnis zwischen dem Militär und der argentinischen Bevölkerung seit 1987 leicht verbessert hat und deutlich positiver ausfällt als das Verhältnis Gesellschaft und Polizei. Was die Ausweitung der Militäraufgaben im Bereich Bekämpfung des Drogenhandels oder Teilnahme an internationalen militärischen Friedensmissionen betrifft, herrscht Skepsis. (Heinz 2001: 120)

9. Korruption in Argentinien

Korruption hatte die Geschichte des Landes stets begleitet. Dass sich dieses Phänomen äußerst negativ auf die wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklungen eines Landes auswirkt, steht außer Frage. Der Historiker Romeo Rey stellt fest, dass schon im 19. Jahrhundert bei den ersten Darlehen, die Argentinien bei den Briten aufgenommen hat, klare Indizien für Korruption und Bestechung zu finden waren. Zumeist wurden Verträge mit Hilfe unlauterer Kommissionen abgeschlossen. Schon damals verstanden es die Gläubiger, die Bestechlichkeit von Beamten in den hohen und höchsten politischen Ämtern auszunutzen, um ihre (wirtschaftlichen) Interessen zu verfolgen. „Fast alle standen, wie die Argentinier so stilvoll sagen, abwechselnd 'auf beiden Seiten der Theke'; mal als Repräsentanten ausländischer Industrie- oder Handelsfirmen oder von fremden Banken, mal als Minister, Sekretär oder gar als Staatsoberhaupt. Stets rechtfertigten sie diese Doppelrolle mit dem Hinweis auf die angeblichen 'Interessen der Nation', wenn sie in ihrer Funktion als Exekutivbehörden den Fremden alle möglichen Privilegien zugestanden. 'Interessen' des eigenen Landes auch dann, wenn sie es immer tiefer in Schulden stürzten.“ (Rey 2006: 46) Kolmhofer verweist auf die notwendigen Kontrollmechanismen und Korrekturmöglichkeiten, die im politischen System Argentiniens nicht wirksam waren und noch immer nicht sind.

Diese Schwächen gingen und gehen zwar von der Machtelite und der faktisch nicht vorhandenen Gewaltentrennung aus, scheinen aber auch von der Gesellschaft gewissermaßen akzeptiert zu sein. „Der Hang zum Weg des geringsten Widerstandes, die Bewunderung der Fähigkeit, andere übers Ohr zu hauen, der fehlende Wille und die mangelnde Fähigkeit, allgemeine Einrichtungen und Funktionserfordernisse für das Land insgesamt bzw. für eine 'normale' bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft anzustreben und zu realisieren; die geringe Bereitschaft vorhandene Vermögen in produktive Investitionen umzusetzen; die dominante Orientierung am schnellen Gewinn durch Finanztransaktionen und die fast völlige Verweigerung der Steuerzahlungspflicht lassen erkennen, dass die Probleme des Landes tiefer reichen als bis zur Wahl des richtigen wirtschaftspolitischen Rahmens.“ (Kolmhofer 2003: 10)

9.1. Korruption und Demokratie

Blickt man in der Geschichte des Landes zurück, so wird deutlich, dass die demokratische Entwicklung selten problemlos verlaufen ist. Wirtschaftliche und politische Instabilitäten verhinderten den Aufbau einer fest verankerten Demokratie. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession nahm der Staat seine soziale Funktion meist nur noch selektiv wahr, die Lebensumstände der Menschen verschlechterten sich mitunter drastisch. Durch die wirtschaftlichen Liberalisierungsreformen in den 1990er Jahren kamen jene zu Wohlstand, die bereits im Wohlstand lebten. Ein weiteres Manko war, dass die Demokratisierungswelle nicht zeitgleich mit der Etablierung des Rechtsstaates verlief. Obwohl es seit 1983 wieder demokratische Wahlen gibt, gelten Beamte nach wie vor als korrupt, die Gleichbehandlung aller Bürger vor dem Gesetz bleibt Wunschdenken. Das Prinzip der Gewaltenteilung blieb ebenso unberücksichtigt wie die Trennung von Privatangelegenheiten und Amtsgeschäften. (Waldmann 2002: 65) „Das Recht war auch in Argentinien traditionell ein Werkzeug des Staates und der Regierungen, um ihre Untertanen und politischen Gegner unter Kontrolle zu halten, und weniger ein Instrument für die Bürger, den Staat und die jeweiligen Amtsinhaber zu kontrollieren und die Bürger gegenüber möglichen Übergriffen der Politik und der staatlichen Verwaltung (einschließlich Polizei) zu schützen. (Kolmhofer 2003: 13)

9.2. Korruption und Privatisierung

Die Privatisierung staatlicher Betriebe, die unter Präsident Alfonsín gestartet und unter Menem rasant fortgesetzt wurde, bot für einige Wenige eine gute Möglichkeit, sich durch Bestechungsgelder zu bereichern. Die Startbedingungen eines Privatisierungsprozesses sind entscheidend für den weiteren geschäftlichen Verlauf und, auch im Bezug auf dessen Korruptionsgehalt. Wenn schon bei den grundlegenden Geschäftsbedingungen korrumpiert wird, werden der Privatisierungsprozess und auch die spätere Folgephase davon betroffen sein.

Ein korruptionsbereiter Beamter geht davon aus, dass er durch Schmiergelder im Zuge des Privatisierungsprozesses Gewinn machen wird, dass dieser Gewinn allerdings nicht lange andauert geschweige denn in der nächsten Verhandlungsperiode weit reichende positive Auswirkungen für ihn haben wird. Also wird der korrupte Akteur versuchen, die Privatisierungsmodalitäten zu seinen Gunsten so zu gestalten, dass ihm auch weiterhin eine Einnahmequelle erhalten bleibt. Von Mirbach fasst zusammen, dass bei korrupt verlaufenden Privatisierungsprozessen die Korruption auch mittel- und langfristig höher ist und so ein negativer Effekt für die Entwicklung der Volkswirtschaft entsteht. (Von Mirbach 2006: 31)

9.3. Korruptionsnetzwerke in Argentinien

Die permanente Vermischung der öffentlichen und privaten Interessen und die tief greifende Korruption haben in Argentinien zu einer Art Eigendynamik von Misstrauen und Vertrauensverlust geführt, gemeinschaftliches Verhalten hat an Bedeutung eingebüßt. Öffentliche Interessen werden seitens der Verantwortlichen vorgeschoben, um die eigenen zu verfolgen. Die Interessen der Eliten fokussieren sich in erster Linie auf Machtausbau und persönliche Bereicherung. Die „kleinen“ Leute wissen, dass „dem staatlichen Kollektiv zugedachte Leistungen, z.B. entrichtete Steuern in den Abgründen der Staatslenkerklasse versinken, die damit ihre Swimmingpools finanziert.“ (Huppertz 2004: 61) Auch spielt „Bestechung“ im argentinischen Leben eine Rolle. Dabei ist es wichtig, dass ein/e AkteurIn aufgrund seiner beruflichen Position überhaupt in der Lage ist, dem anderen einen Vorteil verschaffen zu können. Der/die bezahlende AkteurIn bekommt nun Zugang zu Leistungen, die er/sie ohne Bestechung nicht oder nur schwer erreichen hätte können. Als Steuermedium dient Geld.

Einen gesetzlichen Rahmen gibt es, dieser wird aber umgangen bzw. missachtet. Bestechung zeigt Ähnlichkeit zum Markt, weil die beteiligten Personen einem Kosten-Nutzen-Kalkül folgen. Der Unterschied ist allerdings die Intransparenz und Geheimhaltung über den Tausch. Auch Präsident Menem bediente sich in seiner Amtszeit korrupter Praktiken. Beispielsweise stellte er ausgewählten Personen einen so genannten Reptilienfonds zur Verfügung. Bei diesem Fonds wurden Gelder aus den Staatskassen entnommen und den Regierenden übergeben. Diese konnten damit tun was sie wollten, ohne auch nur die geringste Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegen zu müssen. Zwar gibt es auch in anderen konsolidierten Demokratien solche Fonds, allerdings stehen sie dort nur dem Außenminister und Regierungschef und auch diesen nur in begrenztem Ausmaß zur Verfügung. Des Weiteren vergab der Präsident an ausgewählte Personen so genannte *pensiones graciabes*. Personen, die sich in irgendeiner Weise um die Nation verdient gemacht hatten, kamen in den Genuss, eine lebenslange Rente zu beziehen. Die Bedingungen dafür waren in der Ära Menem besonders flexibel. Immer mehr Verwandte und Bekannte wurden zu BezieherInnen solcher Pensionen. Auch der Tennislehrer einer Senatorentochter kam in den Genuss lebenslanger, monatlicher Zahlungen. Im April 2002 lebten in Argentinien 136.725 Pensionäre, die die öffentlichen Haushalte mit 26,4 Millionen Pesos pro Monat belasteten. Das alles geschah in einer Zeit, in der 34,5% der argentinischen Bevölkerung über 60 Jahre überhaupt keine Rente bezogen. Es wurde also von höchster Seite ein Vorbild gelebt, dass durchaus als öffentliche Unmoral gedeutet werden kann. Huppertz spannt diesen Gedanken noch weiter und schreibt: „Das Vorleben öffentlicher Unmoral, die offenen und achselzuckend hingegenommenen Normverstöße der argentinischen Eliten, müssen einen Staat in die Krise führen.“ (Huppertz 2004: 68) Die Gesellschaft nahm das korrupte Verhalten der Elite hin. Es gilt in der Bevölkerung als peinlich, idealistisch und naiv jemanden wegen Korruption anzuzeigen. Auch ist eine gewisse Angst im Spiel, kann man doch nie wissen, ob der Dienst habende Beamte, bei dem man Anzeige erstattet, nicht zufällig ein Freund der betreffenden Person ist. Also meidet man Konflikte so weit es geht und folgt dem Prinzip „no te metás“ (Misch dich nicht ein!) (Von Mirbach 2006: 45) „Eines der wichtigsten Probleme der Verallgemeinerung der Korruption ist, dass sie Resignation hervorruft. Die Gesellschaft akzeptiert, dass die Korruption eine übliche Verhaltensform der Leute in Führungspersonen ist. Die Wiederholung von Korruptionsepisoden, ihre Straflosigkeit, die offene Zurschaustellung von Macht und Reichtum dubioser Herkunft annullieren die Reaktionsfähigkeit der Bevölkerung.“(Bartolomei 1997: 381)

Die Regierung wurde seitens der Presse und einiger weniger OppositionspolitikerInnen des Öfteren mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Besonders Eliza Carrio, Senatorin und 2003 Präsidentschaftskandidatin, engagierte sich für mehr Transparenz und politische Ordnung. „Resigniert stellte sie in einem Bericht fest, dass keine institutionelle Modifikation zu einer Verringerung der Korruption führt, solange sich nicht das Verhalten von Politikern und Wirtschaftsakteuren grundlegend ändert.“ (Von Mirbach 2006: 52) Auch die Presse, vor allem die Tageszeitungen *Página 12* und *Clarín*, berichtete regelmäßig über Korruptionsfälle. Anstatt Untersuchungen einzuleiten, beklagte Menem eine „Diktatur der Presse“ und reagierte mit einem „Antidenunziationsgesetz“, „dass staatliche Beamte vor falschen Anschuldigungen schützen soll.“ (Von Mirbach 2006: 52f). Öffentliche Kritik wurde demnach unter Strafe gestellt. Die Rolle der freien Medienlandschaft ist im Hinblick auf die Aufdeckung von Korruptionsfällen sehr wichtig. Allerdings ist zu beachten, dass es in Argentinien kein Pressegesetz gibt und die JournalistInnen daher zivilgerichtlich für ihre Arbeit verfolgt werden können. Während der Präsidentschaft Menems gab es zahlreiche Übergriffe auf JournalistInnen: Zwischen 1989 und 1992 erhielten 139 Morddrohungen, 50 wurden körperlich angegriffen. (Figuroa 1999. zit. In: Von Mirbach 2006: 53)

Wie bereits erwähnt, gab es im Umfeld Menems zahlreiche Korruptionsvorwürfe. Menem stand 2004 selbst im Mittelpunkt der Anschuldigungen, die ihn in den Zusammenhang mit Waffenschmuggel brachten. Daraufhin flüchtete er zu seiner Frau nach Chile. Während die meisten Vorwürfe ungeahndet blieben, wurde einzig María Julia Alsogaray wegen unerlaubter Bereicherung zu drei Jahren Haft verurteilt, weil sie die Herkunft von 2,5 Millionen US-Dollar nicht erklären konnte. Sie war unter Menem mit der Privatisierung der argentinischen Telefongesellschaft ENTel und dem Stahlwerk Somisa betraut. (Von Mirbach 2006: 50)

9.4. Konsequenzen der Korruption

Die Konsequenzen von Korruption sind oft tiefgreifend und umfassen viele Bereiche:

1. das politische System verliert an Legitimation
2. die ökonomischen Anreize gehen verloren
3. Professionalisierung geht aufgrund von Bestechungsinteresse verloren
4. Menschen mit ehrlichen Absichten geraten ins Abseits
5. Planung wird erschwert

6. die Korruption kann nicht eliminiert werden, wenn hier und da ein/e Verantwortliche/r sanktioniert wird, gleichzeitig aber die ganze Organisation der Korruption bestehen bleibt. (Ocampo 1993: 123-26)

10. Die Position Argentiniens innerhalb Lateinamerikas

Aufgrund seiner historischen Bindung (frühe Handelsverbindungen zu Großbritannien) und kulturellen Identifikation (3 Millionen ItalienerInnen und SpanierInnen prägten die Zeit der argentinischen Masseneinwanderung) galt Argentinien lange Zeit als das europäischste Land Lateinamerikas. Darauf begründet sich auch die selbst definierte Zugehörigkeit zur „Ersten Welt“ und damit einhergehend die Distanz zu Lateinamerika als Teil der „Dritten Welt“. Bereits in den 70er Jahren, der zweiten Herrschaftsperiode Peróns, nahm die „*conexión europea*“ (europäische Verbindung) in der Außenpolitik einen zentralen Platz ein. In der Zeit der letzten Militärdiktatur wurden die bilateralen Beziehungen zwischen Argentinien und Westeuropa aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen auf argentinischer Seite schwer angeschlagen. „Durch das Malvinas- Abenteuer erreichten die Beziehungen dann ihren absoluten Tiefpunkt.“ (Bodemer In: Nolte/ Werz 1996: 280) Die Europäische Gemeinschaft verhängte daraufhin die härteste Sanktion ihrer Geschichte. Mit dem Prozess der Re-Demokratisierung bemühte sich die Regierung Alfonsín um einen Neuanfang und wollte ihrem Land erneut eine geachtete Position in der europäischen Völkergemeinschaft verschaffen. „Die europäische Antwort blieb weit hinter den argentinischen Erwartungen zurück: So wurden die Verdienste Alfonsíns beim Aufbau demokratischer Strukturen zwar gewürdigt, (...) die rhetorische Unterstützung auf politischem Gebiet fand jedoch auf ökonomischem Gebiet keine Entsprechung.“ (Bodemer 1996: 280) Die wirtschaftliche Lage sowie der Umgang mit den Militärs machten Argentinien nach wie vor zum „Risikoland“. Die Wirtschaftsreformen unter Präsident Menem kamen bei der USA und Europa besser an, das Image der peronistischen Regierung verbesserte sich auf bilateraler und multilateraler Ebene.

10.1. Lateinamerikanische Freihandelsabkommen

In den letzten Jahrzehnten zeichneten sich die Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika durch neue außenpolitische und außenwirtschaftliche Akzentsetzungen aus, in der auch regionale Integrationsprojekte besondere Berücksichtigung fanden.

Besonders hervorzuheben wäre die gemeinsame Abwehr der Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA, Spanisch: ALCA) sowie die Ablehnung bilateraler Freihandelsabkommen mit den USA. Meiner Meinung nach markiert diese deutliche Abgrenzung gegenüber den USA zugunsten einer am Binnenmarkt orientierten Regionalpolitik eine neue Richtung der lateinamerikanischen Wirtschaftspolitik. Darum soll im Folgenden kurz auf die Freihandelszone ALCA sowie auf das Integrationsprojekt Mercosur eingegangen werden.

10.1.1. ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas)

Die von den USA initiierte Freihandelszone wurde 1994 erstmals mit allen amerikanischen Staatschefs, mit Ausnahme von Kuba, verhandelt. Bei einer weiteren Verhandlungsrunde 1998 „bildeten die Verhandlungspartner neun Verhandlungsgruppen zu den Themengebieten Landwirtschaft, staatliche Auftragsvergabe, Investitionen, Marktzugang, Subventionen/Ausgleichszölle, Streitschlichtungsverfahren, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Wettbewerbspolitik um die Ausgestaltung des Vertragswerks zu bestimmen. Schon die Themenschwerpunkte deuten darauf hin, dass in dem Verhandlungsprozess Felder diskutiert werden, die über den reinen Handelsbereich hinausgehen. Die Verhandlungskomplexe des Abkommens sind eng mit dem US-amerikanischen Kapital verknüpft.“ (Schmalz 2005: 120) Inländische und ausländische Investoren sind gleichgestellt, wobei ausländische Mitstreiter die Möglichkeit haben, Regierungen anzuklagen, sollten sie nicht die kostengünstigere Variante bei den staatlichen Ausschreibungen wählen. „Nordamerikanische Unternehmen erhalten auf diese Weise den Zugriff auf das öffentliche Auftragswesen, das in vielen Staaten bis zu 15% des BIP umfasst und vor allem nationalen Unternehmen zu Gute kommt.“ (Schmalz 2005: 121) Besondere Aufmerksamkeit und Kritik ist hier angebracht, wenn man bedenkt, dass der ALCA sowohl zur Biopiraterie als auch zur Kommodifizierung traditionellen Wissens missbraucht werden kann, da ein unbefristetes Monopolrecht auf Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen ermöglicht werden würde. Ein weiterer Punkt ist die Liberalisierung – sprich Privatisierung – von Dienstleistungen, in deren Zuge dessen nordamerikanische Dienstleistungsunternehmen profitieren würden. Das ALCA-Abkommen rief eine Reihe sozialer Bewegungen und Demonstrationen hervor. „Spätestens mit dem achten Treffen der amerikanischen Handelsminister in Miami vom 17.-21.11.2003 wurde der offene Konflikt zwischen dem lateinamerikanischen Mitte-Links-Verhandlungsplänen und den US-Plänen manifest.“ (Schmalz 2005: 126)

Das Abkommen scheiterte im Jahr 2005 durch das Bemühen von Chávez und Kirchner. Allerdings setzten die USA daraufhin verstärkt auf bilaterale Abkommen. (Sukup 2007: 121)

10.1.2. MERCOSUR

Innerhalb Lateinamerikas setzte man bereits unter Alfonsín auf Zusammenarbeit mit Brasilien und Chile, indem 1985 die Gründungsphase des Mercosur eingeleitet wurde. Dieses Freihandelsabkommen wurde schließlich 1990 besiegelt, und schloss die „von Argentinien und Brasilien wirtschaftlich stark abhängigen Staaten Paraguay und Uruguay“ mit ein. (Schmalz 2005: 117) In den folgenden vier Jahren wurden die Außenzölle, die in der ersten Phase zwischen 1985 und 1989 noch relativ hoch gewesen waren, von 32,2% auf 14,2% reduziert. Daraufhin verbesserte sich die Integration der MERCOSUR-Länder in den Weltmarkt. Dies führte wiederum zu verstärkter Konkurrenz innerhalb der Mitgliedsstaaten, bei dem sich vor allem Argentinien und Brasilien gegenüber den kleineren Ländern wie Uruguay behaupten konnten. „Trotzdem gelang es zunächst, den intraregionalen Handel im Mercosur spürbar zu erhöhen.“ (Schmalz 2005: 117) Zwischen 1995 und 1998 wurden die strukturellen Defizite des Abkommens sichtbar. Argentinien und Brasilien waren sich in mehreren Handelsfragen uneinig und der Mangel an gemeinsamen supranationalen Institutionen, die Streit schlichten konnten und sollten, wurde erkennbar. Eine weitere Herausforderung für den Mercosur war auf der einen Seite die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik im Cono Sur und die allgemeine Öffnung der Finanzmärkte bei gleichzeitiger Anbindung der Währung an den Dollar. Aufgrund dieser Gegebenheit geriet das Abkommen schließlich in eine Existenzkrise, die von 1998/1999 bis 2001/2002 andauern sollte. Plötzlich wurde die Konkurrenz verschärft, da die argentinische Wirtschaft im Jahr 2003 einen Wachstumsschub von 8,8% erlebte, der jedoch zu Lasten der brasilianischen Volkswirtschaft ging, die zu diesem Zeitpunkt gerade eine Rezession zu bewältigen hatte. Aus den zeitlich versetzten Finanz- und Währungskrisen in Brasilien (1998/99) und Argentinien (2001/02) resultierte ein deutlicher Rückgang des Handels von 25,2% im Jahr 1998 auf rund 11% 2003. (Schmalz 2005: 118f) Paradoxerweise war es die Argentinienkrise, die das Ende der Integrationsblockade einleiten sollte.

Aufgrund dieser Krise musste der Peso abgewertet werden, wodurch beide Staaten durch einen relativ flexiblen Wechselkurs in die internationalen Finanzmärkte integriert werden konnten. Des Weiteren waren es die Regierungen „Lula“ da Silvas und Kirchners, die „eine Stärkung und einen sozialen Umbau des Mercosurs als ein zentrales außenpolitisches Projekt“ verfolgten. „Die bilateralen Beziehungen mit Argentinien werden daher heute aus brasilianischer Perspektive weniger als noch in den 1990er Jahren durch Interessengeflechte zwischen privatwirtschaftlichen Akteuren aus beiden Ländern getragen, sondern sie sind stärker abhängig geworden von einer positiven politischen Einschätzung ihrer Bedeutung im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Während der Mercosur in Argentinien auch heute noch als Schlüssel für die Eingliederung des Landes in die Welt betrachtet wird, gilt das Bündnis in Brasilien nur noch als eine unter mehreren Optionen. Zwar möchte niemand die möglichen politischen Kosten für eine Aufkündigung des Mercosur tragen, aber genauso wenig ist man dazu bereit, für eine Stärkung der Mercosur-Institutionen eine Einschränkung der eigenen Handlungsautonomie hinzunehmen.“ (Birle 2010: <http://www.bpb.de/files/NFGZ2A.pdf>: 8. 18.2.2011) 1999 gab es erstmals Annäherungen zwischen der EU und dem Mercosur, die im Grunde mit dem ALCA vergleichbar waren. „Dennoch bestehen zwei fundamentale Unterschiede zwischen den Verhandlungsprozessen. Zum einen wird der Mercosur von den europäischen Eliten als Brückenkopf für ihren Einfluss in Lateinamerika wahrgenommen und nicht wie von den US-Eliten als ein potenzielles Hindernis für die panamerikanische Integration. Zweitens leistet die EU-Kommission dem Mercosur eine Hilfestellung bei der fortschreitenden Integration und plant eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der beiden Blöcke. Das ideologische Ziel dieser Kooperation besteht u.a. darin, das europäische Integrationsmodell auf den Mercosur zu übertragen.“ (Schmalz 2005: 124) Dennoch steht auch der Mercosur gerade vor einem Transformationsprozess. Es gibt interne Streitigkeiten bezüglich der Neuaufnahme Venezuelas sowie der Bekämpfung institutioneller Probleme. So sorgt die größte Schwäche des Mercosur, das Fehlen supranationaler Organe, des Öfteren für unnötige zeitliche Verschiebungen, weil im Falle von Streitigkeiten eine Schlichtungsstelle fehlt und schon mehrmals die WTO angerufen werden musste.

Argentinien ist neben Brasilien einer der beiden Hauptprotagonisten innerhalb der Mercosur, kleinere Staaten werden tendenziell eher diskriminiert. Eine weitere Schwäche sieht Boris in der Diskrepanz zwischen Ankündigung von Reformplänen und Anpassungsprogrammen und deren tatsächlicher Umsetzung. (Boris 2009: 129) Im Großen und Ganzen bewirkt die verstärkte regionale Zusammenarbeit auch international eine Veränderung, da Lateinamerika insgesamt eine stärkere Handelsposition zukommt.

11. Conclusio

Diese Arbeit hat die politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens nachgezeichnet. Zusammenfassend lassen sich folgende Punkte feststellen: Die politische Entwicklung war durch große Instabilitäten verbunden, die nicht selten mit wirtschaftlichen Krisen einhergingen. Obwohl schon in Zeiten der Militärdiktatur neoliberale Maßnahmen nicht greifen wollten und schnell sichtbare Schäden an der Volkswirtschaft verursacht hatten, wurden neoliberale Reformen nach der Re-Demokratisierung nicht nur fortgesetzt, sondern zunehmend verschärft. Ob es Alternativen gegeben hätte, ist fraglich, jedoch hätten die neoliberalen Maßnahmen einfach besser kontrolliert werden müssen. Zudem hätten zumindest gewisse Grundpfeiler der argentinischen Wirtschaft von der Privatisierung unangetastet bleiben müssen. Als die Krise 2001 das Land traf, hatte Argentinien mit dem bis dahin relativ unbekanntem Problem der „neuen Armut“ zu kämpfen. Es mussten Notversorgungsprogramme gestartet werden und das in einem Land, das seinen früheren Reichtum landwirtschaftlichen Exporten zu verdanken hatte. Auch heute ist Armut, auch wenn die Zahl der Betroffenen zurückgegangen ist, nach wie vor auf der politischen Agenda. Hinzu kommt die große soziale Ungleichheit, die bis hin zur „Ghettobildung“ sowohl bei der Ober- als auch der Unterschicht in den Städten geführt hat. Nach fast 30 Jahren Demokratie sind nach wie vor gravierende Schwächen zu erkennen. Die Gewaltenteilung ist faktisch nicht vorhanden, der Tradition entsprechend liegt die Macht beinahe uneingeschränkt beim/bei der PräsidentIn. In Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen waren präsidientielle Dekrete bzw. Notverordnungen kurzzeitig wahrscheinlich berechtigt, doch hat sich daraus eine Handlungsweise etabliert, die auch lange nach ökonomisch turbulenten Zeiten noch angewendet wurde. Die Justiz gilt nach wie vor als politisch unterwandert und Korruption wird bis in die höchsten Kreise der Macht praktiziert. All diese Faktoren deuten darauf hin, dass nach wie vor gravierende Defekte vorliegen und Argentinien auch nach 30 Jahren Demokratie nicht als etablierte und konsolidierte Demokratie gewertet werden kann.

Wie es nach dem Tod von Néstor Kirchner weitergeht, bleibt abzuwarten. Wenn man bedenkt, dass Alfonsín, Menem und Kirchner jeweils mit dem Aufarbeiten ihrer Vorgängerregierung beschäftigt waren, so muss erwähnt werden, dass gerade die amtierende Präsidentin gute Möglichkeiten hätte, die demokratische Konsolidierung voranzutreiben. Die Wirtschaft Argentiniens ist weitgehend stabil, die Position innerhalb Lateinamerikas stark, es könnten also dementsprechende Versuche in Angriff genommen werden. Meiner Meinung nach ist die demokratische Konsolidierung mittlerweile zu einer Willensfrage geworden, inwieweit die politische Elite bereit ist, auf Annehmlichkeiten wie Dekretismus und Ähnliches zu verzichten.

12. Literaturliste

Aguinis, Marcos (2001): El atroz encanto de ser argentinos. Buenos Aires.

Alexander, Robert J.(1952): Die Ära Perón. Frankfurt am Main.

Barrios, Harald (1999): Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay. Band 1. Opladen.

Bein, Enrique/ Bein, Roberto (2004): „Gott ist kein Argentinier mehr“ – Die Krise Argentiniens. Wien.

Bendel, Petra (Hrsg.) (1999):Wie erfolgreich ist der MERCOSUR? Das südamerikanische Bündnis aus interdisziplinärer Sicht. Saarbrücken.

Berger, Herbert/ Gabriel, Leo (Hrsg.) (2007): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien.

Bernecker, Walther/ Buve, Raymond/ Fisher, John/ Pietschmann, Horst/ Tobler, Hans Werner (Hrsg.) (1996): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3. Lateinamerika im 20.Jahrhundert. Stuttgart.

Billing, Peter (1993): Der Falkland –Malwinen - Konflikt. Ursachen. Hintergründe. Lösungsperspektiven. London.

Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Birle, Peter: Parteien und Parteiensystem in der Ära Menem- Krisensymptome und Anpassungsprozesse. In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Birle, Peter (Hrsg.) (2006): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt.

Bodemer, Klaus/ Andrea Pagni/ Peter Waldmann (Hrsg.) (2002): Argentinien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Bodemer, Klaus: Peripherer Realismus? Die Außenpolitik der Regierung Menem gegenüber Europa und den USA zwischen Kontinuität und Wandel. In: Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen. Frankfurt am Main.

Bodemer, Klaus: Auf dem Weg zur Normalität: Die Außenpolitik der Regierung Menem zwischen pragmatischem Bilateralismus, neuen Integrationsimperativen und sicherheitspolitischen Arrangements. In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Bodemer Klaus: Argentinische Außenpolitik: Die schwierige internationale Positionierung einer Macht zweiter Ordnung. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Boeckh, Andreas: Alte und neue Formen der Armut. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Boris, Dieter/ Schmalz, Stefan/ Tittor, Anne (Hrsg.) (2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.

Boris, Dieter/ Tittor, Anne (Hrsg.) (2006): Der Fall Argentinien: Krise, soziale Bewegungen und Alternativen. Hamburg.

Boris, Dieter (2009): Lateinamerikas politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert. Hamburg.

Brand, Ulrich /Colectivo Situaciones (Hrsg.): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin. 2003.

Cramer, Gisela. Perón und der Peronismus. In: Nippel, Wilfried (Hg.) (2000): Virtuosen der Macht. München.

Carreras, Sandra: Das argentinische politische System – eine konsolidierte Demokratie? In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Carreras, Sandra: Instabilität als Konstante? In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Carreras, Sandra: Politische Kultur und politisches Verhalten in Zeiten der Krise. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Carreras, Sandra: Eine kleine Geschichte Argentiniens. Berlin. 2010.

Chavez, Rebecca Bill (2004): The rule of law in nascent democracies. Judicial politics in Argentina. Stanford.

Colectivo Situaciones (2003a): „Asambleas“: Die Versammlungen in den Stadtteilen. In: Brand, Ulrich/ Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin.

Colectivo Situaciones (2003b): Über den Tausch zu einer neuen Ökonomie. Praxis und Probleme der Tauschnetzwerke in Argentinien. In: Brand, Ulrich /Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin.

Diamant, Rut: Streitkräfte und Demokratie. In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main. 2002.

DeRiz Liliana/ Nohlen, Dieter: Verfassungsreform und Präsidialismus in Argentinien. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Ebner, Anton (1995): Der Falkland- Krieg und seine Bedeutung für die Nord-Süd-Debatte. Diplomarbeit. Wien.

Escudé, Carlos: Die argentinische Außenpolitik: ein Paradigmenwechsel? In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Esser, Klaus: MERCOSUR- Sprungbrett zum Weltmarkt? In: Sevilla, Rafael/
Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Felber, Christian (2007): 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen
Konzernmacht und Kapitalismus. Wien.

Friedrich, Carl J./ Brzezinski, Zbigniew K. (1965): Totalitarian Dictatorship and
Democracy. New York.

Friedrich, Carl J.: The evolving theory and practice of totalitarian regimes. In: C.
Friedrich/ Michael Curtis/ Benjamin R. Barber (Hrsg.) (1969): Totalitarianism in
Perspective, Three Views. New York.

Friedrich, Carl/ Curtis, Michael /Barber, Benjamin R. (Hrsg.) (1969): Totalitarianism in
Perspective, Three Views. New York.

Gamboa Valenzuela, Ricardo (2003): Der Einfluss der Politik auf Wirtschaftsreformen;
Die Privatisierungs- und Regulierungspolitik in Argentinien und Chile in den 1990er
Jahren. Eine vergleichende Analyse. Tübingen.

Gast, Henrik/ Sebaldt, Martin (Hrsg.) (2010): Politische Führung in westlichen
Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Wiesbaden.

Gericke, Ingo (2006): Argentinien. In: Petri, Mario/ Schnier, Ulrich/ Bellers, Jürgen
(Hg.): Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der
Gegenwart. Berlin.

Greven/Thomas/ Scherrer, Christoph (2005): Auswirkungen der Globalisierung. In:
Greven, Thomas/ Scherrer, Christoph: Globalisierung gestalten. Bonn.

Hackl, Britta (2000): Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens in der
Amtszeit von Carlos Menem. (1989 bis 1999). Diplomarbeit. Wien.

Hänsch, Lars/ Riekenberg, Michael: Das politische System Argentiniens. In: Stüwe,
Klaus (Hrsg.) (2008): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine
Einführung. Wiesbaden

Heinz, Wolfgang: Militär und Demokratie. In: Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen. Frankfurt am Main.

Heinz, Wolfgang (2001): Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999). Frankfurt am Main.

Hillekamps, Carl (1963): Lateinamerika - Staaten suchen ihre Nation. Stuttgart.

Höpken, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Köln.

Hujo, Katja: Die Wirtschaftspolitik der Regierung Menem: Stabilisierung und Strukturreformen im Kontext des Konvertibilitätsplans. In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Heuer, Wolfgang/ Oberreit, Wolfgang (1978): Argentinien zwischen Peronismus und Videla-Diktatur. Köln.

Huppertz, Cornelius (2004): Korruption in Argentinien. Eine netwerkanalytische Erklärung der Finanzkrise. Hamburg.

Jackisch, Carlota: Die Verfassungsreform von 1994 und die Wahlen vom 14. Mai 1995. In: Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen.

Kessler, Gabriel: Der Abstieg der argentinischen Mittelschicht. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann Peter. (Hrsg.) (2002): Argentinien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Knoblauch, Rudolf (1980): Der Peronismus: ein gescheitertes lateinamerikanisches Modell. Diessenhofen.

Kolmhofer, Martin (2003): Institutionelle Korruption in Argentinien und ihre wirtschaftlichen Ursachen und Auswirkungen. Dissertation. Linz.

Linz, Juan J.(2000): Totalitäre und Autoritäre Regime. Berlin.

Linz, Juan J. (2003): Totalitäre und Autoritäre Regime. Berlin.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred (editors) (1984): The Breakdown of Democratic Regimes. Crisis, Breakdown & Reequilibration. Baltimore.

Linz, Juan J. /Stepan, Alfred (editors) (1980): The Breakdown of Democratic Regimes.Latin America. Baltimore.

Llanos, Mariana: Über Gesetze und Dekrete: Eine Neuinterpretation der Beziehungen zwischen Präsidenten und Kongress im Argentinien der 90er Jahre. In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Mack, Carlos (1992): Der Falkland- (Malvinas)- Konflikt. Eine Konstellationsanalyse des britisch-argentinischen Konfliktes unter besonderer Berücksichtigung der argentinischen Entscheidung zur Invasion. Frankfurt am Main.

Merkel, Wolfgang (2003): Defekte Demokratie. Opladen.

Messner, Dirk: Wirtschaft und Entwicklung in Argentinien in den neunziger Jahren: ein schwieriger Neuanfang. In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Mustapic, Ana M.: Das argentinische Parteiensystem von 1983 bis 2001. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Nerb, Tobias: Politische Führung im Zeichen der Vergangenheitsbewältigung: Argentinien. In: Gast, Henrik/ Sebaldt, Martin (Hrsg.) (2010): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Wiesbaden.

Nippel, Wilfried (Hg.)(2000): Virtuosen der Macht. München.

Nolte, Detlef: Ein neuer Perón? Eine Bilanz der ersten Präsidentschaft von Carlos Menem (1989- 1995). In: Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen. Frankfurt am Main.

Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen. Frankfurt am Main.

Nohlen, Dieter/ Zilla, Claudia: Ideologische Homogenisierung und gesellschaftliche Polarisierung. Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Argentinien. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (Hrsg.) (2002): Argentinien heute. Politik. Wirtschaft. Kultur. Frankfurt am Main.

Ocampo, Moreno (1993): En Defensa Propia. Cómo salir de la corrupción. Buenos Aires.

O'Donnell, Guillermo (1989): Transitions from authoritarian rule. Latinamerica. Baltimore.

Ossendorff, Ingo (2010): Lateinamerika: Herausforderungen und Profilierung unter veränderten Bedingungen. Berlin.

Paradiso, José (1993): Debates y trayectoria de la política exterior argentina. Buenos Aires.

Perez Esquivel, Adolfo/ Bayer Osvaldo (1994): Argentinien: zehn Jahre Demokratie. Stuttgart.

Petri, Mario/ Schnier, Ulrich/ Bellers, Jürgen (Hg.) (2006) :Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart. Berlin.

Pickl, Gert (Hrsg.) (2006): Demokratisierung im internationalen Vergleich: neue Erkenntnisse und Perspektiven. Wiesbaden.

Pritzl, Rupert F. (1997): Korruption und Rent-Seeking in Lateinamerika. Zur politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme. Baden-Baden.

Radseck, Michael: Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall? In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Redl, Cornelia (2009): Möglichkeiten und Grenzen Solidarischer Ökonomie als Entwicklungsmodell in Argentinien. Diplomarbeit. Wien.

Riekenberg, Michael (2009): Kleine Geschichte Argentiniens. München.

Rey, Romeo (2006): Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München

Rych, Ernst (2005): Juan Domingo Perón. Eine Leadership-Analyse der argentinischen Präsidenten. Diplomarbeit. Wien.

Schindel, Estela: Verschwunden, aber nicht vergessen: Die Konstruktion der Erinnerung an die *Desaparecidos*. In: Bodemer, Klaus/ Pagni, Andrea/ Waldmann, Peter (2002): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main.

Schmalz, Stefan: Südamerika zwischen regionaler Integration und imperialer Einflussnahme. Der Mercosur als Keimzelle eines neuen politischen Regionalblocks. In: Boris, Dieter/ Schmalz, Stefan/ Tittor, Anne (Hrsg.) (2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.

Schweickert, Rainer (1993): Geld- und Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern. Eine Analyse alternativer Stabilisierungs- und Anpassungsstrategien. Tübingen.

Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Straßner, Veit (2007): Die offenen Wunden Lateinamerikas: Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile. Wiesbaden.

Stüwe, Klaus (Hrsg.) (2008): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden.

Stykow, Petra (2007). Vergleich politischer Systeme. Paderborn.

Sukup, Viktor: Kirchner: Land in Sicht! In: Berger, Herbert/ Gabriel, Leo (Hrsg.) (2007): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien.

Svarzer, Jorge/ Sidicaro Ricardo/ Töpfer, Barbara: Argentinien. In: Töpfer, Barbara/ Müller-Plantenberg Urs (Hrsg.) (1994): Transformation im südlichen Lateinamerika. Chancen und Risiken einer aktiven Weltmarktintegration in Argentinien, Chile und Uruguay. Frankfurt am Main.

Thiery, Peter: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – auf dem Weg zur Konsolidierung? In: Birle, Peter/ Carreras, Sandra (Hrsg.) (2002): Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität. Frankfurt am Main.

Thiery, Peter: Argentinien: Aufstieg, Stabilität und Krise einer delegativen Demokratie. In: Merkel/Puhle/ Croissant/ Thiery (Hrsg.) (2006): Defekte Demokratie. Regionalanalysen. Band 2. Wiesbaden.

Thibaut, Bernhard: Parteiensystem und Regierbarkeit im argentinischen Präsidentialismus. In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Töpfer, Barbara/ Müller-Plantenberg Urs (Hrsg.) (1994): Transformation im südlichen Lateinamerika. Chancen und Risiken einer aktiven Weltmarktintegration in Argentinien, Chile und Uruguay. Frankfurt am Main.

Verbitsky, Horacio (1993): Hacer la Corte: la construcción de un poder absoluto sin justicia ni control. Buenos Aires.

Von Haldenwang, Christian: Legitimierung und politische Konsolidierung in Argentinien: die „zweite Phase“ im Anpassungsprozeß. In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Von Mirbach, Johan (2006): Korruption und Privatisierung in Argentinien. Eine Analyse der Wirtschaftsreformen von 1989 bis 1999. Hamburg.

Waldmann, Peter: Argentinien. In: Bernecker, Walther/ Buve, Raymond/ Fisher, John/ Pietschmann, Horst/ Tobler, Hans Werner (Hrsg.) (1996): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3. Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart.

Waldmann, Peter (2002): Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika. Opladen.

Waldmann, Peter: Von der Mega- zur Hyperinflation. In: Sevilla, Rafael/ Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef.

Werz, Nikolaus(2005): Lateinamerika. Eine Einführung. Baden-Baden.

Weinke, Kurt (1995): Bedrohte Demokratie. Graz.

Weiß, Miriam (2010): Die Wirtschaftskrise Argentiniens 2001 – Selbstorganisation der Zivilbevölkerung. Diplomarbeit. Wien.

Wimmer, Hannes (2000) : Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien.

12.1. Internetquellen:

Bertelsmann Transformation Index. Länderanalyse Argentinien. http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/LAC/Argentina.pdf (21.02.2011)

Llanos, Mariana / Nolte, Detlef (2003): Menem wirft das Handtuch. Ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner? In: Brennpunkt Lateinamerika. Mai 2003. Institut für Iberoamerika-Kunde: Hamburg.(<http://www1.uni-hamburg.de/IIK/brennpkt/jg2003/bpk0310.pdf>) (21.02.2011)

Bodemer, Klaus (2007): Von Kirchner zu Kirchner: Argentinien nach den Wahlen. http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0711.pdf (21.02.2011)

Boris, Dieter (2007): Lateinamerika links-mittig. <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2007/april/lateinamerika-links-mittig>. (18.2.2011)

Birle, Peter (2010): Brasilien und Argentinien. Zwischen Rivalität und Partnerschaft. <http://www.bpb.de/files/NFGZ2A.pdf> (18.2.2011)

Zilla, Claudia (2010): Politische Kultur in Argentinien und Brasilien. <http://www.bpb.de/files/NFGZ2A.pdf> (18.02.2011)

12.2. Onlinemedien

Zeit online. 28.10. 2010: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/nestor-kirchner-nachruf> (18.02.2011)

Clarín: http://www.clarin.com/politica/FMI-Brasil-Uruguay-avita-Argentina_0_429557114.html (18.02.2011)

FAZ: Kirchner anti Menem:
<http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~ED32A0EC4E63C49178744B34EF7AE6BF6~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (18.2.2011)

13. Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Martina Greiner Bakk.phil.
geboren am 29.08.1986 in Schärding, Oberösterreich

Ausbildung

2007- 2011: Studium der Politikwissenschaft/ Universität Wien

Schwerpunkte: Internationale Politik
Österreichische Politik
Europa und die Europäische Union

2006- 2010: Bachelorstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft/
Universität Wien

Schwerpunkte: Printjournalismus
TV-Journalismus
Kommunikationsforschung

2005- 2006: Au-Pair Aufenthalt in Las Palmas de Gran Canaria, Spanien.

2000 – 2005: Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Ried im Innkreis

1996-2000: Unterstufengymnasium Schärding

1992-1996: Volksschule Brunnenthal

Sprachen

Englisch, Spanisch

14. Abstract

Argentinien zählte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern der Welt. Landwirtschaftliche Exporte, lukrative Wirtschaftsbeziehungen zu Europa und ein verhältnismäßig gut entwickeltes Bildungs- und Sozialsystem ermöglichten dem Land einen raschen Aufstieg und großen Reichtum. Dennoch gab es in der Geschichte des Landes zahlreiche Höhen und Tiefen, die dem Land sowohl wirtschaftlich als auch politisch langfristig Schaden zufügten. Seit 1983 hat der stetige Wechsel zwischen Militärregimen und Zivilregierungen ein Ende; Argentinien ist seit fast 30 Jahren eine Demokratie. Diese Arbeit zeichnet die Entwicklung des Landes nach und geht auf die Frage ein, wie diese demokratische Konsolidierung in den letzten Jahrzehnten verlaufen ist, wie die gewaltentrennenden Institutionen heute funktionieren, welche politische Kultur heute wie damals vorherrscht und ob die Bezeichnung „defekte Demokratie“ für Argentinien nach wie vor ihre Berechtigung hat.

Argentina was one of the early 20th century the richest countries in the world. Agricultural exports, lucrative economic relations with Europe and a relatively well-developed educational and social system allowed the rapid rise of land and great wealth. However, there were in the country's history numerous ups and downs that the country both economically and politically inflicted long term damage. 1983 ended the continuous exchange between military regimes and civilian governments; Argentina is a democracy since almost 30 years. This work traces the development of the country and addresses the question of how this democratic consolidation has proceeded in recent decades, as the violent divisive institutions function today, which political culture prevalent today and whether the term "defective democracy" for Argentina still finds its rationale.